ENTSCHEIDUNG!

DAS MITGLIEDER-& DEBATTENMAGAZIN DER JUNGEN UNION DEUTSCHLANDS

Deutschlandtag 2023
Freunde halten zusammen

Im Interview
Dr. Carsten Linnemann

Künstliche Intelligenz
Über Risiken und Chancen

AUSGABE 03 | 2023

3 EDITORIAL

4 POLITSPIEGEL
Sahra Wagenknecht, Haushaltsloch und Antisemitismus

6 DEUTSCHLANDTAG 2023
Weil es unser Europa ist

14 TITELTHEMA
"Nicht jedes KI-System muss gebaut werden"
Ein Beitrag von Prof. Dr. Konrad Kollnig

16 **"Wir befinden uns in einer globalen Risikogemeinschaft"**
Im Gespräch mit dem Chefberater der Europäischen Kommission für den digitalen Wandel

20 DEBATTE
Die Herabsenkung der Strafmündigkeit

22 WEIHNACHTSSPEZIAL
Vier junge Abgeordnete berichten über ihre Weihnachtstraditionen

24 AUS DEN LÄNDERN
Pfälzischer Wein als Aushängeschild
Im Gespräch mit der pfälzischen Weinkönigin

26 **Das architektonische Schweigen durchbrechen**
Die Neueröffnung der Synagoge in Dessau

28 HAUPTSTADT
„Wenn die Regierung scheitert, muss es Neuwahlen geben“
Generalsekretär Dr. Carsten Linnemann über die Neuausrichtung der Union

32 EUROPA
Was machen unsere europäischen Nachbarn?

34 **Einigung Europas – aus der Geschichte lernen**
Ein Gastbeitrag von Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering

36 **Youth EPP**
Die starke Stimme der jungen Generation in Europa

38 WELTBLICK
Der Konflikt um Berg-Karabach
Eine Spurensuche

40 AUSWÄRTSSPIEL
„Die Orte im Gaza-Streifen ähneln Militärstützpunkten“

42 PORTRAIT
Geschichtenverkäufer zwischen den Welten
mit Kai Diekmann

45 KULTUR
Filme mit Tiefe für Eure Watchlist

46 HINTERGRUND
Die fehlende Gier nach Erfolg
Einblick in die Spitzensportförderung

48 ZURÜCKGEBLÄTTERT
...in den März 1992

49 DEMOKRATIE-WEGWEISER
Gastbeitrag von Franziska Hollstein

50 AUS DEN VERBÄNDEN
Neuigkeiten aus der JU

54 FACHKOMMISSIONEN
Bildung & Forschung
Bildungsschock und Wissenschaftsarmut

56 **Internationales**
Die Fachkommission als wichtiges Sprachrohr

58 KAMPAGNE
Zeit für Optimisten
Ein wichtiges Signal in schwierigen Zeiten

60 CHAT-INTERVIEW
mit Faruk Tuncer
Unternehmer

62 BLICKWINKEL
Neuwahlen für Deutschland: Besser ein Ende mit Schrecken...

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

allzu schnell war nach dem 24. Februar 2022 ein neues Datum in die Reihe trauriger Zäsuren aufzunehmen: Der 7. Oktober 2023 hat unser außen- und innenpolitisches Denken wieder einmal vom Kopf auf die Füße gestellt. Die Berichte und Fotos, die uns aus Israel Anfang Oktober erreichten, sind in ihrer Grausamkeit nicht auf Papier zu bringen. Das Stehen an der Seite Israels war in Deutschland danach jedenfalls rhetorischer Konsens – so ist es nicht überall in Europa, aber doch für uns als Deutsche eine Selbstverständlichkeit.

Umso erschütternder waren die nachfolgenden Wochen und das, was im Namen einer „Solidarität mit Palästina“ in Massen die Straßen eroberte. Der Antisemitismus dieser Tage kommt zumeist verklausuliert, wie in der Losung „From the River to the Sea“, die implizit ein Existenzrecht Israels leugnet. Er kommt aber auch häufig unverblümt – etwa, wenn junge muslimische Migranten Hitler für seine Taten preisen.

Insofern hat der 7. Oktober uns in Deutschland vor Augen geführt, was viele wussten und viele nicht wahrhaben wollten: Die Integrationsfähigkeit einer Gesellschaft und ihre Wirkkraft, den eigenen geschichtlich gewachsenen gesellschaftlichen Konsens als Grundlage des Zusammenlebens aufrechtzuerhalten, hat Grenzen. Nunmehr sind die politischen Akteure entschieden, unbequeme politische Maßnahmen zu treffen. Doch eine Politik, die notwendige Lösungen erst dann offen diskutiert und einleitet, wenn sie sich auf breite gesellschaftliche Zustimmung stützen kann, kommt häufig zu spät.

Das Thema Israel und jüdisches Leben beschäftigt uns in dieser Ausgabe gleich zweifach: Mit dem Pressesprecher der israelischen Armee, Major Arye Sharuz Shalicar, durften wir über den aktuellen Stand des Krieges sprechen (Auswärtsspiel, S. 40). Es war uns aber auch wichtig, in diesen Zeiten ein positives Signal zu senden. Unser Besuch in der neu eröffneten Synagoge in Dessau hat hoffnungsfroh gestimmt (Sachsen-Anhalt, S. 26).

Auch andere epochale Themen verlieren wir nicht aus dem Blick: Künstliche Intelligenz hat das Potenzial, unser Menschenbild auf den Kopf zu stellen (Titelthema, S. 14). Angesichts der großen Herausforderungen braucht es zudem eine starke Union, worüber wir mit Generalsekretär Dr. Carsten Linnemann (Hauptstadt, S. 28) gesprochen haben.

Es sind bewegende Zeiten – das haben wir in den letzten Jahren häufig gehört. Doch angesichts der Vielzahl an Umbrüchen war dieser Satz selten so zutreffend wie heute.

In diesem Sinne wünscht eine gewinnbringende Lektüre und ein gesegnetes Weihnachtsfest.

Euer und Ihr

FABIO CRYNEN
CHEFREDAKTEUR

Der Politspiegel!

Schulstreiks für Antisemitismus?

Das Schulschwänzen an Freitagen zeigt erste Wirkung: Zwar bleibt die geforderte Klimawende weiterhin aus, dafür sorgt der Ausfall des freitäglichen Geschichtsunterrichtes für erste Bildungslücken. Mit israelfeindlichen Internetposts und antisemitischen Ressentiments zum Krieg Israels gegen die Hamas hat Fridays for Future es diesen Herbst erneut in die Schlagzeilen geschafft. Auch Greta Thunberg, das große Aushängeschild der Bewegung, konnte erst auf Drängen der Öffentlichkeit eine klare Verurteilung der Hamas über die Lippen bekommen. Der deutsche Teil von Fridays for Future distanzierte sich zwar von den antisemitischen Aussagen des internationalen Verbands, eine Abspaltung kommt aber für die deutschen Klimademonstranten nicht in Frage. Wir meinen: Klare Haltung bedeutet, keine gemeinsame Sache mit Antisemiten zu machen.

Heute Kinder wird's was geben

… haben sich die Abgeordneten der Linken-Fraktion im Bundestag wohl gedacht, als ihre Fraktion am diesjährigen Nikolaustag bei Berliner Schneepracht aufgelöst wurde. Der Todesstoß kam dabei ausgerechnet aus den eigenen Reihen mit Sahra Wagenknechts neuer Partei, die sie in ihrer sozialistischen Demut „Bündnis Sarah Wagenknecht" getauft hat. Zugegeben: Noch handelt es sich nicht um eine Partei, sondern nur einen Verein, der die bereits üppigen Spenden dann an die zukünftige Partei weiterleiten soll. Angesichts der strengen Regeln der Parteienfinanzierung bei der vorweihnachtlichen Geldsammelaktion ist dies auch unglaublich praktisch. Passender wäre da wohl der Name „Bündnis Strohmann" gewesen.

Haushalts-loch

Vom Regen in die Traufe: Nach den vergangenen Krisen setzt sich die negative Erfolgsbilanz der Ampel fort. Als erste Bundesregierung überhaupt verabschiedet das Dreiergespann aus Scholz, Habeck und Lindner einen verfassungswidrigen Haushalt. Ein 60 Milliarden EUR großes Loch ist das Resultat dieser – den Outfits von Tessa Ganserer im Bundestag nacheifernden – semi-transparenten Haushaltspolitik. Dass die Schuldenbremse zumindest vorerst als Sieger aus dem Duell mit der Ampelregierung hervorgehen konnte, ist vor allem für künftige Generationen eine gute Nachricht. Anstatt jedes Problem mit neuen Schulden anzugehen, zwingt sie Prioritäten zu setzen. Wir meinen: auch künftige Generationen brauchen den nötigen finanziellen Spielraum, um die Herausforderungen ihrer Zeit zu meistern. Sparpotenzial gibt es bei der Ampel auch im Kleinen: Vielleicht schafft es Bundestagspräsidentin Bas (SPD) nächstes Jahr, weniger als 13.000 EUR für Frisur, Makeup und Styling auszugeben.

WEIL ES
unser
Europa
IST

„Hegen Sie Demokratie und Freiheit“

Der Deutschlandtag der Jungen Union 2023 in Braunschweig

Mehr nachdenklich statt markig: Krisenherde in Israel, in der Ukraine und in Belarus prägen die Redebeiträge beim Deutschlandtag 2023 in Braunschweig.

Wenn eine ganze Halle voller JUler israelische Fahnen schwenkt und minutenlang stehend applaudiert, während oben auf der Bühne ein Botschafter vom Anblick ganz gerührt mit glasigen Augen in die Reihen schaut, sind das Bilder, die bleiben und einen Deutschlandtag weit überdauern.

Eigentlich sollte es bei dem großen JU-Treffen dieses Jahres in Braunschweig um Europa gehen (das Motto: „Weil es unser Europa ist“), doch mit dem schrecklichen Angriff der Hamas auf Israel galt es, ein Zeichen zu setzen und die Solidarität mit Israel zum Ausdruck zu bringen.

„Dass der israelische Botschafter in dieser Zeit zur Jungen Union kommt und dass er darüber hinaus noch in seiner Rede die persönliche Freundschaft zur Jungen Union betont“, sagte unser Bundesvorsitzender Johannes Winkel, „ist für mich jetzt schon der schönste und wichtigste Moment dieses Deutschlandtages.“ Er sollte Recht behalten. Längeren Applaus als der israelische Botschafter, Seine Exzellenz Ron Prosor, erhielt bei diesem Deutschlandtag im Oktober 2023 kein Friedrich Merz, kein Markus Söder, keine Ursula von der Leyen.

Prosor nannte den 7. Oktober „den schwärzesten Tag in der israelischen Geschichte“ und sprach von einem „Kampf der Zivilisation gegen die Barbarei“. Der Botschafter kritisierte Teile der deutschen Medien, die die Hamas als Quelle anführten. „Die Hamas und den Staat Israel auf eine Stufe zu stellen, ist ein Skandal. Das ist so, als würde man sagen: ‚Nach Angaben des Islamischen Staates ist Deutschland für den Anschlag auf dem Breitscheidplatz verantwortlich.‘“ In Richtung der JU dankte er: „Ich fühle mich zuhause und ich werde in Israel mitteilen, dass die Junge Union an unserer Seite steht.“

„Nachdenklich“ ist ein Wort, das auf viele Reden des Deutschlandtages zutrifft. Zu groß sind die Herausforderungen, zu historisch ist die Verantwortung. Dass in Deutschland wieder Davidsterne an Häuser gemalt würden, „ist eine beispiellose Schande für unser Land“, unterstrich Johannes Winkel direkt zu Beginn. „Wen der Antisemitismus in unserem Land ernsthaft überrascht, der muss vorher völlig blind durchs Leben gelaufen sein“, sagte er und kritisierte insbesondere die Jusos für ihr ungeklärtes Verhältnis zu antisemitischen Gruppen.

Friedrich Merz, sichtlich bewegt von dem Besuch einer jüdischen Schule im Vorfeld des Deutschlandtages, unterstrich angesichts der geopolitischen Lage die Notwendigkeit, in größeren Kontexten und Ordnungen zu denken und in die Verteidigung zu investieren. „Wir müssen die Bundeswehr wieder ertüchtigen“, so der Unionsfraktionschef und CDU-Vorsitzende. Sein Kollege von der CSU, Ministerpräsident Markus Söder, sagte derweil zur Kritik von links und rechts an der NATO: „Geht Deutschland raus aus der NATO, kommen Russland und Putin rein in Europa.“

„Putin muss und wird scheitern, damit wir friedlich in Europa leben können“, betonte einen Tag später die EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen. „Die Ukraine wird Mitglied der Europäischen Union. Dort ist ihre Zukunft“, nahm sie einen weiteren Krisenherd dieser Welt in den Blick. Von der Leyen betrat gemeinsam mit der belarussischen Oppositionsführerin Sviatlana Tsikhanouskaya die Bühne. Die Bürgerrechtlerin betonte: „Hegen Sie Demokratie und Freiheit, sie sind so leicht zu verlieren, aber so hart zurückzugewinnen.“ Ein Satz, der sinnbildlich für viele nachdenkliche Impulse aus Braunschweig steht. ■

von Florian Hemann

#DLT23
JU
#DLT23
JU
#DLT23
JU
#DLT23
JU
#DLT23
JU
#DLT23
JU
#DLT23
JU
#DLT23
JU
TOP9
Johannes Winkel
DLT 23
EIT FÜR
PTIMISTEN

#DLT23
JU
Itay Nahmias
Lior Ben Yaakov
Max Ravinov
Liran Mons Almosnino
JU
OLDENBURG

#DLT23
JU
AM ISRAEL CHAI - DAS VOLK ISRAEL LEBT
JU

WEIL ES
#DLT23
JU

#DLT23
JU
DLT
23

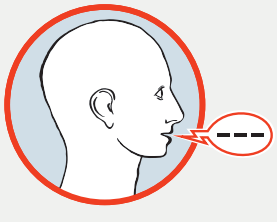
BIS NÄCHSTES JAHR!

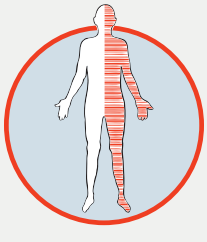
STIFTUNG
DEUTSCHE
SCHLAGANFALL
HILFE

JEDER SCHLAGANFALL IST EIN NOTFALL!

Kennen Sie die Symptome eines Schlaganfalls?
Tritt eines dieser Symptome plötzlich auf, zögern Sie keine Minute und wählen Sie sofort den Notruf 112!

Sehstörung


Sprach-, Sprachverständnisstörung


Lähmung, Taubheitsgefühl

Schwindel mit Gangunsicherheit

Sehr starker Kopfschmerz

Helfen Sie uns, Leben zu retten und Behinderungen zu vermeiden.
Mit Ihrer Spende.

Spendenkonto: Sparkasse Gütersloh-Rietberg-Versmold
IBAN: DE80 4785 0065 0000 0000 50
BIC: WELADED1GTL

Weitere Informationen:
Telefon: 05241 9770-0
schlaganfall-hilfe.de

DZI Spenden-Siegel
Geprüft seit 2006

Nicht jedes KI-System muss gebaut werden

Vor einiger Zeit war ich eingeladen zu einem Vortrag in Oxford von Demis Hassabis, dem Chef für Künstliche Intelligenz (KI) bei Google. Viele der wissenschaftlichen Größen unserer Zeit waren anwesend. Herr Hassabis erzählte von allerlei Erfolgen seiner KI-Abteilung. Zum Ende hin erklärte er, dass er nichts weniger als die Entwicklung einer KI anstrebt, die der Intelligenz des Menschen insgesamt überlegen ist. Das Publikum hing an seinen Lippen, wie ich es selten sonst bei Vorträgen erlebt hatte. Die einzige Enttäuschung erfuhr ich, als ich im Nachgang zu dem Vortrag mehr Informationen auf YouTube suchte und feststellte, dass er den exakt gleichen Vortrag schon viele Male gehalten hatte. War alles also nur eine Marketingveranstaltung für abstrakte KI-Risiken?

Viele andere bekannte Gesichter schlagen ähnliche Töne an. Elon Musk zum Beispiel scheint sich derzeit für keine schrille Diskussion zu schade zu sein. Während er öffentlich Twitter zerlegt, hat er gleichzeitig im März 2023 mit hunderten anderen „KI-Experten" in einem offenen Brief ein sechsmonatiges Moratorium für ChatGPT-ähnliche KI-Forschung gefordert, um die potenziellen Risiken besser zu verstehen. Das mag nobel klingen, aber erhöht im Umkehrschluss enorm den Druck auf den Gesetzgeber, etwas zu liefern. Dabei ist gar nicht genau so klar, was überhaupt reguliert werden muss und warum. So ist die Definition von KI, insbesondere die Abgrenzung von „gewöhnlicher" Software, äußerst schwierig.

Währenddessen reist der Chef von OpenAI – Sam Altman – in seiner „World Tour" um die Welt und fordert schnelle Regulierung von KI, genauso wie viele andere Chefs führender Technologie-Unternehmen. Regierungschefs wiederum lassen sich gerne mit den Firmenchefs ablichten und stellen sie damit als Partner auf Augenhöhe dar. Es wird gerne die Tugend von Sam Altman gelobt, sich unangenehmen Fragen zu stellen und sich aktiv für Gesetze für die eigenen Unternehmen einzusetzen. Der übliche Begriff für solche Aktionen ist aber „Lobbying". Konkret wird versucht, wie auch im offenen Brief von Musk und Co., Verantwortung von sich zu weisen. Hätte OpenAI wirklich gravierende Bedenken, dass die eigenen Produkte unverhältnismäßige Risiken darstellen, dann sollten sie vermutlich nicht veröffentlicht werden. Auch würden die Unternehmen gut daran tun, sich aktiv mit anderen Gruppen – wie Gewerkschaften, Kirchenvertretern und Forschern – zusammen zu tun, um gemeinsam Lösungen zu finden. Das passiert aber bisher kaum.

Das EU-Parlament scheint diesen Bedenken zum Trotz relativ beeindruckt von den neuerlichen Entwicklungen in der KI gewesen zu sein. Man will in Brüssel bekanntlich mit dem „Artificial Intelligence Act" (AI Act) das erste weltweite Gesetz erlassen, um die potenziellen Risiken von KI zu entschärfen. Mal abgesehen davon, dass China uns – zumindest in Bezug auf Generative KI wie ChatGPT – bereits zuvorgekommen ist, ist die Handlungsmaxime der EU fragwürdig. KI-Regulierung ist schließlich kein Selbstzweck. Der Kern des Gesetzentwurfs ist allerdings sinnvoll. So sieht der Gesetzentwurf der KI-Kommission von April 2021 drei Kategorien von KI-Systemen vor: solche mit geringem, mittlerem und hohem Risiko – und jeweils anderen gesetzlichen Bedingungen und Anforderungen. Als ChatGPT dann im November 2022 veröffentlicht wurde, haben die Parlamentarier die Re-

geln im AI Act – zumindest im parlamentarischen Entwurf – gründlich umgeworfen. Für Generative KI – wie ChatGPT – ist nun ein eigenes Regelwerk vorgesehen, abseits der drei Risikokategorien. Unternehmen, die Generative KI in der EU vertreiben, müssen nun eine Reihe zusätzlicher Anforderungen erfüllen – egal ob es umsonst ist, als Open Source angeboten wird oder es sich überhaupt um ein Hochrisikosystem handelt. Die Regeln wirken übereilt, da für Generative KI noch viel weniger klar ist, welche Risiken sich überhaupt ergeben und wie gravierend diese sein können. Aus diesem Grund weist das chinesische Gesetz zu Generativer KI wenig Konkretes auf und mahnt stattdessen, dass bestehende Gesetze, insbesondere im Copyright, beachtet werden müssen.

DEUTSCHE MARKTFÜHRER IN KI UND GEFAHR DURCH DEN AI ACT

Wenn diese Regeln wie vom EU-Parlament vorgeschlagen umgesetzt würden, dann würde nicht nur Generative KI von dem ursprünglich risikobasierten Ansatz zur KI-Regulierung ausgenommen werden. Vielmehr würde es kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) – einem Grundpfeiler der deutschen Wirtschaft – deutlich schwerer fallen, als Wettbewerber in der KI aufzutreten. Man könnte natürlich meinen, es handele sich sowieso um einen Wettbewerb zwischen David und Goliath mit wenig Aussicht auf Erfolg. Dem ist jedoch nicht unbedingt so. So gilt die CompVis Group der LMU München als einer der Marktführer in Generativer KI. Mit ihrem Stable Diffusion für die Bildgenerierung haben sie etwa ein KI-Modell entwickelt, das dem Äquivalent von OpenAI (DALL·E) nicht in Vielem nachsteht. Gleichzeitig waren die Entwicklungskosten nur ein Bruchteil derer von OpenAI und die Nutzung des deutschen Modells ist ebenfalls deutlich weniger energieintensiv.

Diese Erfolge sind charakteristisch für die moderne KI, die durch ständigen Fortschritt und weltweiten Wettbewerb immer weniger Ressourcen benötigt, um mit den großen Unternehmen zu konkurrieren. Aufgrund der Tatsache, dass Stable Diffusion – als Forschungsprojekt mit Unterstützung des britischen Start-Ups „Stability AI“ – seine Ergebnisse zur freien Verfügung bereitgestellt hat, hat es eine Vielzahl von Folgeprojekten inspiriert.

> Für den deutschen Industriestandort sollten wir alles tun, um KI-Talente in unserem Land zu halten. !

Eben solche deutschen KI-Erfolge sind durch den aktuellen AI Act bedroht. Währenddessen hat OpenAI zu seinem neuesten KI-Modell – bekannt als GPT-4 – nur spärlich Details veröffentlicht. Angeblich sind die Risiken einer solchen Veröffentlichung zu hoch. Damit bekräftigt OpenAI, dass es zwar gerne öffentlich geförderte Universitätsforschung kommerzialisiert, aber sich ungern auf die Finger schauen lässt. Zusätzlich wird die Weltuntergangsstimmung in Bezug auf KI weiter angefacht – ohne für solche Behauptungen neue Evidenz bereitzustellen. Könnte es stattdessen sein, dass US-Technologieunternehmen ein starkes Interesse daran haben, strikte Regeln für KI zu setzen, sodass sie den Markt unter sich aufteilen können und kleinere Wettbewerber – wie die Forscher aus München – keine Chance haben?

WIE MIT KI-RISIKEN UMGEHEN?

Man kann sich natürlich von den Marketingkampagnen der US-Unternehmen verleiten lassen und sich darauf einlassen – erneut – die Vormachtstellung in digitalen Technologien den USA zu überlassen, um sich besser vor KI-Risiken zu schützen. Gerade Risiken in Bezug auf Desinformation und Vertrauen in Medien sind durch KI-generierte „Deep Fakes“ in Gefahr. Menschliche Intelligenz wird sobald allerdings nicht ersetzt werden. Mit solchen Behauptungen soll vielmehr von einer rationalen Debatte um KI abgelenkt werden. Bisher haben wir digitale Systeme in erster Linie der Eigenregie der US-amerikanischen Unternehmen überlassen. Das verändert sich gerade, u.a. durch EU-Gesetze wie die DSGVO, wenn auch nur langsam.

Was in der Debatte um KI-Innovation häufig nicht erwähnt wird, ist, dass wir als Gesellschaft immer eine Wahl haben: Das Design von Software ist von Grund auf politisch. Es gibt vielerlei Stellschrauben, wie etwa die Wahl der Daten, das Testen des Modells, die Wahl des Personals hinter der Entwicklung, den geographischen Standort der Daten, die Vergütung von Künstlern sowie anderen Urhebern und so weiter.

Viele „KI-Experten“ argumentieren, dass Bias, Fairness und Transparenz die wichtigsten Stellschrauben in KI seien. Diese Parameter sind auch zentral für viele KI-Gesetzesinitiativen, sowohl in Europa als auch außerhalb. Das sollte uns als Gesellschaft nicht weit genug gehen. Stattdessen sollten im Zentrum dieser Entscheidungen die Menschenwürde, die freie Entwicklung von Persönlichkeit und die Verantwortung gegenüber dem Nächsten stehen. Nur weil ein KI-System angeblich frei von „Bias“ ist oder nur ein „mittleres“ Risiko hat, muss es nicht gleich eingesetzt werden. Im Kontext von KI sollten vielmehr genauso direkte Risiken für eine funktionierende Demokratie und ihre Bürger betrachtet werden.

Für den deutschen Industriestandort sollten wir alles tun, um KI-Talente in unserem Land zu halten. Angesichts der enormen finanziellen Ressourcen US-amerikanischer Technologieunternehmen ist das eine große Herausforderung. Konkret könnte das etwa heißen, den Einkommensteuersatz für gefragtes ausländisches Talent für einige Jahre zu reduzieren. In Europa tun das Länder wie die Niederlande und Belgien bereits. Und es wirkt, wie ich aus persönlicher Erfahrung sagen kann.

Insgesamt gilt: Nicht jedes KI-System muss gebaut werden. Die Gestaltung von (Regeln für) Software ist die zentrale politische Bühne des 21. Jahrhunderts. Lasst es uns gut anstellen. ■

Konrad Kollnig ist außerordentlicher Professor an der Universität Maastricht. Seine Forschung ist interdisziplinär ausgerichtet und richtet sich auf die Bereiche Informatik und Recht.

AI
0101
0101
0101
0101

„Wir befinden uns in einer globalen Risikogemeinschaft“

Paul Nemitz ist Chefberater für den digitalen Wandel in der Generaldirektion Justiz und Verbraucher der Europäischen Kommission. Im Interview sprechen wir mit ihm über die weitreichenden Möglichkeiten und komplexen Herausforderungen mit Blick auf die Einbindung der Künstlichen Intelligenz in die gesellschaftlichen Prozesse. Was bedeutet die Künstliche Intelligenz für Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie?

Sehr geehrter Herr Nemitz, Sie sind von Hause aus Jurist – und haben sich in den letzten Jahren dem Thema Künstliche Intelligenz (KI) verschrieben. Woher kommt die Begeisterung für dieses hochtechnische Themenfeld?

Zu diesem Thema bin ich aufgrund meiner früheren Rolle als federführender Kommissionsdirektor zur Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) gekommen. Durch diese Arbeit bin ich immer weiter in technische Zusammenhänge vorgedrungen und habe dann mein Buch „Prinzip Mensch“ geschrieben. Hierbei bin ich auf die These des deutschen Soziologen Popitz gestoßen, dass die zentrale Aufgabe der Demokratie in Zukunft die Kontrolle technischer Macht sein werde. Ich glaube, das ist richtig und deshalb interessiert mich das Thema KI auch aus diesem Blickwinkel: Was bedeutet diese Technologie für Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie?

Über die Sozialen Medien existiert das Bonmot, sie seien „Utopie und Dystopie“ zugleich – gilt das auch für KI?

Ja, sicher! Die Überväter und Financiers der großen Entwicklungen im Bereich KI ziehen ja immer wieder die Parallele zur Atomkraft: Einerseits ein großes Potenzial, andererseits gewaltige Risiken. Deswegen ist es aus meiner Sicht so wichtig, dass der demokratische Staat bei dieser Entwicklung nicht einfach danebensteht, sondern einen verbindlichen Rahmen setzt, der eine Orientierung am Allgemeinwohl vorschreibt.

Dass KI Risiken birgt, zeigt auch die kürzlich abgegebene Erklärung von acht der größten Tech-Unternehmen – darunter OpenAI und Google –, sich freiwillig staatlichen Sicherheitstests für ihre KI-Software zu unterziehen. Ist das ausreichend? Joe Biden hat in seinem AI-Dekret solche Tests zwangsweise vorgeschrieben.

Zunächst mal: Ich finde es gut, wenn Unternehmen gute Dinge freiwillig tun. Überdies glaube ich, dass in der Berufsethik der Ingenieure und Informatiker sehr viel Hilfreiches vorhanden ist. Trotzdem: Es geht bei KI auch um Macht, um den Druck des Finanzmarktes. KI wird eine allgegenwärtige Allzwecktechnologie sein und deshalb ist sie zu wichtig, um sie der Freiwilligkeit zu überlassen. Im Übrigen garantiert Freiwilligkeit auch nicht die Wettbewerbsgleichheit im Binnenmarkt: Wir können nicht in einem Mitgliedstaat Verbindlichkeit haben und in anderen nicht.

Die von Ihnen angesprochene Entwicklung in den USA ist dahingehend sehr interessant. Das präsidentielle Dekret ist gegenüber Privaten nur sehr begrenzt verbindlich, aber zugleich das Maximum dessen, was mit geltendem Recht möglich ist. Die Eingriffsschwelle wurde sehr hoch angesetzt, das wird heute noch gar nicht erreicht. Die Verpflichtungswirkung dieses Dekrets ist also nicht so, wie die jener Gesetzgebung, die in Europa aktuell auf dem Weg ist. Aber: Die Tatsache, dass Joe Biden eine so umfangreiche präsidentielle Anordnung erlassen hat, zeigt, dass auch die amerikanische Regierung von sehr großen Risiken ausgeht. Das müssen wir sehr ernst nehmen.

Der Titel Ihres Buches „Prinzip Mensch. Macht, Freiheit und Demokratie im Zeitalter der Künstlichen Intelligenz“ lässt erahnen, dass es hierin auch viel um Konzepte wie Macht, Öffentlichkeit, ja letztlich das Menschenbild selbst geht. Ist KI womöglich primär ein philosophisch-anthropologisches als ein technologisch-juristisches Problem?

Mein Co-Autor Matthias Pfeffer ist Philosoph. Das zeigt: Es geht bei KI um ganz grundlegende Fragen. Wir befinden uns insofern an einem Kipppunkt, als Digitales bisher die Distri-

bution von Inhalten meinte und jetzt beginnt, sich die Produktion von Inhalten, die früher dem menschlichen Geist vorbehalten waren, zu erschließen.

Das führt zu Grundanfragen an unser Menschenbild: Was bleibt genuin menschlich, wenn Technik so vieles kann? Hier sind Philosophen und Wertträger wie NGOs oder die Kirchen gefordert.

Gleichzeitig muss sich die Politik auf Fragen der Demokratie beschränken und das Recht ist nun mal der nobelste Sprechakt der Demokratie. Daher führen wir zu Recht viele Diskussionen darüber, wie die Regulierung von KI aussehen soll. Das halte ich für eine vernünftige Arbeitsteilung. Ich glaube aber auch, dass wir die Philosophie und die Ethik herausfordern müssen: Was können wir hinsichtlich KI mit gutem Gewissen der Ethik und der Freiwilligkeit überlassen und was müssen wir andererseits verbindlichen Regeln zuführen?

Das gilt im Übrigen auch auf globaler Ebene. Meine These ist: Die jetzt beginnenden Arbeiten der UN zum Thema KI müssen wir sehr ernst nehmen, weil wir uns in einer weltweiten Risikogemeinschaft befinden. Letztendlich geht es darum, wie bei der Atomkraft auch, dass wir eine internationale Behörde brauchen, die Risikoeinschätzungen vornimmt und Inspektionsrechte hat. Und es geht auch darum, diese Technologie in Fairness und Solidarität gemeinsam im öffentlichen Interesse nutzen zu können. Es gibt aktuell auf der Welt einen sehr ungleichen Zugang zur Nutzung von KI.

Kommen wir zum bereits 2021 von der Kommission vorgeschlagenen AI-Act. Jonas Andrulis, Gründer des Heidelberger KI-Start-Ups Aleph Alpha, hat kürzlich in der FAZ geäußert: „Wir werden uns keine Technologiesouveränität herbeiregulieren können." In Ihrem Buch beschreiben Sie eine Tradition der großen Tech-Konzerne, Parlamentarier und Regierungen die Legitimation zur Regulierung von Technologie abzusprechen. Inwiefern stellen diese Unternehmen „Technologie vor und über die Demokratie", wie Sie es formulieren?

Sie stellen eine sehr wichtige Frage. Es geht bei KI auf globaler Ebene um nichts anderes als den Primat der Demokratie. Die großen Tech-Konzerne würden am liebsten alles nach ihren community rules regeln und sich in keiner Weise verbindlichen Gesetzen unterwerfen. Sie wollen Recht verhindern und sich dem Recht entziehen, indem sie es nicht anwenden und bei jedem Thema bis in die letzte Instanz hin klagen. Das ist auch eine Einschüchterungstaktik der Regulierungsbehörden. Wir müssen in der aktuellen Krise der Demokratie zeigen, dass wir nicht herumkommandiert werden. In diesem Zusammenhang ist der Digital Services Act der EU ein Beispiel für eine größere Entwicklung: Wir erleben, so meine ich, eine Bewegung von Ethik hin zu Verbindlichkeit, eine Renaissance des Rechts, auch ein wenig das Ende des Neoliberalismus.

Dennoch zeigt gerade KI, wie zynisch Unternehmen demokratische Gesetzgebung umgehen.

Schon bevor ChatGPT auf den Markt geworfen wurde, haben Bill Gates & Co gesagt: „KI ist wie Atomkraft." Aber sie haben nicht danach gehandelt. Denn bei der Atomkraft wurde von den UN die IAEA eingerichtet und in Deutschland ging der erste Meiler erst dann ans Netz, nachdem es das Atomgesetz gab. Microsoft hat sich bei KI dagegen zunächst einmal überlegt: Wie können wir die zehn Milliarden Euro, die wir bei OpenAI investiert haben, wieder einsammeln? Antwort: Wir werfen die KI auf den Markt. Und erst danach kam der Wunsch nach Regulierung.

Zum AI-Act als solchem kann ich sagen: In Brüssel ist man ja daran gewöhnt, dass bei jedem Gesetzgebungsprojekt der wirtschaftliche Untergang Europas verkündet wird - und jedes Mal ist es falsch. Es gibt keine einzige Vorschrift, weder im Datenschutz noch im AI-Act, die dazu führt, dass die europäische Wirtschaft nicht mehr wettbewerbsfähig ist. Es geht vielmehr darum, neue Innovationen zu fördern, und zwar in eine Richtung, die mit Grundrechten vereinbar ist. Im AI-Act

„Mit den Texten von ChatGPT war ich im Übrigen jedes Mal unzufrieden, weil sie wirklich falsch und frei von Urteilsfähigkeit sind.“

steht nicht mehr drin als das, was ein vernünftiger Ingenieur sowieso tun würde.

Es wird jedoch nicht zu bestreiten sein, dass KI in vielen Bereichen die Zukunft ist. Kommen wir angesichts der massiven Investitionen in den USA oder auch China nicht umhin, die Bedenken hintanzustellen?

In China beobachten wir seit Jahren, auch schon vor Covid, dass die Privatinvestitionen in KI stark zurückgehen. Woran liegt das? Daran, dass die chinesische KI Inhalte produziert, die nach den Prinzipien einer Diktatur entwickelt wurden – das ist in demokratischen Staaten schwer an den Mann zu bringen. Die viel zitierten öffentlichen Investitionssummen in KI sind eine Kompensation dafür, dass die privaten Märkte an die Wettbewerbsfähigkeit der chinesischen KI außerhalb Chinas nicht mehr glauben. Das müssen wir ernstnehmen, weil KI wertbeladen ist. Das ist etwas anderes als normale Ingenieurskunst, weil KI Inhalte produziert, die vorher denkende Menschen produziert haben.

In den USA sehen wir bei KI das Muster, das wir schon länger kennen: Im B2C-Bereich ist Amerika marketingmäßig schon immer vorne gewesen. Ich bin mit Kellogg’s aufgewachsen und alle trugen Jeans. Im Bereich B2B sieht es dagegen ganz anders aus. Da gibt es viele europäische Unternehmen, die sehr gut sind – ob im Bereich Bildung oder Gesundheit, selbst bei der öffentlichen Verwaltung. Da liegen viele europäische Mitgliedstaaten im Vergleich zu den USA vorne. Mein Plädoyer: Nicht durch den Aktienmarkt und die Großen blenden lassen. Bestes Beispiel ist DeepL aus Köln, die besser übersetzen als Google. Ein anderes Beispiel für die europäische Innovationsfähigkeit sind die Impfstoffe gegen Corona. Also: Pauschale Behauptungen dazu, dass Europa nicht innovationsfähig sei, ist aus meiner Sicht ein Diskurs, der Gesetze verhindern will.

Wir reden bisher viel über die Regulierung von Tech-Unternehmen durch den Staat. Ist angesichts der staatlichen Eingriffsbefugnisse der potenzielle KI-Missbrauch von dieser Seite nicht das zukünftig viel größere Problem? Gerade in einer Welt, in der Demokratien weniger werden.

Ich würde das Risiko auch als sehr hoch ansehen. Wenn wir heutzutage an Überwachung denken, muss man sagen: Ist die Demokratie erstmal weg und die Diktatur da, ist es sehr schwer bis unmöglich, Opposition zu organisieren. Insofern ist Ihre Frage berechtigt. Und deshalb richten sich die Gesetzgebungsakte auf EU-Ebene auch gegen den Widerstand der Mitgliedstaaten. Deutschland war zum Beispiel immer dagegen, dass ein Datenschutzgesetz sowohl auf Private wie den Staat anwendbar ist. Ich halte es hingegen für richtig, dass sowohl die DSGVO als auch der AI-Act an den Staat wie auch an Private gerichtet sind.

1950 hat der britische Mathematiker Alan Turing den sog. Turing-Test entwickelt. Er besagt: Wenn ein Mensch einen menschlichen Gesprächspartner nicht mehr von einer Maschine unterscheiden kann, hätten Computer ein dem Menschen ebenbürtiges Denkvermögen erreicht. Angesichts ChatGPT & Co.: Ist der Turing-Test kurz davor, bestanden zu werden?

Wir kommen an den Anfang unseres Gesprächs zurück. Wird KI bald all das leisten können, was die menschliche Intelligenz kann? Ich würde sagen: Nein. Wenn wir uns aber auf einige Funktionsbereiche beschränken, dann wissen wir doch schon heute, dass der Taschenrechner schneller rechnet als wir. Es wird weite Bereiche spezieller KI geben, die deutlich über menschliche Fähigkeiten hinausgehen werden.

Aber wird KI in der Lage sein, in neuen Situationen kreativ zu denken? Werden das Programme sein, die dazu fähig sind, politischen Fortschritt zu organisieren? Die sich etwas vorstellen können, was es noch nicht gibt? Das ist ja das, was Menschen in der Politik antreibt: Unzufriedenheit und Vorstellungskraft von dem, was sein könnte, wenn wir nur das Richtige täten. Das aber hat mit Fakten der Vergangenheit nichts zu tun – das sind Dinge, wo wir nicht auf KI hoffen können.

Vielmehr müssen wir sogar aufpassen, dass wir nicht in versteinerte Strukturen zurückfallen, in denen alles Zukünftige auf der Empirik von gestern beruht. In der Demokratie muss der Weg zum Wandel frei sein – und bleibt der frei, wenn wir alles auf Grundlage von Vergangenheitsdaten lösen? Also insofern ist die Antwort am Ende: Je nachdem, es kommt auf den Bereich an. Es wird Bereiche geben, in denen KI den Menschen überholt.

Mit den Texten von ChatGPT war ich im Übrigen jedes Mal unzufrieden, weil sie wirklich falsch und frei von Urteilsfähigkeit sind. Was an diesen Texten immer so gut aussieht auf den ersten Blick, vor allem die fließende Formulierung, dazu kann ich nur sagen: Vorsicht vor den Blendern. Sieht gut aus, ist aber nichts dahinter. ■

Das Interview führte Fabio Crynen

Der Fall erschütterte das Land im Frühjahr: Ein 12-jähriges Mädchen wird von gleichaltrigen Freundinnen ermordet. Das Verfahren wurde zwischenzeitlich wegen fehlender Strafmündigkeit eingestellt. Wir fragen: Brauchen wir eine Herabsenkung der Strafmündigkeit?

PRO

Absenkung des Mindestalters für Strafmündigkeit – eine Reform im Sinne der Angeklagten

19. Juni 2022. Auf einem verwilderten Grundstück in Salzgitter wird eine 15-jährige von zwei Mitschülern erstickt. Diese sind 13 und 14 Jahre alt. Der 14-jährige wird wegen Mordes zu einer Jugendfreiheitsstrafe von acht Jahren verurteilt. Der 13-jährige ist noch strafunmündig. Für ihn gilt das Jugendstrafrecht nicht. Bei Tötungsdelikten unter Kindern ist die Bestürzung – zu Recht und verständlicherweise – grenzenlos. Entsprechend laut und schnell ruft die Öffentlichkeit nach einer Absenkung der Altersgrenze für Strafmündigkeit. Im Rahmen einer klugen Reform ist der Schritt, eine Anwendung des Jugendstrafrechts ab 12 Jahren zu ermöglichen, sinnvoll und angemessen.

Begeht ein 14-jähriger eine Straftat, so stehen den Gerichten verschiedene Maßnahmen der Reaktion zur Verfügung. Ist die Täterin oder der Täter einer rechtswidrigen Tat dagegen jünger, so bleibt oft nur die Möglichkeit der Erziehungshilfe. Verweigern sich die Sorgeberechtigten, fehlt das Instrumentarium zu einer angemessenen Reaktion auf die Straftat. Dabei ist klar: Nicht jede Maßnahme des Jugendstrafrechts ist für Kinder dieses Alters geeignet und zumutbar. Insbesondere der Freiheitsentzug in einer für den Vollzug von Jugendstrafen vorgesehenen Einrichtung ist hierbei abzulehnen. Diese Regelung wird für alle Minderjährigen bereits sehr vorsichtig gehandhabt. Ein 12-jähriger in einer entsprechenden Anstalt ist nicht vorstellbar. Das JGG bietet aber viele andere Möglichkeiten. Zu nennen ist insbesondere die Möglichkeit zur Anweisung, eine geeignete Hilfe aus dem KJHG in Anspruch zu nehmen. Dies ist aber nur nach einer Reform möglich und verpflichtend. Eine Kooperationsverweigerung des Sorgeberechtigten steht somit der Hilfe für die straffälligen Kinder nicht im Weg. Aber auch die Verhängung von zumutbaren Arbeitsleistungen oder der Jugendarrest können als erziehende Maßnahmen positive Wirkung entfalten.

Angemessen scheint es, im Zuge einer Absenkung des Mindestalters für Strafmündigkeit, den sachlichen Anwendungsbereich bei unter-14-Jährigen auf bestimmte Delikte zu begrenzen. Dazu zählen Tötungsdelikte, Raub, wiederholte und schwere Körperverletzungen, Erpressung und Vergewaltigung. Werden diese verwerflichen Taten von Kindern schuldhaft begangen, kann das Jugendstrafrecht den Gerichten wichtige Möglichkeiten zur Reaktion geben. Zudem stellt die gutachtliche Beurteilung der Reife der Täter hier keinen unangemessenen Aufwand dar. Im Gegenteil, eine psychologische Analyse derart straffälliger Kinder ist geradezu unerlässlich, um sie vor einer kriminellen Zukunft zu bewahren.

Schließlich könnte die behutsame Erweiterung des Anwendungsbereichs von Jugendstrafrecht auch eine gesellschaftliche Befriedung der Thematik bewirken. Taten, die nicht vom Strafrecht erfasst werden, erschüttern das Vertrauen in die Rechtsordnung. Die jugendstrafrechtliche Sanktionierung schwerwiegender Taten straffälliger Täter zu ermöglichen, kann hier Abhilfe schaffen. Die Möglichkeit von Gerichten zur Differenzierung nach sittlicher Reife der Täter verhindert dabei eine überzogene oder unangemessene Reaktion. Dies könnte ein Beitrag zur Beruhigung einer emotional hitzigen Debatte in Deutschland sein. ■

> Taten, die nicht vom Strafrecht erfasst werden, erschüttern das Vertrauen in die Rechtsordnung. !

KOLJA BAUDOUX

ist Kreisvorsitzender der Jungen Union Esslingen

Gruppenzwang macht auch heute noch Kinder zu Mittätern, die häufig wegen der Gruppendynamik in die Kriminalität abrutschen. !

CONTRA

Strafmündigkeit ab 14 – Eine angemessene Grenze

Extremfälle lassen erneute Diskussionen über eine Absenkung der Strafmündigkeit auf bis zu zwölf Jahren aufkommen. Eine Schülerin wurde im März dieses Jahres in Freudenberg erstochen. Die Täter: Zwei Mädchen, 12 und 13 Jahre. Anfang November wurden an zwei Hamburger Schulen Lehrkräfte bedroht. Die Täter: Zwischen 11 und 14 Jahren. Besonders der tragische Tod der Zwölfjährigen hat die Öffentlichkeit schockiert. Sollte die Moralvorstellung ab einem Alter von zwölf Jahren nicht eigentlich schon so weit ausgereift sein, dass man eine andere Person nicht tötet? Eine grobe Vorstellung von Gut und Böse entwickeln Kinder schon weit vor der Pubertät. Gerade solche extremen Straftaten wie Mord, Totschlag oder auch Drohungen mit einer Waffe können junge Jugendliche auch unter vierzehn Jahre als moralisch „falsch" einordnen. Aber wir müssen in der Frage über das Absenken der Strafmündigkeitsgrenze weg von den Extremen gehen. Ist ein pubertierendes Kind fähig, Verantwortung für sein eigenes Handeln zu übernehmen? Ist es fähig, bei kleineren Straftaten Unrecht einzusehen? Wann ist ein Kind in seiner geistigen Entwicklung so weit ausgereift, dass es auch die Folgen seiner Taten berücksichtigen kann? Die Pubertät, die mit dem Erreichen des 14. Lebensjahres ihre Hochphase abgeschlossen hat, ist eine Zeit, in der sich Jugendliche nicht nur körperlich verändern, sondern die auch ungemein die persönliche Entwicklung, die Identitätsfindung und Entfaltung eigener Wertevorstellungen prägt. In der Zeit zeigen viele Jugendliche eine erhöhte emotionale Labilität und verminderte Impulskontrolle. Straftaten wie Diebstahl, Vandalismus oder auch Mobbing im Sinne von übler Nachrede und Beleidigungen werden leichtfertiger begangen. Gruppenzwang macht auch heute noch Kinder zu Mittätern, die häufig wegen der Gruppendynamik in die Kriminalität abrutschen. Dabei fehlt den Jugendlichen die nötige Weitsicht oder auch der Mut, um sich „„richtig"" zu verhalten. Die Verantwortung der Eltern sollte nicht voreilig an die Kinder abgegeben werden. Diese haben die Pflicht, ihre Kinder zu gesetzestreuen Erwachsenen zu erziehen. Eltern können sich Hilfe holen, zum Beispiel bei der Erziehungsberatungsstelle des Jugendamtes. Kinder und Jugendliche unter 14 Jahren sollten die Chance erhalten, von der „schiefen Bahn" zu kommen. Sozialpädagogische Betreuung, Erziehungsberatung oder gegebenenfalls stationäre Einrichtungen sind die Instrumente, die dafür angemessen sind. Das Jugendstrafrecht greift bei Jugendlichen ab 14 Jahren bereits früh genug. ■

VANESSA KOSGALWIES

ist Beisitzerin der Jungen Union im Kreis Plön

WEIHNACHTEN-SPEZIAL

Wie sieht das schönste Fest des Jahres bei unseren Abgeordneten aus?

1 Was ist bei Dir zu Hause eine besondere Weihnachtstradition? Zu Weihnachten wird bei uns vor allem festlich gegessen. Ansonsten gibt es über die Familie verteilt auch kleine Traditionen wie Weihnachtspullover oder Wichteln.

2 Wir alle wünschen uns Frieden. Du kannst darüber hinaus drei politische Forderungen auf Deinen Wunschzettel schreiben. Welche wären das?

1. Eine stabile und wehrhafte Demokratie
2. Eine Verwaltungs- und Digitalisierungsreform in Deutschland
3. Eine wirksame Strategie gegen Hass im Netz und Desinformation

CATARINA DOS SANTOS-WINTZ
Mitglied des Deutschen Bundestages seit 2021

3 Weihnachten ist ein christliches Fest. Welche Rolle spielt für Dich der christliche Glaube? Der christliche Glaube ist für mich der Grund, Weihnachten überhaupt zu feiern. Die Feiertage bieten aber auch darüber hinaus Gelegenheit, auch einmal abseits des Alltags zum Glauben zurückzukehren und sich darauf zu besinnen, worin die Grundlage für das liegt, was man tut.

4 Christkind oder Weihnachtsmann? Weihnachtsmann - aber das hat sich im Laufe der Jahre auch schon einmal geändert.

1 Was ist bei Dir zu Hause eine besondere Weihnachtstradition? Zusammen mit meiner Schwester und meinen drei Brüdern braten wir an Heiligabend traditionell selbstgemachte Burger für unsere ganze Familie.

2 Wir alle wünschen uns Frieden. Du kannst darüber hinaus drei politische Forderungen auf Deinen Wunschzettel schreiben. Welche wären das?

1.Dass die Bundesregierung den Ernst der Lage in der Migrationspolitik erkennt und vor allem, endlich wirksame Maßnahmen zur Begrenzung der irregulären Migration auf den Weg bringt.
2.Eine nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik, die auch künftigen Generationen einen finanziellen Handlungsspielraum lässt – ohne Schuldenberge und verfassungswidrige Haushaltstricks.
3.Eine gut ausgestattete und handlungsfähige Bundeswehr, die in der Lage ist, der Landesverteidigung und den Bündnisverpflichtungen nachzukommen.

MORITZ OPPELT
Mitglied des Deutschen Bundestages seit 2021

3 Weihnachten ist ein christliches Fest. Welche Rolle spielt für Dich der christliche Glaube? Der christliche Ursprung des Weihnachtsfests kommt in meiner Familie in vielen kleinen Traditionen zur Geltung, unter anderem beim Vorlesen der Weihnachtsgeschichte an meine kleine Tochter.

4 Christkind oder Weihnachtsmann? Das Christkind.

1 Was ist bei Dir zu Hause eine besondere Weihnachtstradition? Gemeinsames Weihnachtsbaumschmücken, Plätzchen backen, gemeinsames Üben von Weihnachtsliedern für Heiligabend, Weihnachtsmarkt besuchen und Waffeln essen - alles natürlich mit meinen beiden Mädchen und meinem Mann.

2 Wir alle wünschen uns Frieden. Du kannst darüber hinaus drei politische Forderungen auf Deinen Wunschzettel schreiben. Welche wären das?
1. Jeder Mensch sollte in Frieden und Freiheit leben können – auch ohne aufgrund seiner Religion oder Ethnie angegriffen zu werden. Das muss immer oberstes Ziel allen politischen Handelns sein. Dass dies keine Selbstverständlichkeit ist, zeigen die Kriege in der Ukraine und nun auch in Nah-Ost.
2. Ich wünsche mir ein starkes Europa und damit einhergehend Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand für alle Menschen, die in Europa leben. Europa ist unsere Zukunft und die Basis, auf Augenhöhe in einem immer angespannteren außenpolitischen Rahmen unsere Stimme zu erheben und unsere Werte zu verteidigen.
3. Ein starker gesellschaftlichen Zusammenhalt ist die Grundlage für den sozialen Frieden in unserer Gemeinschaft. Gerade generationenübergreifend müssen wir zusammenhalten und Verantwortung füreinander übernehmen, um die Herausforderungen unserer Zeit gemeinsam meistern zu können. Das ist kein Selbstläufer und wir müssen aktiv werden – deshalb trete ich etwa für ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr ein.

RONJA KEMMER
Mitglied des Deutschen Bundestages seit 2014

3 Weihnachten ist ein christliches Fest. Welche Rolle spielt für Dich der christliche Glaube? Der Glaube gibt mir im Alltag Orientierung und Sicherheit. Er spiegelt ein Wertefundament wider, an dem ich mich als Christdemokratin in meinem politischen Handeln immer wieder orientiere. Gerade in nicht ganz einfachen Zeiten, wie wir sie heute haben, gibt er mir darüber hinaus Hoffnung und Zuversicht. Und gerade für Hoffnung in dunklen Stunden steht das Weihnachtsfest.

4 Christkind oder Weihnachtsmann? Das Christkind!

1 Was ist bei Dir zu Hause eine besondere Weihnachtstradition? In Bad Dürkheim trifft sich an Heiligabend die halbe Stadt vor der örtlichen Vinothek zu einem gemütlichen Beisammensein. Gemeinsam mit der Familie oder Freunden trinkt man am Vormittag ein Glas Pfälzer Wein oder Sekt. Dann geht es nach Hause zur Bescherung oder in die Kirche. Hier trifft man auch immer wieder das eine oder andere Gesicht aus der Schulzeit oder vom Fußballverein, das man lange nicht gesehen hat.

2 Wir alle wünschen uns Frieden. Du kannst darüber hinaus drei politische Forderungen auf Deinen Wunschzettel schreiben. Welche wären das?
Mein größter Wunsch ist, dass die arbeitende Mitte endlich wieder in den Fokus der Politik rückt und stärker entlastet wird. Derzeit wird viel über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Nachtragshaushalt 2023 diskutiert. Eine ehrliche und solide Haushaltspolitik steht daher auch ganz oben auf meiner Wunschliste. Ich wünsche mir auch, dass wir endlich wieder die Chance bekommen, Olympische Spiele und Paralympische Spiele im eigenen Land austragen zu können.

JOHANNES STEINIGER
Mitglied des Deutschen Bundestages seit 2013

3 Weihnachten ist ein christliches Fest. Welche Rolle spielt für Dich der christliche Glaube? Auch wenn meine Zeit als Ministrant vorbei ist, so spielt der christliche Glaube in meinem Leben nach wie vor eine Rolle – er schenkt Kraft, lässt hoffen und gibt Geborgenheit. Persönlich würde ich mir übrigens wünschen, dass noch mehr junge Menschen den Weg zum Glauben finden - oder wieder zum Glauben zurückfinden.

4 Christkind oder Weihnachtsmann? Christkind

Pfälzischer Wein als wichtiges Aushängeschild

Charlotte Weihl wurde im Oktober dieses Jahres zur 85. Pfälzischen Weinkönigin gewählt. Derzeit studiert sie internationale Weinwirtschaft an der Hochschule Geisenheim. Wir von der ENTSCHEIDUNG wollten wissen, welche Aufgaben eine Weinkönigin hat und was den pfälzischen Wein so besonders macht.

Als Weinkönigin repräsentieren Sie die stolze Weinregion Pfalz. Könnten Sie uns etwas darüber erzählen, was diese Rolle für Sie persönlich bedeutet und welche Verantwortlichkeiten sie mit sich bringt?

Auf jeden Fall war es immer mein großer Wunsch, die Pfalz als Weinhoheit zu repräsentieren. Zuvor hatte ich bereits drei Jahre lang das Amt der Ortsweinprinzessin in meiner Gemeinde inne, was mich zusätzlich motivierte, in der Weinbranche Fuß zu fassen. Aktuell studiere ich an der Hochschule Geisenheim und das verstärkte meinen Entschluss, mich für das Amt der pfälzischen Weinhoheit zu bewerben. Die Position bietet eine erheblich größere Reichweite. Und durch meine Tätigkeit in einem Weingut kenne ich die Produktionsprozesse und Vermarktungswege. Mein Ziel ist es, in meiner Amtszeit den Menschen, denen ich begegne, einen detaillierten Einblick in die Arbeit eines Weinproduzenten zu geben. Ich möchte sie über aktuelle Themen informieren und ihnen die Möglichkeit bieten, alle Fragen zu stellen. Zwar bin ich noch nicht allwissend, aber gerade das macht das Amt so besonders – bei jedem Termin lernt man dazu. Es ist eine große Ehre, dies für die gesamte Heimatregion in der Pfalz zu tun.

Als Weinkönigin sind Sie eine Botschafterin für die Pfalz. Welche Botschaft möchten Sie den Menschen über die Region und ihre Weine vermitteln, insbesondere im Hinblick auf Qualität, Tradition und Innovation? Und gibt es bestimmte Traditionen im pfälzischen Weinbau, die Sie besonders schätzen?

Die Pfälzer zeichnen sich durch Geselligkeit, Offenheit und Direktheit aus, was die Region besonders liebenswert macht. Wir legen großen Wert auf Tradition und bewahren stolz unsere Geschichte. Gleichzeitig sind wir offen für Neues und Innovationen, was sich sowohl in unserer Lebensart als auch in der Weinbranche zeigt. Als Teil des Teams Pfalz, zusammen mit meinen Prinzessinnen Hanna und Laura, streben wir danach, die Pfälzer Lebensart authentisch zu repräsentieren. Unser Ziel ist es, das Amt modern und innovativ zu gestalten.

Welche Herausforderungen sehen Sie gegenwärtig für die Weinindustrie in der Pfalz? Wie kann die Region diesen Herausforderungen erfolgreich begegnen und sich weiterentwickeln?

In der Pfalz sehen wir uns gegenwärtig mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert wie in anderen Weinanbaugebieten Deutschlands und den benachbarten Ländern. Insbesondere nimmt das Gesundheitsbewusstsein in der Gesellschaft zu, was zu einer verstärkten Nachfrage nach

alkoholfreien oder alkoholreduzierten Weinen führt.
Ein weiteres signifikantes Thema ist die Nachhaltigkeit, das unser Team Pfalz in diesem Jahrgang intensiv beschäftigt. Die Frage der Nachhaltigkeit spiegelt sich insbesondere in der gestiegenen Nachfrage nach pilzwiderstandsfähigen Rebsorten (PiWi) wider. Ihr Einsatz ermöglicht eine Reduzierung von Spritzmitteln, Emissionen, Fahrwegen und Bodenverdichtung. Dennoch stehen wir vor der Herausforderung, wie wir PiWi-Rebsorten effektiv vermarkten können. Das Konzept pilzwiderstandsfähiger Rebsorten ist nicht allgemein bekannt, und die Namen der Rebsorten selbst weichen von der Norm ab. Die Winzer in der Pfalz sind jedoch aktiv darum bemüht, auf die Endverbraucher zuzugehen, sie über dieses Thema aufzuklären und innovative Ansätze zu finden. Beispielsweise ist die Arbeit mit Cuvées bei PiWi-Rebsorten eine gute Möglichkeit, die uns in die Lage versetzt, den Endverbrauchern mitzuteilen, dass es sich um einen Wein handelt, der aus verschiedenen Rebsorten besteht, ohne dass die genaue Zusammensetzung direkt aus dem Namen auf der Flasche hervorgeht.

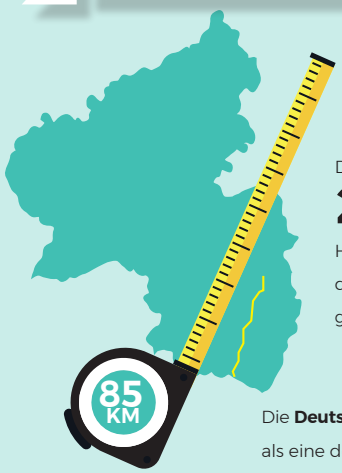
Generell bietet das Thema Nachhaltigkeit vielfältige Ansätze im Betrieb. Es gibt keinen einzigen Weg oder ein Rezept, um Nachhaltigkeit im Betrieb zu erreichen. Vielmehr gibt es verschiedene Teilbereiche, wie den ökologischen oder sozialen Aspekt, die im Betrieb umgesetzt werden können, um nachhaltig und zukunftsorientiert zu arbeiten.

Abschließend: Wenn Sie einen eigenen Wein mit einer einzigartigen Charakteristik und einem besonderen Namen kreieren könnten, wie würde dieser Wein heißen und welche Geschmacksnuancen würden ihn auszeichnen?
Mir gefällt die Spätburgunder-Rebsorte am besten, deren Besonderheit meiner Meinung nach in seiner Struktur liegt, die eher schlank, filigran und äußerst elegant ist. Mein persönlicher Vorzug wäre es, einen Spätburgunder im Barrique auszubauen, um ihm trotzdem eine gewisse Struktur und Komplexität im Abgang zu verleihen. Wenn ich ihn jetzt genießen würde, würde ich mir wünschen, dass der Wein bereits drei bis vier Jahre auf der Flasche gelegen hat, was ihm eine zarte Fruchtigkeit und möglicherweise auch eine schöne Mineralität im Nachgeschmack verleiht.

In Bezug auf die Flaschengestaltung bevorzuge ich einen eher klassischen und zeitlosen Ansatz, ohne viel Schnickschnack. Ein schlichtes Etikett würde wohl meine Wahl sein, wobei der Fokus deutlich auf dem Namen und der Rebsorte liegen würde. Mir gefällt es besonders, wenn Weingüter beispielsweise ein Familienwappen haben, das die Endverbraucher direkt mit dem Weingut in Verbindung bringen können. So stelle ich mir den perfekten Wein vor. ■

Das Interview führte Lisa Grefer

WEIN AUS DER PFALZ



Die Pfalz ist mit fast **23.700** Hektar das zweitgrößte deutsche Weinanbaugebiet.

Die **Deutsche Weinstraße** gilt als eine der ältesten und schönsten Reiserouten in Deutschland.

5.740 Hektar

Die Pfalz ist das **größte Riesling-Anbaugebiet der Welt.**

23.000 Hektar

Es setzt sich aus den beiden Bereichen **„Mittelhaardt/Deutsche Weinstraße“** und **„Südliche Weinstraße“** zusammen und umfasst ca. 23.000 Hektar.

Neun Landweingebiete in Rheinland-Pfalz wurde von der EU als **geschützte geografische Angaben (g.g.A.)** anerkannt.

Klima: Mildes Wetter und **1.800 Sonnenstunden** im Jahr lassen kräftige und auch süße Weine entstehen.

In der Pfalz liegt das Hauptaugenmerk der Winzer auf klassischen Rebsorten, allen voran der **Riesling**.

Das architektonische Schweigen durchbrechen

Anlässlich der Neueröffnung der Synagoge in Dessau waren wir vor Ort, um mit dem Verwaltungsleiter der Gemeinde persönlich ins Gespräch zu kommen. Wir sprachen über den langen Weg bis zur offiziellen Eröffnung und die Bedeutung der neuen Synagogen für die ansässigen Menschen mit jüdischen Glauben.

Am 22. Oktober dieses Jahres wurde im sachsen-anhaltischen Dessau, die kürzlich fertiggestellte Weill-Synagoge offiziell eröffnet. Zu den damaligen Ehrengästen zählten der deutsche Bundeskanzler, der israelische Botschafter in Deutschland, S.E. Ron Prosor, der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Dr. Reiner Haseloff, sowie der Präsident des Zentralrats der Juden, Dr. Josef Schuster. Die Eröffnung der neuen Synagoge war gerade vor dem Hintergrund zweier Faktoren ein besonders wichtiges Signal für die Stärkung des jüdischen Lebens in Deutschland: Die Terrorangriffe der Hamas vom 07. Oktober, bei denen über 1000 unschuldige Menschen massakriert wurden, lagen gerade einmal zwei Wochen zurück. In den darauffolgenden Wochen mussten Menschen in Deutschland und insbesondere Jüdinnen und Juden ansehen, wie die Taten der Hamas auf deutschen Straßen geradezu frenetisch bejubelt wurden. Es wurde auf einen Schlag deutlich, wie viel Hass Menschen gegenüber dem Staat Israel, aber auch dem

jüdischen Glauben im Allgemeinen empfinden. Krude antisemitische Verschwörungstheorien und geschichtsrevisionistische Ansichten wurden wieder klassenübergreifend salonfähig. Der freudige Umstand, dass mit dem Neubau in Dessau die erste Synagoge in Sachsen-Anhalt nach der Shoah errichtet wurde, blieb beinahe außer Acht.

DER LANGE WEG ZUR FERTIGSTELLUNG

Die Pläne für die neue Synagoge in Sachsen-Anhalt reichen zurück bis in das Jahr 2014, als die Verantwortlichen der Kurt-Weill-Gesellschaft die jüdische Gemeinde in Dessau anlässlich der Eröffnung des 22. Kurt-Weill-Festes mit einer freudigen Nachricht überraschte. In enger Kooperation mit zahlreichen Trägern wurde damals ein erster Möglichkeitsrahmen zur Errichtung einer neuen Synagoge abgesteckt. Nachdem die Nationalsozialisten am 9. November 1938 die alte Synagoge während der Novemberprogrome geplündert und in Brand gesteckt hatten, sollte nach den Jahrzehnten des architektonischen Schweigens endlich wieder ein öffentlicher Lichtblick jüdischen Lebens errichtet werden.

Im Auftrag der Kurt-Weill-Gesellschaft entwarf der Architekt Alfred Jacoby die Präsentationszeichnung, die in gewisser Weise den Bau- und Planungsprozess entscheidend konkretisierte. Im persönlichen Gespräch mit Aron Russ, Verwaltungsleiter der Synagoge, wurde deutlich, welche Herausforderungen gemeistert werden mussten, aber auch welche konkreten Unterstützungsbeihilfen den Neubau voranbrachten. Neben zahlreichen Einzelspendern und einzelnen Großspendern war die Unterstützung des Bundes und des Landes Sachsen-Anhalt eine wichtige Säule. So hat die Stadt Dessau-Roßlau im Jahr 2018 der jüdischen Gemeinde das Grundstück im Stadtzentrum kostenlos übergeben und einen Baukostenzuschuss von 100.000 Euro erteilt. Herr Russ betonte, dass die dynamische finanzielle Förderung durch das Land Sachsen-Anhalt, aber auch durch das Bundesinnenministerium vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine, der Inflation und der steigenden Kosten für Baumaterialien essenziell wichtig waren, um das Bauvorhaben abschließen zu können. Dass es bis zur offiziellen Eröffnung dann doch knapp zehn Jahre dauerte, verdeutlicht, wie wichtig bei solchen Großprojekten, von der ersten Skizze bis zur Fertigstellung, selbstbestimmte Ausdauer und konsequentes Durchhaltevermögen sind.

Klassische Motive zieren die Decke auf der **Bima**. Die Bima ist der Platz, auf dem die Thora während des Gottesdienstes verlesen wird.

HÜTERIN DES EWIGEN LICHTS

Die neue Synagoge ist im Hinblick mehrerer Aspekte architektonisch besonders. Bereits beim Einbiegen auf die Hauptstraße ist das Gebäude aus der Ferne sichtbar. Ein weißer Rundbau, anteilig ummantelt mit einer dominanten Kupferverkleidung, grenzt direkt an den großen Eingangsbereich, dessen Vorderseite vom Boden bis zum Dach mit einer Fensterfront einladend wirkt. Insbesondere das Konzept des fließenden Übergangs zwischen Innen und Außen ist auffällig. Vom Innenraum kann man durch die Fensterfront direkt auf den außenliegenden Teil des Rundbaus sehen, in dem sich der Gebetsraum befindet. Der auf der Kupferverkleidung angebrachte Satz „Denn mein Haus soll ein Bethaus für alle Völker genannt werden“ ist bei nahezu jedem Gang innerhalb der Synagoge sichtbar. Im Gespräch mit Herrn Russ wird deutlich, welchen Stellenwert diese neue Synagoge in Dessau hat. Er zeigt uns den alten Gebetsraum, in dem die Gemeindemitglieder jahrelang beteten. Es ist ein kleiner Raum im ehemaligen Gemeindehaus, der umfunktioniert wurde. Herr Russ beklagt sich nicht über die Vergangenheit, doch schwingt in seinen Worten eine gewisse Erleichterung, dass der jüdische Glaube nun in einer geweihten, heiligen Synagoge gelebt werden kann. Er bekräftigt, dass die Synagoge nicht ausschließlich ein Ort des Gebets ist, sondern auch ein Ort der Gemeinschaft und Zusammenkunft. „Wir bieten Sprachkurse an, helfen geflüchteten Menschen beim Behördengang, zeigen interessierten Menschen in unserer eigenen Küche, wie koschere Speisen zubereitet werden und stehen für offenen interkulturellen Austausch.“

Der neue Gebetsraum der Gemeinde ist auffällig schlicht gehalten, sodass die Details umso stärker betont werden. Die weißen Wände strahlen in Verbindung mit den runden Sitzbänken aus Holz, dem dominanten Toraschrein sowie dem siebenarmigen Leuchter (Menora) eine unerwartete Wärme aus. Insbesondere das Ewige Licht innerhalb des Gebetsraumes sticht hervor. Herr Russ unterstreicht, dass das Ewige Licht für Synagogen eine sehr wichtige Funktion einnimmt: „Es wird als Symbol der ständigen Gegenwart Gottes im Volk Israel verstanden.“

Es muss eine Pflicht sein, dafür zu sorgen, dass dieses Licht nicht erlischt. ■

von Marcel Kühn

„Wenn die Regierung scheitert, muss es Neuwahlen geben“

Seit zwei Jahren wird Deutschland nun aus einem Dreiergespann aus SPD, FDP und Bündnis 90/ Die Grünen regiert. Die Ampel-Regierung bezeichnete sich damals wegweisend als „Fortschrittskoalition“. Das sprachliche Schlaraffenland wurde längst von der Wirklichkeit eingeholt. Es ist an der Zeit, dass die Union jetzt Verantwortung übernimmt, um das Land in schweren Zeiten zu führen. Der neue Generalsekretär, Dr. Carsten Linnemann, konkretisiert im Gespräch mit der ENTSCHEIDUNG wichtige Leitlinien für die nächsten Jahre.

Über 100 Tage sind Sie nun schon Generalsekretär – ausreichend für eine erste Selbsteinschätzung: Ist Carsten Linnemann eher General oder Sekretär?
Ich sehe mich als General und Sekretär. Vor allem aber sehe ich mich als Dienstleister, als Teammanager für die gesamte Partei. Ich stehe nicht über irgendwem. Mein Ziel ist es, gemeinsam Christina Stumpp und euch, mit Johannes Winkel und der Jungen Union aber auch den vielen anderen, die für unsere Partei Verantwortung übernehmen, die CDU nach vorn zu treiben.

Die CDU nach vorne treiben ist ein gutes Stichwort. 30 Prozent in der jüngsten bundesweiten Umfrage, zwei gewonnene Landtagswahlen in wichtigen Bundesländern: Es läuft für die Union. Was machen wir aktuell richtig?
Vor allem drei Dinge. Erstens: Geschlossenheit. Wir waren in den letzten zwei Jahren nicht richtig geschlossen. Wir sind es jetzt. Der zweite Punkt ist: Wir, und da packe ich mir auch an die eigene Nase, waren in den letzten zwei Jahren nach der Bundestagswahl nicht deutlich genug. Wir haben nicht klar gesagt, was wir wollen und was wir nicht wollen. Das machen wir jetzt besser. Bei jedem Thema gibt es bei uns eine glasklare Antwort. Drittens: Dass Friedrich Merz in dieser Welt, wo vieles zusammenkommt und sich Themen und Krisen überlagern und bedingen, Führung zeigt und die Partei auf diesen Weg mitnimmt.

Sie haben auf dem Deutschlandtag gesagt: „Ich wünsche mir ein Land, das einfach mal macht.“ Wir müssen aber auch erklären, wofür wir etwas machen. Das hat in den letzten Jahren viele Fragezeichen hervorgerufen. Ändert sich das nun mit dem neuen Grundsatzprogramm?

Wir schreiben in unserem neuen Grundsatzprogramm fest, was uns antreibt, wie wir uns weiterentwickeln und was uns leitet, um Krisen zu bewältigen und eine bessere Zukunft zu gestalten. Die Grundsatz- und Programmkommission hat jetzt einen Entwurf vorgelegt und diesen werden wir bis zu unserem Parteitag im Mai in der gesamten Partei debattieren.

Das Grundsatzprogramm ist unser Kompass. Aber mit ihm allein ist es nicht getan. Ich sehe uns auf einem guten Weg, dass wir insgesamt klarer in unseren Positionen und unserer Kommunikation werden. Beispiel Bürgergeld: Wir wollen das Prinzip des Forderns neben dem Fördern wieder stärker in den Fokus rücken und werden das Bürgergeld in seiner jetzigen Fassung wieder abschaffen.

Und gleichzeitig haben wir auch eigene, größere Projekte wie das Gesellschaftsjahr, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Ich weiß, dass die Junge Union da Bedenken hat, aber auch das gehört zu einer Volkspartei dazu. Ich wünsche mir für die Union eine starke Debattenkultur und ein gesundes Ringen um die besten Lösungen.

Es gibt Leute, die im Allgemeinen an der Sinnhaftigkeit von Grundsatzprogrammen zweifeln. Wenn wir auf das letzte Grundsatzprogramm der CDU aus dem Jahr 2007 gucken, waren dort Themen wie Wehrpflicht, AKW-Laufzeitverlängerung, Ehe als Gemeinschaft aus Mann und Frau. Welchen Nutzen hat also ein Grundsatzprogramm?

Ich gehöre zu den Befürwortern eines Grundsatzprogrammes und ich halte es für wichtig, dass wir uns in regelmäßigen Abständen hinterfragen und aktualisieren, was uns, unser Politikverständnis und auch unser mögliches Regierungshandeln leitet. Für uns ist es gut, dass wir unser neues Grundsatzprogramm in der Opposition schreiben und nicht in der Regierung. Das macht uns freier und ehrlicher als etwa 2007, als wir regiert haben. In der Regierung nimmt man viel, eigentlich zu viel Rücksicht auf die Regierung.

Ich weiß, dass einige schon jetzt ein Wahlprogramm erwarten. Das kommt in einem nächsten Schritt. Es wird auf dem neuen Grundsatzprogramm aufbauen, es konkretisieren. Auch dieses Wahlprogramm wird dann starke Wurzeln haben. Das war 2021 nicht der Fall. Weil wir nicht mehr gut genug waren, wurden wir abgewählt. Jetzt müssen wir stärker sein, erst im Grundsätzlichen, nächstes Jahr dann auch im Konkreten.

Ein politisches Feld, wo sich gerade Grundsätzliches verschoben hat, ist das Thema Migrationspolitik. Wir hatten vor Kurzem den Migrationsgipfel des Bundeskanzlers mit den Ländern, den Sie als „zu weich“ empfunden haben, während Grüne und FDP ihn als „Meilenstein“ feierten. Wie erklären Sie sich diese unterschiedliche Wahrnehmung?

Es war wichtig, dass der Bund endlich seiner Verantwortung für die Kommunen nachgekommen ist und zumindest die

finanziellen Mittel für die Städte, Kreise und Gemeinden aufgestockt hat. Sie alle ächzen schon seit Langem, berichten von Überforderung und dass sie ihre Belastungsgrenzen erreichen. Dass Grüne und FDP in diesem Zusammenhang von einen „Meilenstein“ sprechen ist ein Treppenwitz. Denn klar ist auch: Es wurden keine Maßnahmen verabredet, die dazu geeignet sind, die hohen Flüchtlingszahlen zu begrenzen. Wir als Union fordern einen Kurswechsel. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie die Kraft aufbringt, Maßnahmen zu ergreifen, um illegale Migration zu stoppen. Diese Kraft hat sie nicht, der angekündigte Deutschlandpakt erweist sich als ein Rohrkrepierer. Was mich persönlich ärgert, ist, wie wenig in der Frage auf die Wissenschaft gehört wird. Die Migrationsexperten sind sich fast alle einig, dass der erfolgversprechendste Ansatz die Durchführung von Asylverfahren in Drittstaaten ist. Dies hatte ja auch Johannes Winkel, übrigens als einer der ersten in der Union, gefordert. Die Ampel verweigert sich schon der Debatte darüber. Das ist wirklich bitter.

Deswegen mussten wir auch die Tür für ein gemeinsames Vorgehen zumachen. Beim Bundeskanzler war leider keine Bewegung zu erkennen. Wir schließen die Tür nicht ab, wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen und gemeinsame Lösungen zu finden. Aber wir werden keine faulen Kompromisse eingehen.

Sind wir also bei diesem Thema an einem Kipppunkt angelangt? Johannes Winkel hat auf dem Deutschlandtag dazu gesagt: „Entweder die demokratischen Parteien beenden die unkontrollierte Migration oder sie beendet die demokratischen Parteien.“

Starker Satz. Johannes versteht es immer wieder, die Sachen auf den Punkt zu bringen.

Aber wenn dieser Satz stimmt, ist dann nicht die Konsequenz, wenn es auf hart kommt, geht man auf die Regierungsbank, um mit der SPD eine Lösung zu finden, wenn es in der Ampelkoalition nicht funktioniert?

Machen wir uns nichts vor: Mit diesem Bundeskanzler wird sich doch nichts ändern. Nach jedem Gipfel holt er das rhetorische Feuerwerk raus, dann hören wir irgendeinen Superlativ: Bazooka. Wumms. Doppelwumms. Historisch. Nur: Daraus folgt nichts, alles verpufft zu heißer Luft. Tatsache ist doch, dass die gesamte Ampel, über alle Parteien hinweg, sich bei dem Thema uneins ist. Schon der Koalitionsvertrag sah einen Prüfauftrag zur Drittstaatenlösung und eine Rückführungsoffensive vor. Allein passiert ist bisher nichts. Es ist die Verantwortung des Bundeskanzlers, mit seiner Regierung eine Lösung zu finden. Wenn der Regierung die Gemeinsamkeiten ausgehen und sie scheitert, dann muss es Neuwahlen geben. Eine echte Änderung sehe ich ohnehin nur mit der Union im Kanzleramt.

Sie haben 2019 das Buch „Der politische Islam gehört nicht zu Deutschland“ herausgebracht, inklusive Maßnahmenpaket. Forderungen, die wie auf die heutige Situation zugeschnitten sind. Trotzdem ist die bittere Wahrheit: Seit vier Jahren ist auch innerhalb der Partei bis vor ein paar Wochen nicht viel passiert. Vor allem am Wahlkampfstand nächstes Jahr zur Europawahl wird Migration ein großes Thema werden. Wie können wir als Union hier wieder Glaubwürdigkeit zurückgewinnen?

Wir haben insbesondere 2015 zu lange den Eindruck erweckt, wir wären offen für alle. Das war ein Fehler. Dann wurde unter Angela Merkel und gegen den massiven Widerstand der Grünen das Türkei-Abkommen vereinbart, wodurch die Flüchtlingszahlen deutlich abgesenkt wurden. Wir haben aus unserem Fehler gelernt, wir meinen es ernst, dass sich 2015 nicht wiederholen darf. Die Ampelparteien haben diese Lehren nicht gezogen. Im Gegenteil.

Das Thema Politischer Islam wollte lange niemand hören. Die Gefahren, die von ihm ausgehen, sind nun aber leider sehr deutlich geworden. Es ist gut, dass wir diese Dinge jetzt besprechen. Dabei darf es jetzt aber nicht bleiben. Wir müssen jetzt auch handeln.

Johannes sagte kürzlich: „Wir haben unsere Identität verloren.“ Wer so einen Satz vor fünf Jahren gesagt hätte, der hätte wahrscheinlich den Shitstorm seines Lebens bekommen. Heute sagt jeder: „Mutig! Es ist gut, dass er das ausspricht.“ Entscheidend ist aber jetzt, dass wir daraus auch die Konsequenzen ziehen. Ich will es an einem Beispiel konkret machen. Wir sagen: „Nie wieder ist jetzt!“ Aber was sind denn die Konsequenzen? Konsequenz kann nicht sein, dass wir ein Staatsbürgerschaftsrecht schaffen, wo nicht einmal meine Vorstrafen oder meine Fähigkeit, meinen eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten, eine Rolle spielen. Die Ampel will noch nicht einmal erwarten, dass man sich klar von Antisemitismus distanziert, geschweige denn sich zum Existenzrecht Israels bekennt. Das funktioniert nicht.

„Wir müssen klarer werden, um der Verunsicherung der Menschen etwas entgegenzusetzen.“

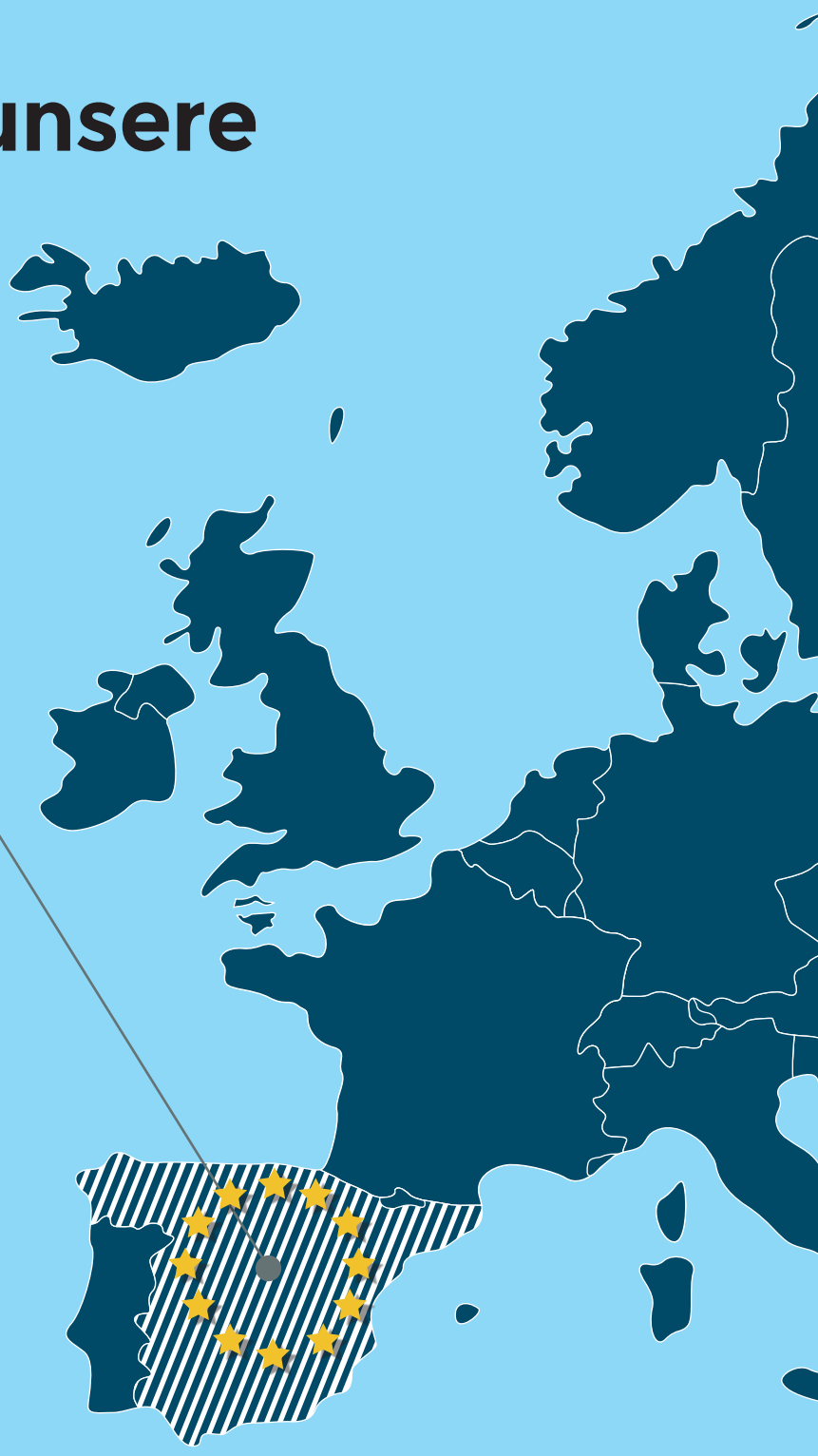
Wir dagegen wollen ein Staatsbürgerschaftsrecht, das klarstellt, dass es in Deutschland eine Leitkultur gibt. Es gilt die Rechtsordnung des Grundgesetzes und die Anerkennung des Existenzrecht Israels ist nicht verhandelbar. Nur, wer das unterschreibt, kann die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen. Da muss die CDU jetzt stehen.

Eines Ihrer Leib-und-Magen-Themen ist das Thema „Glaubwürdigkeit in der Politik". Hierzu haben Sie auch mehrere Bücher verfasst. Insbesondere die von Ihnen beschriebene Diskrepanz zwischen dem eigenen Anspruch und dem, was dabei als Politik herauskommt, ist sicherlich ein Quell großer Unzufriedenheit. Haben wir in unserer Demokratie womöglich ein Repräsentationsproblem?
Wir haben ein Glaubwürdigkeitsproblem. Fast zwei Drittel der Menschen sagen, dass sie den staatlichen Institutionen nicht mehr zutrauen, die Probleme zu lösen. Die Menschen haben das Gefühl: Hier wird zu viel geredet und zu wenig gehandelt, es geht nicht gerecht zu. Ein Beispiel, das jeder kennt: Wer falsch parkt, bekommt sofort ein Bußgeld. Wer das Brandenburger Tor beschmiert, läuft erst einmal weiter frei herum, eine Strafe folgt, wenn überhaupt, erst Monate später. Da ist einfach ein Widerspruch. Diese unentschlossene Tatenlosigkeit gilt auch für diese Bundesregierung: Es liegen alle Beweise auf dem Tisch, dass das Islamische Zentrum in Hamburg mit dem Mullah-Regime im Iran zusammenarbeitet. Innenministerin Faeser hat alle Fakten auf dem Tisch. Der Bundeskanzler kündigt die Schließung sogar an und trotzdem setzt die Innenministerin diese Schließung nicht um. Das ist Wahnsinn. Dieses Mistrauen in staatliche Institutionen, in die Politik der Ampel wirkt wie ein Konjunkturprogramm für die AfD. Als Generalsekretär muss ich mir die Frage stellen, warum diese Enttäuschten häufig an den politischen Rändern und nicht bei der CDU Anschluss finden. Meine Antwort auch hier: Wir müssen klarer werden, um der Verunsicherung der Menschen etwas entgegenzusetzen.

Zum Abschluss noch eine persönliche Frage: Es fällt auf, dass Sie seit Ihrer ersten Wahl in den Bundestag konsequent auf Nebentätigkeiten und Honorare als Politiker verzichten. Ich glaube, ich spreche da auch für viele Bürger, die dies als vorbildhaft wahrnehmen. Ist das ein grundsätzliches Prinzip, das sie verfolgen? Meinen Sie, Integrität und hundertprozentige Konzentration auf das Mandat gehören zusammen?
Wenn jemand richtig viel Geld verdienen will, dann soll er das nicht über die Politik machen. Es braucht in diesem Job einfach eine intrinsische Motivation und unglaublich viel Leidenschaft und auch Mut. Wer diese drei Sachen mitbringt, ist herzlich willkommen und sollte Politik machen. Wer sich in den Deutschen Bundestag wählen lässt, übernimmt eine besondere Verantwortung. Ich persönlich erwarte, dass jeder und jede Abgeordnete dieser Verantwortung gerecht wird. Oder anders ausgedrückt: Wer in die Politik geht, entscheidet sich, diesem Land zu dienen. ■

Das Interview führte Fabio Crynen

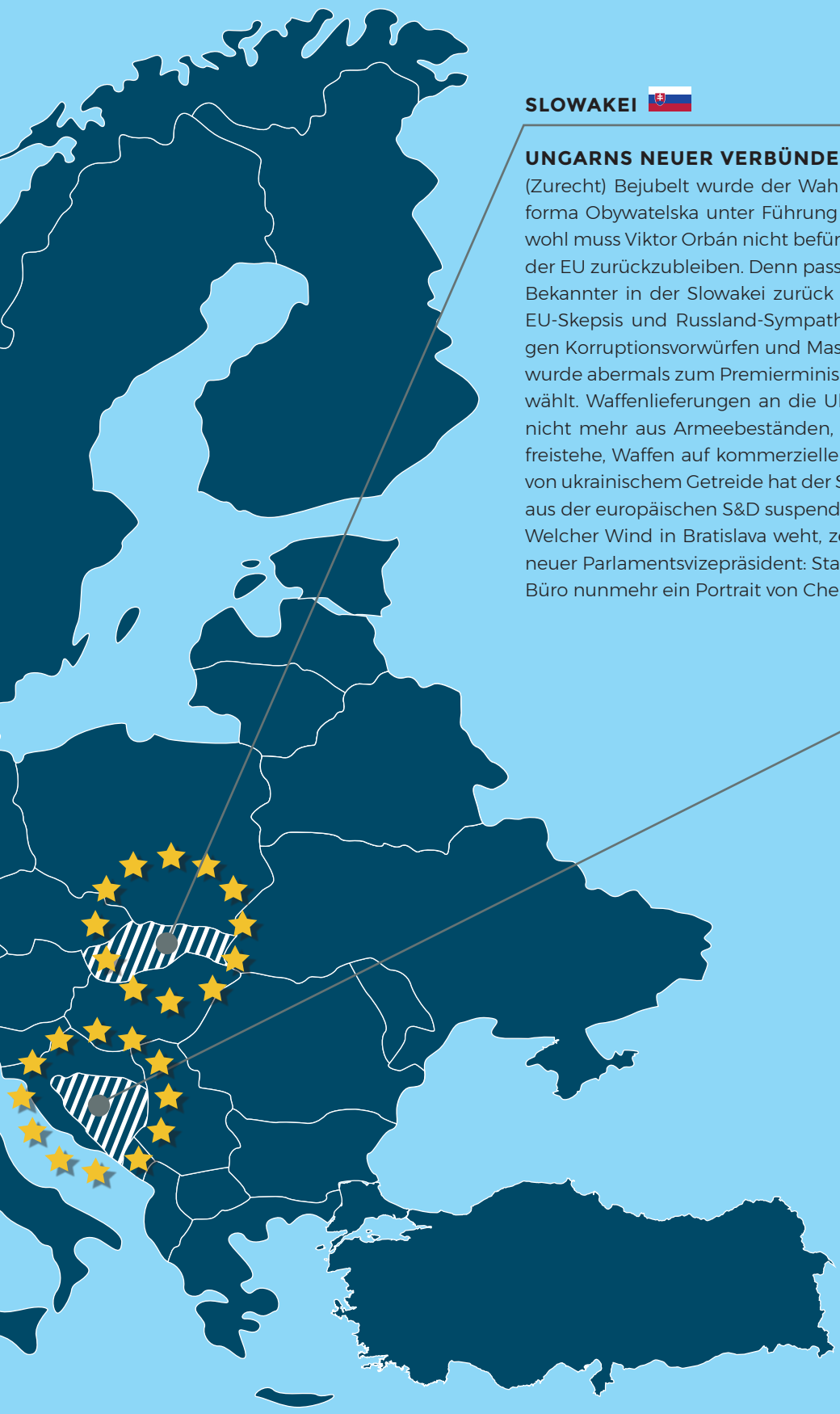
Was machen unsere europäischen Nachbarn?



SPANIEN

SPANISCHE ZERREIßPROBE

Für viele Spanier ist es ein Pakt mit dem Teufel, den Ministerpräsident Pedro Sánchez (PSOE) einging, um seine Wiederwahl als Regierungschef zu ermöglichen: Im Gegenzug zu sieben für die absolute Mehrheit erforderlichen Stimmen katalanischer Abgeordneter drückte der Sozialist eine Amnestie für mehr als 300 katalanische Separatisten durch. Eine Amnestie, die die spanische Verfassung nicht vorsieht, die die PSOE vor der Wahl noch abgelehnt hat und gegen die laut Umfragen zwei Drittel der Spanier sind. Kein Wunder, dass die Stimmung im Königreich auf dem Tiefpunkt ist: „Diktator“ und „Verräter“ sind noch einige der netteren Bezeichnungen, mit denen sich Sánchez betitelt sieht. Der Deal ist aber auch ein Symptom dafür, dass die großen Volksparteien PSOE und PP nicht zum Kompromiss fähig sind und sich lieber auf die Unterstützung von Randparteien verlassen. Wie loyal die Separatisten zum spanischen Gesamtstaat sind, zeigt auch die Zeremonie zum 18. Geburtstag der Prinzessin Leonor: Diese fand unter dem Boykott katalanischer Separatisten statt. Da half es wenig, dass die Prinzessin von Asturien beschwor, die Autonomierechte zu schützen.



SLOWAKEI

UNGARNS NEUER VERBÜNDETER

(Zurecht) Bejubelt wurde der Wahlsieg unserer Schwesterpartei Platforma Obywatelska unter Führung von Donald Tusk in Polen. Gleichwohl muss Viktor Orbán nicht befürchten, nun einsam und verlassen in der EU zurückzubleiben. Denn passenderweise ist im Oktober ein alter Bekannter in der Slowakei zurück an die Macht gelangt, der Orbáns EU-Skepsis und Russland-Sympathie teilt: Robert Fico, der 2018 wegen Korruptionsvorwürfen und Massenprotesten zurücktreten musste, wurde abermals zum Premierminister des osteuropäischen Landes gewählt. Waffenlieferungen an die Ukraine gibt es unter ihm nunmehr nicht mehr aus Armeebeständen, auch wenn es Privatunternehmen freistehe, Waffen auf kommerzieller Basis zu liefern. Den Importstopp von ukrainischem Getreide hat der Sozialdemokrat, dessen Partei Smer aus der europäischen S&D suspendiert wurde, ebenfalls erweitert.
Welcher Wind in Bratislava weht, zeigt auch Ficos Parteifreund Blaha, neuer Parlamentsvizepräsident: Statt einer EU-Flagge hängt in seinem Büro nunmehr ein Portrait von Che Guevara.

BOSNIEN-HERZEGOWINA

EU-ASPIRANT UND PULVERFASS?

Anfang November hat die Europäische Kommission ihren Bericht zu möglichen Erweiterungen präsentiert. Der Westbalkan war dabei im Fokus. Für Bosnien-Herzegowina hat Brüssel nunmehr die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen empfohlen - gegen Reformschritte, versteht sich. Ein „Wachstumsplan“ soll dem Westbalkan in den nächsten Jahren sechs Milliarden Euro zukommen lassen. Dabei zeigt insbesondere Bosnien-Herzegowina die politischen Untiefen auf, die die Region bereithält. So hat Milorad Dodik, Präsident der bosnischen Serbenrepublik und treuer Anhänger von Wladimir Putin, nicht nur mit verfassungswidrigen Gesetzesvorhaben auf sich aufmerksam gemacht. Er träumt auch von einem „Großserbien“ und kokettiert mit einer Abspaltung vom bosnischen Gesamtstaat. Dem Hohen Repräsentanten der Staatengemeinschaft in Bosnien-Herzegowina – dem ehemaligen CSU-Politiker Christian Schmid – drohte er mit einer Verhaftung und Deportation, sollte er das Gebiet der Republik Sprska betreten. Angesichts dieser Gesamtlage ist es nur ein schwacher Trost, dass Dodiks Teilrepublik am Rande der Zahlungsunfähigkeit steht.

Einigung Europas – aus der Geschichte lernen

Als ich mich Anfang der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts für einen Studienaufenthalt an der Columbia-Universität in New York beim Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) für ein Stipendium bewarb, fragte der mich prüfende Hochschullehrer: „Ist die NATO in der Krise?“ Meine Antwort lautete, wenn man diesen Begriff verwende, sei die NATO immer in der Krise, man solle lieber von Herausforderungen sprechen. Gleichwohl ist die Geschichte des Nordatlantischen Bündnisses von vielen zum Teil dramatischen Herausforderungen begleitet. So befürchtete Bundeskanzler Konrad Adenauer, dass die Betonung konventioneller Verteidigung Europas durch die USA die Sowjetunion von einem Angriff auf Westeuropa nicht so abschrecken würde wie die Drohung mit nuklearer Vergeltung. Die Befürchtung, die USA als die (!) Garantiemacht der freien Welt könne ihr militärisches Engagement für die Verteidigung Westeuropas reduzieren, blieb lange präsent. Und heute?

Der verbrecherische Angriffskrieg des Diktators im Kreml auf die Ukraine veranlasst Finnland und Schweden, die beiden bisherigen neutralen nordischen Länder, der NATO beizutreten. Noch vor wenigen Jahren war dies undenkbar. Während des Kalten Krieges in den 50er-, 60er- und 70er Jahren erschien die „Finnlandisierung“, also die Neutralisierung ganz Westeuropas, als durchaus möglich. Das westliche Bündnis und die Einigung Europas wären am Ende gewesen. In dieser Perspektive ist die NATO heute stark und geschlossen wie niemals in ihrer Geschichte – dank Putin.

Aber muss das so bleiben? US-Präsident Joe Biden ist in der gegenwärtigen historischen Situation ein Glücksfall für Europa und die Welt. Aber er muss sich im nächsten Jahr der Wiederwahl stellen. Geschichtliche Entwicklungen sind nicht vorhersehbar. Selbst im Falle seiner Bestätigung gibt es langfristig keine Garantie, dass sich die USA – zumal sie im kommunistischen China, dem Komplizen Moskaus, die Hauptgefahr für die Zukunft sehen – für die Verteidigung Europas verpflichtet fühlen. Unabhängig von Donald Trump und seinen Unterstützern ist der Isolationismus in der amerikanischen Gesellschaft tief verwurzelt. Deswegen ist es eine Priorität, dass die Europäische Union jetzt ihre sicherheitspolitischen Anstrengungen verstärkt und koordiniert. Dazu gehören eine gemeinsame Außenpolitik ebenso wie militärische Anstrengungen. Dabei wird es darauf ankommen, dass „mehr Europa“ uns nicht von den USA entfremdet. Es muss die richtige Balance gefunden werden, das Engagement der USA für die Verteidigung Europas zu verstetigen und gleichzeitig die Selbstbehauptung Europas zu stärken: Atlantisch bleiben, europäischer werden. Es ist eine Balance – psychologisch, politisch, militärisch.

Die Stärke der Europäischen Union, beruht auf ihrer Wertebasis und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Die Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO war zu Beginn der 50er Jahre für Deutschland nicht die Priorität. Absoluten Vorrang hatte das Projekt der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) mit einer europäischen Armee. Diese Idee war damals ebenso visionär wie revolutionär. Sie scheiterte am 30. August 1954 in der Französischen Nationalversammlung an der Ablehnung der Nationalisten auf der Rechten sowie der Kommunisten auf der Linken. Die Extremen berühren sich. Für Konrad Adenauer war das Scheitern der EVG „der größte Rückschlag für die gesamte deutsche Politik in den Jahren seiner Kanzlerschaft“.

An das Denken und Handeln dieses Herzens- und Verstandeseuropäers sollten wir heute – unter anderen Bedingungen – anknüpfen. Die politischen Rahmenbedingungen sind vergleichbar – damals die

Unterzeichnung der Grundrechtecharta mit dem portugiesischen **EU-Ratspräsidenten José Sócrates** und dem **Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Durão Barroso** (rechts) in Straßburg

Bedrohung durch die Sowjetunion, heute durch Russland. Adenauer war Visionär und Realist. Heute reicht Realismus, den Weg zu gehen, der damals scheiterte. Es bedarf (nur) des politischen Willens der heute Verantwortlichen. Emmanuel Macrons Plädoyer für die „Souveränität Europas“ ist in der Tendenz richtig, in seiner Absolutheit aber fragwürdig, weil es die USA schon gedanklich vom gemeinsamen Handeln ausschließt. Ein „europäischer Sicherheitsrat“ könnte die operationellen Bedingungen für die Vernetzung der europäischen Streitkräfte – Land, Luft und Wasser – erarbeiten und in Zukunft begleiten. So könnte eine „Europäische Armee“ oder „Armee der Europäer“ entstehen.

Die Stärke Europas - besser: der Europäischen Union – beruht auf ihrer Wertebasis und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Die EU als Friedensgemeinschaft gründet sich auf das Recht, das eine friedliche Konfliktlösung ermöglicht. Auf die EU bezogen ist die Feststellung richtig, dass es nach dem 2. Weltkrieg keinen Krieg in Europa gegeben hat. Aber die EU ist nicht das ganze Europa. Außerhalb der Europäischen Union gab es Kriege im ehemaligen Jugoslawien, heute erleben wir die Aggression Russlands gegen die Ukraine.

Die „Verfassung“ der EU ist der Vertrag von Lissabon mit seiner Grundrechtecharta für die Bürgerinnen und Bürger (in Kraft seit dem 1. Dezember 2009). Die Einhaltung der Rechtsprinzipien durch die Mitgliedstaaten und die europäischen Institutionen ist die Voraussetzung dafür, dass die EU ihren Friedenscharakter im Innern weiter garantiert und damit wirksam nach außen handeln kann.

Dazu gehört auch die wirtschaftliche Stärke der EU. Die „wettbewerbsfähige Soziale Marktwirtschaft“ – so formuliert es der Vertrag von Lissabon – ist die Wirtschaftsordnung der Europäischen Union. Die EU hat sich an die Spitze des Kampfes gegen den Klimawandel gestellt, was im Prinzip richtig ist. Aber: Wenn die EU-Staaten, die für etwa 14 Prozent der CO_2-Emissionen verantwortlich sind, diese auf Null reduzieren, andere Länder – China, Russland, Indien, USA etc. - nicht in gleichem Maße Anstrengungen unternehmen, kann die Wettbewerbsfähigkeit der EU beeinträchtigt werden, im schlimmsten Fall verloren gehen. Die Abschaltung der emissionsfreien Kernkraftwerke und der Weiterbetrieb von Kohlekraftwerken mit ihren CO_2-Emissionen ist ein doppeltes Beispiel deutscher Irrationalität. Angesichts hoher Energiekosten wird die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie beeinträchtigt und gleichzeitig dem Klimaschutz zuwidergehandelt. Der Verlust europäischer Wettbewerbsfähigkeit würde im Übrigen unseren Wohlstand und die europäische soziale Ordnung gefährden.

Brüssel und Berlin sollten erkennbar für die Bürgerinnen und Bürger die „wettbewerbsfähige Soziale Marktwirtschaft“ stärker in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen. Sicherheit und Verteidigung, Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz sind die Prioritäten deutscher und europäischer Politik für die kommenden Jahre. ■

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering war von 1979 bis 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments und von 2007 bis 2009 der 12. Präsident des Europäischen Parlaments. Darüber hinaus war er von 2010 bis 2017 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Youth EPP – die starke Stimme der jungen Generation in Europa

Im bevorstehenden Jahr rücken die Europawahlen in den Mittelpunkt. Zahlreiche junge Kandidatinnen und Kandidaten aus Deutschland und ganz Europa bewerben sich für die Union und deren europäische Partnerorganisationen. Die Youth of the European People's Party (YEPP) übernimmt dabei eine entscheidende Rolle, um diese Bewerbungen zu unterstützen, und tritt nun selbst in die Wahlkampagne ein. Das erklärte Ziel: Die Mobilisierung möglichst vieler Jungwählerinnen und -wähler und die Erhöhung der Zahl junger MdEPs der Europäischen Volkspartei (EPP) im neuen Parlament.

Im bevorstehenden Jahr rücken die Europawahlen in den Mittelpunkt. Zahlreiche junge Kandidatinnen und Kandidaten aus Deutschland und ganz Europa bewerben sich für die Union und deren europäische Partnerorganisationen. Die YEPP übernimmt dabei eine entscheidende Rolle, um diese Bewerbungen zu unterstützen, und tritt nun selbst in die Wahlkampagne ein. Das erklärte Ziel: Die Mobilisierung möglichst vieler Jungwählerinnen und -wähler und die Erhöhung der Zahl junger MdEPs der Europäischen Volkspartei (EPP) im neuen Parlament.

Der Dachverband aller Jugendorganisationen der Europäischen Volkspartei feierte kürzlich sein 25-jähriges Jubiläum, was bedeutet: 25 Jahre lang eine starke Stimme der jungen Generation in Europa. Auch Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gratulierte während ihres Besuchs beim Deutschlandtag 2023 in Braunschweig erneut zum Geburtstag. YEPP gilt als Impulsgeber für die Kommission und das Europäische Parlament und ist ein wesentlicher Bestandteil der Europäischen Volkspartei (EPP). 63 Organisationen aus ganz Europa bündeln ihre Kräfte bei YEPP, was den Verband zur größten jugendpolitischen Organisation in der Europäischen Union macht.

Seit dem YEPP-Council im Juni 2023 in Braga (Portugal) ist Severin Hirmer als Vizepräsident der YEPP der deutsche Vertreter im Verbandsvorstand. In dem Vorstandsteam um YEPP-Präsidentin Lídia Pereira, MdEP, stellt traditionell die Junge Union als größte Mitgliedsorganisation eine Person. Severin Hirmer kann auf viele Stationen innerhalb der Jungen Union zurückblicken. Mit 17 Jahren wurde er JU-Ortsvorsitzender und übte dieses Amt zehn Jahre lang aus. Nach Stationen auf Kreis-, Bezirks- und Landesebene in Bayern wurde er in den Bundesvorstand gewählt, bevor er für das YEPP-Board nominiert wurde. Als Mandatsträger setzt er sich in seiner Heimat seit seinem 18. Lebensjahr als Gemeinderatsmitglied, Vize-Bürgermeister, Kreistagsmitglied und JU-Fraktionssprecher ein. Im YEPP-Board ist Severin Hirmer unter anderem für den Transatlantic Youth Summit mit zuständig.

„RESHAPE EUROPE" – DIE WEICHENSTELLUNG FÜR EUROPA

Das Motto für die kommenden Jahre könnte nicht treffender sein. YEPP hat sich weiterhin das Ziel gesetzt, die Interessen der jungen Generation maximal zu vertreten und entscheidende Impulse zu setzen. Diese Impulse nehmen die Form von Resolutionen an, die im Rahmen von Council Meetings unter Einbindung aller Mitgliedsorganisationen erarbeitet werden. Nach ihrer Verabschiedung werden die Resolutionen an die Kommission und das EU-Parlament weitergeleitet. Das umfangreiche Netzwerk ehemaliger YEPP-Aktiver in Brüssel und Straßburg stellt sicher, dass die Impulse nachhaltig verfolgt und Teil der Gesetzgebung werden.

Aus Sicht der Jungen Union spielt die Internationale Kommission der JU Deutschlands mit dem Vorsitzenden Maximilian Mörseburg MdB, und den beiden Stellvertretern Moritz Übermuth und Manuel Knoll, die treibende Rolle bei der inhaltlichen Arbeit. Die Weichen für Europa müssen so gestellt werden, dass die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft von der Europäischen Union gemeistert werden können. Migration, Wirtschafts- und Finanzpolitik sind unionsübergreifend die zentralen Themen, die seitens YEPP immer wieder behandelt und mit klaren Forderungen untermauert werden. Der Dachverband fordert und kämpft dafür, die relevanten Problemstellungen lösungsorientiert anzugehen. Die junge Generation benötigt eine glaubwürdige und verlässliche Europapolitik. Es gilt, die extremen Ränder zu schwächen,

Europa im Fokus: **Lídia Pereira, MdEP** und **Severin Hirmer** in Skopje, wo im November 2023 ein Council Meeting der Youth EPP stattfand. Auch die YEPP-Präsidentin kandidiert wieder für das Europäische Parlament.

und dies gelingt nur mit wirkungsvollen Maßnahmen zur Lösung der Herausforderungen.

JUGEND PRO EUROPA – DIE KAMPAGNE DER YEPP

Die YEPP-Kampagne zur Europawahl wird derzeit konzipiert. In allen EU-Mitgliedsländern finden die Aufstellungen der Wahllisten statt, und es zeichnet sich bereits ab, dass so viele junge Köpfe wie noch nie für die EPP für das Europäische Parlament kandidieren werden – ein sichtbares Zeichen für Erneuerung. Diese Erneuerung muss jedoch aus Sicht der YEPP auch in die europäischen Institutionen Einzug halten. Träge und langwierige Prozesse, teils veraltete Strukturen in den Institutionen der Europäischen Union und fehlende Geschlossenheit in wichtigen Fragen machen die EU für Teile der jungen Generation, aber auch für viele Teile der Gesamtwählerschaft, unattraktiv und unverständlich. Die YEPP wird sich für die notwendigen Reformen einsetzen, um zukünftig als Europäische Union schneller, zielorientierter und sprechfähiger agieren zu können.

Diese Zielsetzung wird auch in einer Umfrage der Bertelsmann Stiftung („Was denken Sie über Europa?“, September 2023) untermauert. 56 Prozent der befragten Personen aus allen Mitgliedsländern geben an, dass sich die Dinge allgemein in der EU nicht in die richtige Richtung entwickeln. Zwar zeichnet sich ein Trend zur Besserung dieser Auffassung ab, da vergangene Umfragen schlechtere Meinungsbilder zur EU ergaben, jedoch sind diese Ergebnisse weiterhin nicht zufriedenstellend. Die Verantwortlichen in der Europäischen Union müssen alles daran setzen, um die Akzeptanz und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere der jungen Generationen, weiter auszubauen und zu stärken.

Viele Forderungen und Impulse dazu werden Teil der YEPP-Kampagne für die Europawahl sein. Zusammen mit den Mitgliedsorganisationen von YEPP soll eine pro-europäische Strategie entwickelt werden, um möglichst viel Durchschlagskraft für die Europawahlen zu erzielen und die bisherigen Erfolge der EPP und deren Zukunftsvision für junge Generationen zugänglich zu machen. Mit Manfred Weber an der Spitze der EPP sieht die Junge Europäische Volkspartei das perfekte Zugpferd für die Europawahl und wird alles daran setzen, dass auch zukünftig das vereinte Europa mit all seinen Chancen und Möglichkeiten große Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern erzielt, stark nach innen und nach außen agieren kann sowie die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft für Europa gemeistert werden. ■

Die YEPP wird sich für die notwendigen Reformen einsetzen, um zukünftig als Europäische Union schneller, zielorientierter und sprechfähiger agieren zu können.

Der Konflikt um und in Berg-Karabach

In den letzten 30 Jahren haben zahlreiche Konflikte in der Nähe der EU, darunter etliche weniger intensive, unsere Gegenwart stark beeinflusst. Durch ihre verhaltene Natur und die begrenzte Berichterstattung bleiben viele dieser wichtigen historischen Entwicklungen eher unbeachtet, wie z.B. der Konflikt um und in Berg-Karabach.

Am 20. September 2023 erlangte Aserbaidschan durch eine eintägige Militäroperation die Kontrolle über das teilautonome, zuvor de facto Armenien zugehörige Berg-Karabach. Präsident Ilham Aliyev erklärte am selben Tag deren Ende. Die selbsternannte neue Regierung von Berg-Karabach [Nagorny-Karabach oder Republik Arzach] wird bis zum 1. Januar 2024 alle Institutionen auflösen. Diese Quasi-Republik bestand seit dem Zerfall der UdSSR (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken).

Die historischen Wurzeln und Komplexitäten des Konflikts zwischen Aserbaidschan und Armenien sind tiefgreifend und kompliziert und reichen zurück bis weit vor die Erklärung der international nicht anerkannten Unabhängigkeit Berg-Karabachs (am 2. September 1991). Russlands Politik gegenüber Armenien und Aserbaidschan, sowohl vor als auch während der Sowjetära, wurde von seinen imperialen und später kommunistischen Ideologien beeinflusst, neben den komplexen ethnischen und territorialen Dynamiken der Region. Hier einige historische Eckpunkte:

Nach dem Russisch-Persischen Krieg (1804-1813) ging Berg-Karabach vom Iran an das Russische Reich über. Armenier und Aserbaidschaner lebten dort ursprünglich relativ friedlich nebeneinander, doch das Russische Reich störte dieses Gleichgewicht, indem es lokale Konflikte schürte, um seine Kontrolle zu festigen. Diese Politik im Südkaukasus zielte darauf ab, Russlands Einfluss zu Lasten des Osmanischen Reiches und Persiens zu erweitern. Die religiösen Unterschiede zwischen den hauptsächlich christlichen Armeniern und den mehrheitlich muslimischen Aserbaidschanern verschärften die Spannungen, besonders da das ebenfalls christlich geprägte Russische Reich die Armenier bevorzugte, was in Regionen wie Baku zu Konflikten führte.

DIE REGION BERG-KARABACH IN ZEITEN DER SOWJETUNION

Mit dem Sturz der russischen Monarchie und dem Aufstieg der bolschewistischen Macht entwickelte sich ein neuer Ansatz zur Verwaltung der vielfältigen Ethnien der Region. In den 1920er Jahren führte die Sowjetunion die Politik der „Korenizatsiya“ oder Indigenisierung ein. Diese Politik zielte darauf ab, lokale Sprachen und Kulturen zu fördern, beinhaltete jedoch auch das strategische Neuziehen von Grenzen und die Schaffung autonomer Regionen innerhalb der sowjetischen Republiken, was die ethnische und territoriale Landschaft der Region weiter verkomplizierte.

In den 1920er Jahren gründete die sowjetische Regierung in Moskau daher ohne Rücksprache mit der lokalen Bevölkerung das Autonome Gebiet Berg-Karabach innerhalb der Aserbaidschanischen SSR. Diese Region, die überwiegend von ethnischen Armeniern bewohnt wurde, unterstand somit der aserbaidschanischen Gerichtsbarkeit und legte zugleich den Grundstein für zukünftige Unruhen. Die Entscheidung, Berg-Karabach nicht Armenien zuzuschlagen, obwohl es eine armenische Mehrheit hatte, wurde von wirtschaftlichen Faktoren und den damaligen Verhältnissen in Armenien und Aserbaidschan beeinflusst. Die Infrastruktur und die wirtschaftlichen Verbindungen Berg-Karabachs waren enger mit Aserbaidschan verknüpft, insbesondere aufgrund seiner Ölressourcen.

Erneut folgenreich war, dass die Politik der Indigenisierung nach wenigen Jahren abrupt gestoppt wurde. In den 1930er Jahren, einer von weitreichenden Repressionen geprägten Zeit, bekannt als der Rote Terror, wurden nationale Eliten von Aserbaidschan, Armenien und Georgien (aber auch Eliten von Belarus und der Ukraine) ins Visier genommen, was die Dynamik der Region auch tiefgreifend beeinflusste. Dies setzte sich bis 1937 fort und verkomplizierte die soziopolitische Landschaft der Region weiter.

In den späten 1980er Jahren kam es dann zu einer dramatischen Schwächung der Sowjetunion: die Katastrophe von Tschernobyl, fallende Rohölpreise, der Afghanisch-Sowjetische Krieg und eine veraltete Planwirtschaft. In dieser Zeit erlebten nationalistische Gefühle in Armenien und Aserbaidschan ein Wiederaufleben. Folglich entflammte der Konflikt um Berg-Karabach erneut, was zu neuerlichen ethnischen Spannungen und

weitreichenden Vertreibungen führte.
Michail Gorbatschows Politik der Perestroika (Umstrukturierung) und Glasnost (Offenheit) wurde so ungewollt zum Kanal für die Äußerung lange unterdrückter nationalistischer Spannungen, was den Streit um Berg-Karabach weiter verschärfte. Die Politik Russlands und der nachfolgenden sowjetischen Verwaltung in der Region war geprägt von Versuchen, die ethnischen und territorialen Komplexitäten für größere imperiale oder ideologische Zwecke zu steuern und manchmal zu manipulieren. Die Auswirkungen dieser Politik prägten maßgeblich die Dynamik in der Region nach dem Zerfall der Sowjetunion.

UNABHÄNGIGKEITSERKLÄRUNGEN UND FOLGENREICHE SPANNUNGEN

Ein bedeutender Übergang fand 1991 statt, als sowohl Armenien als auch Aserbaidschan jeweils ihre Unabhängigkeit erklärten. Dies war eine entscheidende Veränderung, da sie den Wandel dieser Nationen von Sowjetrepubliken zu souveränen Staaten markierte. Die Türkei unterstützte Aserbaidschan, während Russland versuchte, seine Unterstützung zwischen Armenien und Aserbaidschan auszubalancieren. Die Beteiligung anderer regionaler und internationaler Mächte beeinflusste ebenfalls die Dynamik der Region. Der Konflikt um Berg-Karabach eskalierte zu einem umfassenden Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan und verschärfte den langjährigen Territorialstreit. Dieser Krieg dauerte bis 1994 an, forderte zahlreiche Todesopfer und führte zur Vertreibung vieler Menschen.

Ein 1994 von Russland vermittelter Waffenstillstand beendete die intensivsten Kämpfe. Dieses Abkommen bot jedoch keine dauerhafte Lösung für den Konflikt. Obwohl international als Teil Aserbaidschans anerkannt, wurde Berg-Karabach weiterhin von ethnischen Armeniern regiert. Der Waffenstillstand stoppte die Gewalt nicht vollständig, mit gelegentlichen Zusammenstößen und Verstößen gegen den Waffenstillstand über die Jahre, die weitere Opfer forderten. Internationale Vermittlungsbemühungen wurden von der sog. Minsker Gruppe unternommen, die gemeinsam von den Vereinigten Staaten, Russland und Frankreich unter der Ägide der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) geleitet wurde. Diese Gruppe zielte darauf ab, eine friedliche Lösung für den Konflikt zu vermitteln, doch trotz mehrerer Initiativen wurde bisher keine dauerhafte Lösung erreicht.

Im September 2020 erlebte die Region Berg-Karabach eine bedeutende Eskalation des Konflikts mit der Wiederaufnahme intensiver Kämpfe, die den Beginn eines 44-tägigen Krieges markierten. Dieser Konflikt führte zu erheblichen militärischen und zivilen Verlusten. Er endete im November 2020 mit einem erneut von Russland vermittelten Waffenstillstand, der beachtliche territoriale Gewinne für Aserbaidschan und die Entsendung russischer „Friedenstruppen“ in die Region zur Folge hatte. Diese Situation ermöglichte es Russland, sich als Friedensstifter zu positionieren, während es international für die Annexion der Krim, die unrechtmäßige Vertreibung der Krimtataren und seine Beteiligung am Konflikt in der Ostukraine kritisiert wurde. Im Jahr 2022 startete Russland eine großangelegte Invasion in der Ukraine, was auch zum Abzug einer bedeutenden Zahl seiner Truppen aus der Region Berg-Karabach führte. Dieser Rückzug fiel mit einer verringerten russischen Unterstützung für Armenien zusammen, teilweise bedingt durch die zunehmende Zusammenarbeit Armeniens mit den Vereinigten Staaten. Infolgedessen blieb Berg-Karabach ohne wesentlichen militärischen Schutz. Aserbaidschan nutzte diese Gelegenheit und startete am 20. September 2023 eine militärische Operation, um erfolgreich die Kontrolle über die Region zu übernehmen. Daraufhin löste die Regierung der selbsternannten Republik Berg-Karabach schnell ihre Streitkräfte auf und begann bis zum Jahresende mit der Auflösung anderer Regierungsstrukturen.

Besorgniserregende Entwicklungen folgten auf dieses Ende der dreißigjährigen De facto-Kontrolle der Enklave Berg-Karabach durch ethnische Armenier. Diese Verschiebung, die aus der jüngsten Militäroperation resultierte, veränderte die Machtverhältnisse in der Region erheblich. Die Übernahme durch Aserbaidschan löste eine humanitäre Krise aus, die vor allem ethnische Armenier betraf, die mit Vertreibung, Verlust von Eigentum und Umwälzungen in ihrem Leben konfrontiert waren. Viele Menschen aus Berg-Karabach suchten Zuflucht in Armenien und in anderen Gebieten, was die komplexe Situation der Flüchtlinge und Vertriebenen im Südkaukasus verschärfte. Die Destabilisierung dieser Region hat weitreichendere Auswirkungen, einschließlich der Verschärfung der Flüchtlingskrise und der Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Stabilität Europas aufgrund seiner Verbindungen sowohl mit Armenien als auch mit Aserbaidschan.

Der aktuell hervorgebrochene Konflikt hat somit Wurzeln, die über viele Jahrzehnte zurückreichen und an denen viele weitere internationale Akteure beteiligt sind. ■

von Danylo Poliluev-Schmidt

„Die Orte im Gaza-Streifen ähneln Militärstützpunkten“

Major Arye Sharuz Shalicar ist Deutsch-Israeli mit jüdisch-persischen Wurzeln und in Göttingen geboren. Als einer der Sprecher der israelischen Verteidigungskräfte (IDF) versucht er, die israelische Position im gegenwärtigen Nahostkrieg zu vermitteln. Die Entscheidung traf sich mit ihm zum Interview.

Wir als Junge Union Deutschlands konnten mit dem Deutschlandtag in Braunschweig und der Rede des israelischen Botschafters S.E. Ron Prosor ein starkes Zeichen der Solidarität mit Israel setzen. Werden solche Zeichen der Solidarität in Israel wahrgenommen?

Definitiv wird sie wahrgenommen. Also ich kann erstmal von mir sagen, dass ich schon mehrere Aktionen der Jungen Union gesehen, kommentiert und eine sogar auf X geteilt habe. Ich will halt nicht wirklich in das Politische gehen, damit ich nicht in einer Art und Weise abgefärbt wirke. Aber ich habe schon mehrmals mit der Jungen Union, auch in den letzten zwei Monaten Gespräche und Situationen gehabt, wo ich sagen kann, dass die Junge Union am aktivsten ist. Also zumindest habe ich dieses Gefühl, wenn ich das mit anderen politischen Jugendorganisationen vergleiche.

Während Netanjahu von einem „totalen Sieg“ gegen die Hamas spricht, bezweifelt Herr Macron, dass dieses Kriegsziel überhaupt realistisch sei. Was entgegnen Sie?

Ich habe keine Ahnung, woher Herr Macron seine Informationen bezieht und wieso er die Lage so einschätzt. Was stimmt: Es ist schwierig, eine Ideologie zu beseitigen. Das ist genauso wie der Islamische Staat oder die Idee Nazi-Deutschlands. Das sind Ideen, die bis heute in gewisser Weise im Umlauf sind. So sieht es auch mit Blick auf die Hamas aus.

Wir werden es nicht schaffen, jeden Terrorschacht oder jede Rakete im gesamten Gaza-Streifen ausfindig zu machen. Wir können es jedoch schaffen, die Terrorinfrastruktur größtenteils zu schädigen und viele der Terroristen zur Rechenschaft zu ziehen. Wir gehen gegen den Terror vor, damit die Hamas nach diesem Krieg, weder der bewaffnete Teil noch der administrative Teil, im Gaza-Streifen irgendetwas zu sagen haben wird.

Die USA appellieren an Israel, weniger zivile Opfer zu verursachen. Inwiefern gehören die hohen zivilen Opferzahlen auch zur Strategie der Hamas und was sagen Sie zur von Lloyd Austin geäußerten Befürchtung, die vielen zivilen Opfer würden zu einem taktischen Sieg, aber einer strategischen Niederlage Israels gegen die Hamas führen?

Die Strategie der Hamas ist klar. Sie wollen Juden ermorden, das haben wir am 7. Oktober gesehen; diesen Fakt kann man nicht mehr leugnen. Die Terroristen haben es selbst auf Video festgehalten, mit welcher Brutalität sie dort über 1000 Menschen ermordet haben. Natürlich dürfen auch die Entführungen in diesem Kontext nicht in Vergessenheit geraten. Ebenso haben sie ein großes Interesse, dass auf der palästinensischen Seite der Anschein von sehr großem Leid in die Welt hinausgetragen wird. Und wenn man genau darauf achtet, sieht man, dass die bewaffnete Hamas-Führung eigentlich nie Interviews gibt, um die Lage vor Ort zu schildern. Die nächste Kernfrage ist, wer die 11.500 Raketen in den letzten Wochen auf Israel abgeschossen hat, und da ist die Antwort ganz klar: die Hamas.

Manche Menschen beklagen, dass die militärischen Operationen der israelischen Armee im Gaza-Streifen überdurchschnittlich hart erfolgen. Wie stellen Sie sicher, dass das Vorgehen der Armee „verhältnismäßig“ durchgeführt wird?

Zum einen ist Israel natürlich daran interessiert, die israelische Bevölkerung zu beschützen, aber auch auf der anderen Seite die Zivilisten auf der Gegenseite in Schutz zu bringen. Diese ganzen Maßnahmen wie z. B. Menschenaufrufe, gezielte Anrufe, Warnhinweise, Flyerverteilung mithilfe von Drohnen,

damit die Menschen sich aus der Kampfzone entfernen, kennt man so von früheren Kriegen nicht. Dass eine Armee, bevor sie die Gegenseite angreift, die Menschen in diesem Bereich warnt, ist sehr besonders, da wir den Feind ja implizit mitwarnen. Das macht die Lage vor Ort natürlich nicht einfacher, weil der Terrorist sich immer wieder neu positionieren kann.

Ich kenne keinen Krieg in der Geschichte der Menschheit, wo so viel getan wurde und wird, um vor jedem Angriff tagtäglich sowohl die Zivilisten zu warnen als auch in die Kampfzone auf der Gegenseite zivile humanitäre Hilfe reinzulassen und sogar Sicherheitszonen in Kooperation mit anderen Ländern zu installieren.

„Wir gehen gegen den Terror vor, damit die Hamas nach diesem Krieg, weder der bewaffnete Teil noch der administrative Teil, im Gaza-Streifen irgendetwas zu sagen haben wird.“

Als Sprecher der israelischen Verteidigungskräfte informieren Sie derzeit die Öffentlichkeit über das Wirken des israelischen Militärs. Was ist Ihnen mit Blick auf die Berichterstattung besonders wichtig?

Zum einen ist mir wichtig, dass wir die Ursache und nicht die Wirkung besprechen. Die Ursache ist die Hamas, sie haben sowohl am 07. Oktober die erste Feuerpause gebrochen als auch die zweite Feuerpause am letzten Freitag. Darüber hinaus haben sie Rahmenbedingungen nicht eingehalten, wie beispielsweise die Offenlegung von Listen der inhaftierten Geiseln. Stattdessen haben sie in der Früh Raketen auf Israel abgeschossen. Zweimal hat sich die Hamas also für Terror entschieden anstatt für einen Dialog. Jedes Mal, wenn sie die Waffenruhe brechen, gehen sie eine Situation ein, die im Endeffekt auch der eigenen Bevölkerung im Gaza-Streifen schadet. Wir sehen das tagtäglich, wenn die Zivilisten im Gaza-Streifen als Geiseln gehalten werden. Die Vorgehensweisen der Hamas sind gezielt in der eigenen Zivilbevölkerung eingebettet.

Zum anderen muss man verstehen, dass nicht nur die Menschen im Gaza-Streifen leiden, sondern auch die Menschen in Israel. 250.000 Israelis wurden evakuiert und leben nicht mehr in ihrer eigenen Wohnung. Das halbe Land steht unter ständigem Raketenbeschuss. Das heißt nicht unbedingt, dass die ganze Zeit Raketen landen, aber die Gefahr, dass man in Tel Aviv, Jerusalem oder Eilat jeden Tag beschossen werden kann, besteht die ganze Zeit. Niemand kann einfach so in das Auto steigen und fröhlich irgendwo hinfahren, ohne Angst zu haben, dass in jeder Sekunde die Sirenen angehen.

Drittens darf man nicht vergessen, dass jeden Tag Beerdigungen stattfinden und sich nach wie vor hunderttausende Reservisten im Krieg befinden. Dies hat einen großen Einfluss auf die Partner der Reservisten, aber auch auf das gesamte System in Israel, weil die Reservisten nicht in Krankenhäusern, Kindergärten oder Schulen ihrer regulären Arbeit nachgehen können.

Was bekommen Sie mit Blick auf die Militäroperation im Gazastreifen besonders oft zu hören, wenn Sie mit Soldaten an der Front sprechen?

Die Soldaten sind in erster Linie geschockt, dass aus fast jedem Wohnhaus, aus jedem Krankenhaus, jeder Schule und jedem Kindergarten mittlerweile Terroristen nicht nur schießen, sondern unter jedem dieser Objekte Tunneleingänge zu finden sind. In unteren Geschossen und sogar in Kinderzimmern wurden Raketen gebunkert. Das Ausmaß dieser Infiltrierung von so vielen zivilen Objekten im gesamten Gaza-Streifen hatten unsere Soldaten nicht erwartet. Man hat den Eindruck, als würden Zivilisten in ihrem Wohnort nur zu Besuch sein, weil der Ort eher den Eindruck eines Militärstützpunkts hat. Darüber hinaus erzählen sie mir, dass sie alle hochmotiviert sind, weil sie die Pflicht fühlen, gegen Terroristen vorzugehen und weil 137 Israelis nach wie vor in Geiselhaft der Terroristen sind. ■

Das Interview führten Fabio Crynen und Marcel Kühn

Geschichtenverkäufer zwischen den Welten

Kai Diekmann (59) war vierzehn Jahre lang Chefredakteur der BILD-Zeitung und prägte dadurch die journalistische Landschaft nach der Jahrtausendwende in Deutschland. Ein Portrait über einen Mann, der Ausdauerkraft und Zielstrebigkeit verkörpert.

„Ich war BILD“: Niemand stand länger an der Spitze von Europas größter Boulevard-Zeitung als Kai Diekmann (59). In einem aktuellen Buch widmet er sich dieser Zeit und spricht mit der ENTSCHEIDUNG über Medien, sein Elternhaus und die CDU.

In den Büroräumen der PR-Agentur Storymachine gibt es ein Sparschwein. In das muss Mitgründer Kai Diekmann jedes Mal fünf Euro stecken, wenn er wieder von „uns“ spricht oder „wir“ sagt, aber eigentlich die BILD-Zeitung meint. Das passiere inzwischen seltener, gibt er zu verstehen, doch 16 Jahre an der Spitze von Europas auflagenstärkster Tageszeitung gehen eben nicht spurlos an einem vorbei. Länger als jeder andere prägte er diese Zeitung – und die Zeitung prägte ihn.

Er war es, der das nackte BILD-Girl zum Weltfrauentag 2012 von Seite eins verbannte und Überschriften wie „Wir sind Papst“ oder „Miss Germany“ zur Kanzlerinnen-Wahl von Angela Merkel verantwortete. Statt Hetze gegen „die Asylanten“ bekannte die Zeitung unter ihm im Jahr 2015: „Refugees welcome!“. Er machte Schluss mit dem Schmuddelimage und irgendwie wurden sowohl die Marke BILD als auch ihr damaliger Chef Diekmann stattdessen so etwas wie Kult. „Als BILD-Chefredakteur leihen Sie dem Blatt viel mehr von Ihrer Persönlichkeit als bei jeder anderen Zeitung“, sagt Diekmann im Gespräch mit der ENTSCHEIDUNG. Auch deshalb habe er sich dort so wohl gefühlt, weil er dort gestalten konnte. „Die BILD-Zeitung muss – anders als die klassischen Abo-Zeitungen – mit ihren Inhalten süchtig machen wie eine gute Netflix-Serie.“

In diesen Tagen redet der 59-Jährige wieder häufig über seine Zeit im Springer-Verlag, denn Diekmann ist auf Lesereise. „Ich war BILD“ lautet der selbstbewusste Titel seines sehr lesenswerten Buches. Das Cover verspricht auf den 544 Seiten richtigerweise nicht weniger als Einblicke in „ein Leben zwischen Schlagzeilen, Staatsaffären und Skandalen“.

Diekmann redet gerne in Bildern und Vergleichen. „Wird der Erfolg von Helene Fischer oder Lady Gaga daran gemessen, wie viele Schallplatten oder CDs sie verkaufen?“, lautet beispielsweise seine Antwort auf die Frage, welche Zukunft der (Print-)Journalismus hat. „Es geht nicht um die Oberfläche, sondern den Inhalt. Ich bin als Journalist kein Papierverkäufer, sondern Geschichtenverkäufer.“

Was die digitale Transformation für den Journalismus bedeuten würde, hat Diekmann früher verstanden als die meisten seiner Kollegen und BILD auf diesen Weg eingestimmt. Er selbst postet viel in den Sozialen Netzwerken, vor allem bei Instagram. Doch da ist auch der analoge „Jäger und Sammler“, wie er sich selbst nennt. Zwei Archiv-Räume mit Briefen, Bildern und alten Notizbüchern hat er zuhause in seiner Villa am See.

Grenzgänger zu sein, wie in diesem Fall zwischen digitaler und analoger Welt, gilt bei Diekmann für viele Bereiche. Er kann smart und lustig sein – aber auch nachdenkliche Töne anstimmen, wenn es um den Krieg in der Ukraine, die US-Wahlen 2024 oder seinen Vorsitz im Freundeskreis der Gedenkstätte Yad Vashem geht. Einerseits ist er der formell-freundliche Mann, der mit den Worten „Ich grüße Sie auf das Herzlichste“ ans Telefon geht, aber auch der forsche Typ, der als BILD-Chef Karrieren beendet hat und kein Blatt vor den Mund nimmt. Ein Beispiel: Als ein Bundeswehr-Unteroffizier ihn als Wehrpflichtigen anschrie und fragte, was er denn glaube, wo er sei, lautete seine Antwort: „In Münster-Handorf, du Arschloch“.

Dass er überhaupt bei Springer landete, ist angesichts seines Elternhauses genauso bemerkenswert: „Bei uns galt ein BILD-Verbot“, sagt Diekmann, „und wenn mein Vater im Dänemark-Urlaub in Ermangelung anderer Zeitungen die BILD kaufte, reagierte meine Mutter sehr empfindlich.“

War es also Trotz, hier zu arbeiten? Und wie kam er überhaupt zur Zeitung? Diekmann holt aus. Nicht er habe den Journalismus gesucht, sondern der Journalismus habe ihn gefunden. Als Schüler gründete er eine konservative Schülerzeitung. Weil sie im Gegensatz zu anderen Zeitungen durch die Anzeigen kostenlos war, betrug die Auflage irgendwann 30.000 Exemplare. Das örtliche Westfalen-Blatt wurde aufmerksam, kaufte die „Passepartout“ auf und stellte Diekmann als freien Mitarbeiter ein.

Aus seiner politischen Haltung macht er kein Geheimnis: Diekmann nennt sich bürgerlich-konservativ, er war damals JU-Mitglied. Beides ist ein Grund nachzufragen, was der Blattmacher von damals und heutige Kommunikationsberater der Union empfehlen würde, um wieder ins Kanzleramt einzuziehen. Er ist überzeugt, dass die Union schon sehr viel falsch machen müsse, um nicht wieder stärkste Partei zu werden. „Die Ampel-Parteien werden sich 2025 für das verantworten müssen, was sie getan oder auch nicht getan haben.“ Der Union rät er, der SPD jetzt definitiv nicht „aus dem Schlamassel zu helfen“ und in eine Regierung Scholz einzutreten.

Ein Gespräch der ENTSCHEIDUNG mit Diekmann kann nicht auskommen, ohne auch über seine tiefe väterliche Freundschaft zum Altkanzler Helmut Kohl zu sprechen. Beide dienten sich bei ihren jeweiligen zweiten Hochzeiten als Trauzeugen. „Die Gewissheit, dass es nie wieder Krieg geben dürfe, hat ihn angetrieben“, sagt Diekmann. „Das war ein entscheidender Motor.“ Insofern würden Kohl die Geschehnisse in der Ukraine wohl erschüttern und auch die fehlende Geschlossenheit in Europa schwer treffen.

Diekmann gibt zu verstehen, dass es definitiv keine einfachen Zeiten seien. Er würde auch nicht in Kanzler Scholz‘ Haut stecken wollen und nennt den Klimawandel, Kriege und die Pandemie als große Themen. Welche Rolle kann da Boulevard-Journalismus spielen? Seine Philosophie lautet folgendermaßen: In unordentlichen Zeiten sei eine Zeitung wie die BILD dann besonders erfolgreich, wenn sie ausgleichend ist. „Es ist doch ganz einfach: Wenn es draußen kalt ist, will ich es drinnen doch schön warm haben“, so Diekmann. Mit ungefragten Ratschlägen an seine Nachfolger bei BILD hält er sich zurück. „Ich habe immer darunter gelitten, wenn meine Vorgänger meinten, mir erklären zu müssen, was ich zu tun habe.“

Und doch kann er es nicht lassen, die auf den Straßen liegenden Geschichten aufzuheben. „Wenn in meiner Umgebung etwas passiert und ich etwas beim Joggen sehe, verspüre ich immer den Drang es festzuhalten und weiterzugeben.“ Nur eben nicht an BILD, sondern beispielsweise an die örtlichen Lokalzeitungen. „Ich glaube, einige von denen haben meine Nummer inzwischen gesperrt“, sagt er und lacht. Ja, Diekmann war vielleicht mal BILD, aber ein Geschichtenerzähler bleibt er eben doch. ■

von Florian Hemann

VIELEN DANK
für die langjährige
Zusammenarbeit.

WEISS

MACHT DEN UNTERSCHIED

SERIE

„Deutsches Haus“

Stell dir vor, es ist 1963. Du bist eine junge Frau und wirst als Dolmetscherin an ein Gericht berufen. Dort erfährst du von einem Menschheitsverbrechen, das dir bis zu diesem Zeitpunkt völlig unbekannt war: dem Holocaust. In der neuen Mini-Serie „Deutsches Haus“ findet sich die Protagonisten Eva Bruhns genau in dieser Situation wieder. Als Übersetzerin für Polnisch nimmt sie am ersten Auschwitzprozess in Frankfurt teil, bei dem ehemalige SS-Angehörigen wegen ihrer Verbrechen im Konzentrationslager Auschwitz vor Gericht der Prozess gemacht wird. Schnell muss sie erkennen, dass auch ihre eigene Familiengeschichte mit der Wahrheit des Prozesses verbunden ist. Nach dem gleichnamigen Roman von Annette Hess. ■

Plattform: Disney+
Episoden: 5

DOKUDRAMA

„Ich bin! Margot Friedländer“

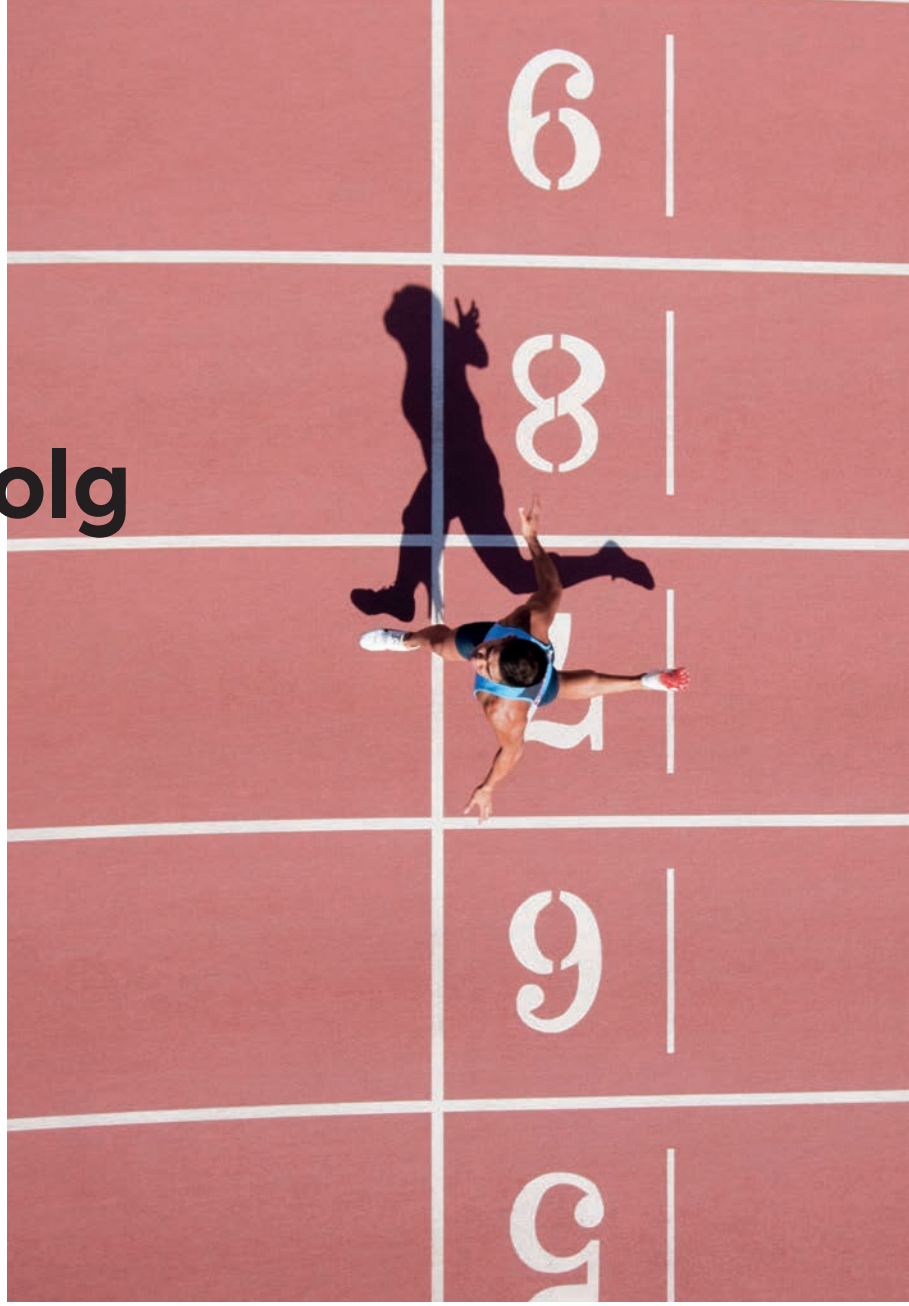
Dieses Dokudrama in der ZDF-Mediathek ist ein Muss. Denn es geht um keine geringere Person als Margot Friedländer. „Ich bin! Margot Friedländer“ schildert die Lebensgeschichte der Holocaust-Überlebenden. Im Film von Raymond Ley wechseln sich Gespräche mit der 102-jährigen mit szenischen Darstellungen der Erlebnisse ab. Gerade die Schilderungen von Margot Friedländer bewegen. Ein Appell des Films von Margot Friedländer sollten wir uns dabei alle zu Herzen nehmen: „Ich bin zurückgekommen, um mit Euch zu sprechen, Euch die Hand zu reichen, aber Euch auch zu bitten, dass Ihr die Zeitzeugen werdet, die wir nicht mehr lange sein können.“ ■

Plattform: ZDF-Mediathek
Dauer: 90 Minuten

von Vanessa Wahlig

Die fehlende Gier nach Erfolg

Einblick in die deutsche Spitzensportförderung



Es ist Sonntag, der 27. August 2023, 21:26 Uhr. Die letzte Hoffnung auf eine Medaille bei der Leichtathletik-Weltmeisterschaft in Ungarn geplatzt. Speerwerfer Julian Weber hat bis zuletzt das Hoffen auf nur wenigstens eine Podiumsplatzierung bei der WM aufrechterhalten. Doch das Bangen hat nichts genützt – der Deutsche Leichtathletikverband fuhr ohne Edelmetall nach Hause.

Und das, wo sich doch im Jahr 2016 der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) und das für den Sport zuständige Bundesinnenministerium (BMI) gemeinsam mit anderem olympischen Spitzensportverbänden, Athletenvertretern und dem Bundesinstitut für Sportwissenschaft für eine Spitzensportreform ausgesprochen haben. Das Herzstück der Reform ist PotAS – eine Abkürzung für das Potenzialanalysesystem, ein hoch kompliziertes Verfahren, mit dessen Hilfe herausgefunden werden soll, in welchen Sportarten die Chancen auf olympische Medaillen am größten sind. Denn diese können bei der finanziellen Förderung durch den Bund besonders bedacht werden. Eine unabhängige Kommission unter dem Vorsitz von Professor Urs Granacher von der Universität Potsdam bewertet die Erfolgsaussichten der olympischen Spitzenverbände. Das Fazit der Potenzialanalyse der olympischen Sommersportverbände von Oktober 2021 zeigte, dass der Deutsche Leichtathletik-Verband (DLV) die 1. Position in der Rangfolge belegt und somit das größte Stück vom Förderkuchen, nämlich 10,4 Millionen Euro im Jahr 2022 erhalten wird. Doch die Erfolge des DLV blieben bis heute aus und ein Schlusslicht des PotAS-Rankings, nämlich der Deutsche Basketball Bund, überraschte im Spätsommer dieses Jahres ganz Deutschland. Völlig unerwartet schnappte sich die deutsche Basketballnationalmannschaft den Weltmeistertitel der Basketball-Weltmeisterschaft 2023 und zeigte, dass die Vorhersage von Erfolgen im Spitzensport nicht durch schiere Wissenschaft getroffen werden kann. Zur ganzen Wahrheit gehört aber auch, dass die Erfolge durch PotAS, nämlich die angestrebte Offensive bei der Nachwuchsgewinnung und der Talent-Entwicklung zeitlich eher die Olympischen Spiele 2028 in Los Angeles, wenn nicht sogar die Olympischen Spiele 2032 in Brisbane, eintreffen werden.

Unumstritten ist jedoch, dass der Spitzsport im kommenden Bundeshaushalt finanziell zusammengestrichen wird. Im letzten Haushaltsentwurf sind Streichungen von 303 Millionen Euro in diesem Jahr auf ca. 275 Millionen Euro im kommenden Jahr vorgesehen und man muss sich die Frage stellen, wo es mit dem Sport in

> Die Bestrebungen des DFB zur Reformierung lässt die Frage aufkommen, ob es im Breitensport um Leistung oder Spaß gehen soll.

Deutschland hingehen soll und welchen Stellenwert dieser hat. Der Blick über den großen Teich in Richtung Westen offenbart einen ganz anderen Weg der Förderung des Spitzensports. Mit einem Gesamtvolumen im Bereich „Sport“ von knapp 13 Milliarden US-Dollar ziehen vor allem US-Amerikanische Universtäten und Colleges im Vergleich zum Budget im deutschen Bundeshaushalt davon. Anders als die staatlichen Universitäten in Deutschland finanzieren sich die Hochschulen in den USA vor allem durch Studiengebühren – Weniger Staat – mehr Leistung und Erfolg. Sportteams und deren Erfolge gelten als Aushängeschild und sind somit die beste Werbung für den Nachwuchsgewinn. Die Übertragung von College-Sport im TV sorgt allein für Einnahmen von insgesamt rund 7 Milliarden Euro. Doch auch die Sportler haben einen erheblichen Mehrwehrt, denn die Kombination aus Sport und Universität bringt neben der sportlichen Entwicklung auch die akademische Entwicklung mit sich. Zudem findet das Training in Gruppen statt, die je nach Leistungsstand zusammengestellt werden. Vor allem für die Leistungsentwicklung ist dies von großem Vorteil. Und genau an diesem Punkt greife ich eine oben genannte Frage wieder auf: „Wo soll es mit dem deutschen Sport hingehen und welchen Stellenwert hat dieser?“.

GEHT DER LEISTUNGSGEDANKE IN DEUTSCHLAND VERLOREN?

Grundsätzlich gilt es, die Ebenen Schulsport, Breitensport und Spitzensport zu trennen, wenngleich auch hier ein Zusammenhang vorliegt. Die Leistungsgedanken und -ansprüche unterscheiden sich auf den jeweiligen Ebenen, doch die Erbringung von Leistung ist notwendig, um überhaupt Sport zu betreiben. Die Bestrebungen des DFB zur Reformierung lässt die Frage aufkommen, ob es im Breitensport um Leistung oder Spaß gehen soll. Der klassische Spielbetrieb mit der Eingruppierung in Tabellen soll wegfallen. In der G- und F-Jugend wird es keine Meisterschaftsrunden mehr geben, stattdessen Spielenachmittage in Turnierform. Je größer die Kinder werden, desto größer werden die Teams und die Tore. Bei den Jüngsten wird im Zwei-gegen-Zwei oder Drei-gegen-Drei auf vier Minitore gespielt. Jedes Team verteidigt also je zwei Tore, es gibt keinen festen Torwart. Dieses Spielsystem nennt sich Funino. Ergebnisse und Tabellen gibt es nicht mehr, Schiedsrichter kommen nicht zum Einsatz: Die Entscheidungen während des Spiels sollen von den Kindern weitestgehend selbst getroffen werden. Es gibt Regeln für Auswechslungen (nach jedem Tor), Torschussdistanzen und Spielzeiten (maximal 15 Minuten). Die siegreiche Mannschaft rückt ein Spielfeld vor, die unterlegene geht ein Feld zurück. Die E-Jugend spielt entweder im Fünf-gegen-Fünf oder im Sieben-gegen-Sieben, letzteres auf zwei Kleinfeldtore.

Da die neuen Fußball-Festivals – Entschuldigung, ich meine natürlich Funinos – ohne festgehaltene Resultate enden, muss man sich fragen, ob hier nicht nur das Leistungsprinzip austrainiert, sondern auch das Verlieren verlernt wird. Der sportliche Wettbewerb, aber auch der generelle Wettbewerb ist eine Auseinandersetzung um die beste Leistung. Sollte man selbst nicht die beste Leistung in einem Wettbewerb bringen, so wird man auch nicht die beste Platzierung erreichen. Und genau jetzt darf die negative Erfahrung nicht überwiegen, sondern muss einen positiven Aspekt in sich hervorrufen – nämlich das Bestreben, besser zu werden. Das Streben nach dem Citius, altius, fortius („schneller, höher, stärker“) spiegelt hierbei eine besondere Betonung des Wettkampfprinzips.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die deutsche Leistungssportförderung überarbeitungswürdig ist. Unter Umständen ließe sich durch weniger Staat und einer freieren Gestaltung mehr erreichen als durch starre, bürokratische Statuten. Aber auch die Mentalität, eine Niederlage nicht als ein Aufgeben anzusehen, sondern als grundlegende Motivation, weiterzumachen, besser zu werden und sich erneut zu messen, darf nicht verloren gehen. Denn nur wenn wir das Verlieren verlernen, können aus Verlierern keine Gewinner werden. ■

von Lukas Eichstaedt

ZURÜCKGEBLÄTTERT

...in den März 1992

In 70 Jahren Bestehensgeschichte ist die ENTSCHEIDUNG zu einer echten Zeitzeugin der Geschichte unserer Jungen Union geworden. Aus diesem Anlass schauen wir in der Rubrik „Zurückgeblättert“ in die Vergangenheit: Wie wurden Debatten in der JU damals geführt? Was würden wir heute noch genauso sehen, was nicht? In dieser Ausgabe geht es um ein Thema, das auch aktuell wieder kontrovers diskutiert wird – die Asylpolitik.

»Muß ich erst radikal werden, damit jemand etwas für mich tut?«

»Für ein gutes Miteinander«

Manchmal scheint sich Geschichte zu wiederholen. Eine stetig wachsende Zahl an Asylanträgen, Aufnahmekapazitäten, die an ihre Grenzen stoßen und eine rechtspopulistische Partei, die mit wachsendem Erfolg versucht, daraus Kapital zu schlagen. Wir schreiben nicht das Jahr 2023, sondern 1992. Schon in den Vorjahren war die Zahl der Asylanträge stetig gewachsen, in diesem Jahr sollte sie mit rund 440.000 einen neuen Höchststand erreichen. Eine Änderung des Asylrechts war dringend notwendig, der Widerstand dagegen groß, sowohl vonseiten der SPD als größter Oppositionsfraktion als auch vonseiten der FDP innerhalb der schwarz-gelben Bundesregierung.

Zugleich verschärfte sich das gesellschaftliche Klima. Die Republikaner, die als rechtsextremistischer Verdachtsfall vom Verfassungsschutz beobachtetet wurden, zogen überraschend mit 10,9 Prozent der Stimmen in den Landtag von Baden-Württemberg ein. Ortsnamen wie Hoyerswerda oder Rostock-Lichtenhagen wurden zu Symbolen für die zunehmenden gewalttätigen Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, mit denen das frisch wiedervereinigte Deutschland im In- und Ausland Negativschlagzeilen machte. Kein Wunder, dass das Thema gleich in mehreren Ausgaben der ENTSCHEIDUNG im Jahr 1992 eine zentrale Rolle spielte. Lesenswert sind die Interviews mit der damaligen Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, Cornelia Schmalz-Jacobsen, sowie mit dem damaligen bayerischen Innenminister Dr. Edmund Stoiber zu den Grenzen der Aufnahmefähigkeit der Kommunen in der Februar-Ausgabe. Besonders hervorzuheben ist aber das Positionspapier des JU-Bundesvorstandes rund um den damaligen Bundesvorsitzenden Hermann Gröhe, das in der März-Ausgabe in voller Länge abgedruckt worden ist.

Das Positionspapier „Für ein gutes Miteinander: Grundsätze einer humanen Ausländer-, Flüchtlings- und Einwanderungspolitik“ bekräftigte das Grundrecht auf Asyl und forderte gleichzeitig dessen Reform. Es lehnte eine Umwandlung des Grundrechts in ein Gnadenrecht ab und schlug eine europäische Asylpolitik vor, die es ermöglichen sollte, Bewerber abzuschieben, die bereits in einem anderen EG-Staat Zuflucht gefunden oder ein Anerkennungsverfahren durchlaufen hatten. Zudem wurde vorgeschlagen, Asylbewerbern aus Ländern ohne Verfolgung kein vorläufiges Aufnahmerecht während des Verfahrens zu gewähren. Viele der geforderten Maßnahmen wurden später im Rahmen des Asylkompromisses zwischen Union und SPD dann auch umgesetzt.

Gleichzeit betonte der JU-Bundesvorstand in seinem Papier, dass alle Menschen unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter, religiöser und politischer Überzeugung, Gesundheit oder Leistungskraft das gleiche Recht auf Anerkennung ihrer Würde haben. Auch damals trat die JU entschieden gegen Einstellungen auf, die einzelnen Menschen oder Gruppen diese Würde absprachen, und verurteilte ausländerfeindliche Hetze oder Gewalttaten auf das Schärfste.

Wer das Papier von damals heute liest, der erkennt, wie sehr die AfD und ihre Sympathisanten irren, wenn sie sich als Erben der Union der 90er Jahre bezeichnen. Das damalige Positionspapier der Jungen Union steht im klaren Gegensatz zu den menschenfeindlichen Positionen und der Rhetorik der heutigen AfD und der seinerzeitigen Republikaner als deren wahre ideologische Vordenker. ■

von Frederik Müller

Meine Mission: Ein Google Maps für die politische Landschaft

Dicke Umschläge mit Vorlagen für die nächste Sitzung müssen die meisten Ratsmitglieder nicht mehr aus dem Briefkasten zerren. Die ersten Sitzungen werden digital übertragen. Teilweise ist es sogar möglich, digital daran teilzunehmen. Wir machen Fortschritte. Endlich. Aber langsam.

Doch ist sie das, die digitale Ratsarbeit der Zukunft? Hoffentlich nicht. Das ist das Mindestmaß, die Übersetzung von analogen Formaten ins Digitale. Der erste Scanner wurde 1956 erfunden, die erste E-Mail vor über 40 Jahren versendet. Heute sprechen wir von Linked Data und KI.

Auch die Art und Weise, wie wir Kommunalpolitik machen, ändert sich. Vom Stammtisch und den städtischen Tageszeitungen, verlagert sich nahezu alles ins Internet: sowohl die Diskussionen als auch die Informationen.

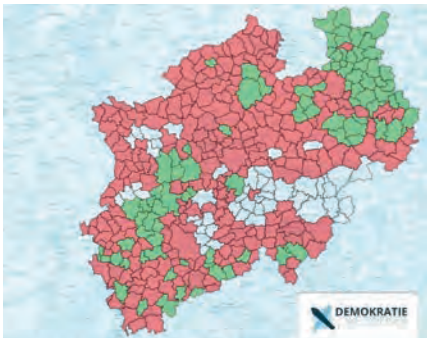
Dass Facebook, Instagram und Co. wichtige Kommunikationswege sind, ist nicht neu. Gleichzeitig können die wenigsten Orts- und Stadtverbände einen wirklich professionellen Auftritt in den Netzwerken leisten.

Das sorgt dafür, dass (Kommunal-)Politik immer mehr im luftleeren Raum stattfindet. Bürgerinnen und Bürger entfernen sich von Politikerinnen und Politikern. Das Narrativ 'die da oben' verfängt. Menschen haben nicht mehr das Gefühl, dass sich Politikerinnen und Politiker für ihre Anliegen interessieren, laut More in Common glauben das nicht weniger als 85 (!) Prozent.

Wer, wenn nicht wir vor Ort, sollen die Menschen noch abholen, sie überzeugen und zeigen: 'Wir sind da. Wir hören zu. Wir kümmern uns.'

DER DEMOKRATIE-WEGWEISER – EIN BEISPIEL FÜR DIGITALE KOMMUNALPOLITIK

Kommunale Politikerinnen und Politiker müssen sichtbarer werden. Hier setzt unser



gemeinnütziges überparteiliches Start-up an: Wir wollen Wegweiser in der Demokratie sein. Mit unserer digitalen Verantwortungskarte machen wir transparent, wer wo für was verantwortlich ist. Das muss man sich vorstellen wie bei maps, man lokalisiert sich und sieht dann, welche Ratsmitglieder, Landtags- und Bundestagsabgeordneten vor Ort für einen ansprechbar sind.

Den ersten Prototypen für Nordrhein-Westfalen werden wir im Dezember veröffentlichen. Im nächsten Jahr soll der Demokratie-Wegweiser in weiteren Bundesländern zur Verfügung stehen, wir werden die Europaabgeordneten hinzufügen und ein Self-Service-Terminal auf kommunaler Ebene einrichten. Über den Terminal sollen die vielen Engagierten in den Kommunen eigene Daten in die Plattform einpflegen können und so unsere Plattform wie eine eigene kleine Webseite nutzen können. Hier ist Raum für eine persönliche Vorstellung, Kontakt und Termine, wie z.B. die nächste Bürgersprechstunde.

Mit dem Demokratie-Wegweiser beantworten wir also bald die Frage, wer wo verantwortlich ist, und decken immerhin zwei Dimensionen ab. Wer für was politisch verantwortlich und ansprechbar ist – Europäische Union, Bund, Land oder Kommune – ist und bleibt für Bürgerinnen und Bürger schwer zu durchschauen.

Perspektivisch soll auch diese Dimension vom Wegweiser abgedeckt werden. Wir arbeiten im Team daran, wie man Künstliche Intelligenz, genauer gesagt Large Laguage Models einsetzen kann, um Gesetze zu analysieren und daraus einen intelligenten ChatBot zu entwickeln. Dieser soll dann Bürgerinnen und Bürgern auf Fragen, wie zum Beispiel 'Die Schulstunden meines Kindes fallen immer aus. Wer ist zuständig?', den passenden politischen Ansprechpartner bei Ihnen vor Ort nennen. ■

FRANZISKA HOLLSTEIN

Franziska Hollstein (27) ist Leiterin des Arbeitskreises Digitales und Staatsmodernisierung der JU NRW.

Weitere Informationen findet ihr hier:

AUS DEN VERBÄNDEN !

HAMBURG

Die JU Hamburg lud zum ALSTERBLATT-Empfang

Nach einem Redaktionswechsel und einer konzeptionellen Überarbeitung unseres ALSTERBLATTS haben wir am 13. Oktober im klassischsten Sinne hanseatischer Tradition, zehn Stockwerke über der Alster schauend, bei Häppchen und Schaumwein unsere neue Ausgabe gefeiert. Wir als JU Hamburg empfingen neben den Freunden des Verbandes, Gästen aus Politik, Gesellschaft und Ehrenamt, den Jugendoffizier der Stadt Hamburg und unsere Bundestagsabgeordneten Christoph de Vries, Christoph Ploß und Franziska Hoppermann. Als Ehrengast durften wir die Bundesvorsitzende der MIT Gitta Connemann begrüßen. Den zuvor erfolgten feigen Angriff auf Israel in unser aller Gedächtnis, hielt Gitta eine bewegende Rede, die uns zur unverbrüchlichen Solidarität mit dem Staat Israel und den Juden in Deutschland aufforderte. Unser Landesvorsitzende Niclas Heins bekräftigte ebenfalls die Unterstützung der gesamten Jungen Union für den jüdischen Staat. Darüber hinaus berichtete Gitta uns von ihren Besuchen bei mittelständischen Unternehmen und die Unsicherheit, die sich in diesen, aufgrund der kompetenzfreien Wirtschaftspolitik der Ampel, rumtreibt. ■

BREMEN

Junge Union Bremen im Gespräch mit der DPolG

Der Landesverband Bremen hat sich mit Vertretern der DPolG getroffen. Thema waren unter anderem die immer gravierenderen Probleme der inneren Sicherheit, welche unter Rot-Grün-Rot leider nur unzureichend angegangen werden. Diese gaben uns direkte Einblicke in ihre Arbeit, in die Täterstrukturen sowie zu den entsprechenden Hintergründen der Täter. Es wurde deutlich, dass es pragmatische Lösungsansätze braucht, Kriminalitätsbekämpfung ressortübergreifend gedacht werden muss, gleichzeitig aber auch das Vertrauen in die Polizei gegeben sein muss, was nach unserem Eindruck aktuell leider nicht immer gegeben ist. Auch wurden die täglichen Probleme unserer Polizisten deutlich. Für uns ist klar: Unsere Polizei verdient Anerkennung, Respekt und die richtige Ausrüstung! ■

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Jenny Gundlach zur neuen Landesvorsitzenden gewählt

Die Junge Union Mecklenburg-Vorpommern hat auf ihrem Landestag am 14. Oktober Jenny Gundlach zur neuen Landesvorsitzenden gewählt. Gleichzeitig verabschiedeten die Mitglieder den langjährigen Vorsitzenden Georg Günther und wählten diesen zum Ehrenvorsitzenden. Dem neuen Landesvorstand gehören neben der Landesvorsitzenden Jenny Gundlach, die Stellvertreter Leon Pfister und Julia Müller, der Landesschatzmeister Kai Wilhelm und als Beisitzer Anna Maier, Moritz Drumm, Paula Pracht, Kenny Grafenhorst, Dorothea Keitsch, Henning Burmeister sowie Philipp Geib an. Weitere Mitglieder sind Lukas Jessel, Patrick Kreutzer und Jonathan Niklas Spiekermann, der als JU-Kandidat für die Europawahlen antreten wird. Nach inhaltlicher Diskussion verabschiedete die Junge Union M-V ihr Kommunalwahlprogramm für die anstehenden Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern. Gestärkt und geschlossen geht die Junge Union M-V in den Kommunal- und Europawahlkampf. ■

NIEDERSACHSEN

Niedersachsen „ackert für die Zukunft“

Der Landestag der JU Niedersachsen tagte am 23. und 24. September 2023 im Herzen der niedersächsischen Landwirtschaft. Thematische Schwerpunkte des Niedersachsentages waren die Zukunft des Agrarlandes Niedersachsen und die bevorstehende Europawahl, zu welcher die Landesvorsitzende Karoline Czychon als Spitzenkandidatin der JU nominiert wurde. Unter dem Leitthema „Ackern für die Zukunft: Niedersachsen – unser Agrarland“ berieten die knapp 160 Delegierten Ideen und Forderungen zur Zukunft der niedersächsischen Landwirtschaft sowie mehr als 150 Sachanträge zu verschiedensten Themen. Emotionale und politische Höhepunkte stellten darüber hinaus die Reden und Diskussionen mit der Generalkonsulin der Ukraine in Hamburg, Dr. Iryna Tybinka, und dem CDU-Außenpolitikexperten Dr. Norbert Röttgen MdB dar. Eine sehr durchwachsene und schonungslose erste Bilanz der bisherigen Arbeit der rot-grünen Niedersächsischen Landesregierung zog der CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzende im Niedersächsischen Landtag, Sebastian Lechner MdL, zu seiner Zeit Landesvorsitzender des JU-Landesverbandes von 2008 bis 2014. ■

NORDRHEIN-WESTFALEN

Junge Energie für den Landesvorstand der CDU NRW

Nordrhein-Westfalen richtig machen – unter diesem Motto trat am 28. Oktober 2023 der 45. Landesparteitag der CDU NRW in Hürth zusammen. In den Reihen der Delegierten saßen mehr als 130 JUler und auch auf dem Stimmzettel für die Wahlen zum Landesvorstand waren drei junge Kandidaten der Jungen Union NRW zu finden. Dabei wurden unsere JU-Bewerber Catarina dos Santos-Wintz MdB, Moritz Müller und Prof. Dr. Michael Dust mit sehr guten Ergebnissen als Beisitzer in den Landesvorstand gewählt. Das junge Team im Landesvorstand wird durch unseren ehemaligen Landesvorsitzenden Florian Braun MdL und Marleen Schönbeck aus Herford sowie weitere erst kürzlich ausgeschiedene JUler komplettiert. Unser Ministerpräsident und Landesvorsitzender Hendrik Wüst MdL wurde mit einem herausragenden Ergebnis in seinem Amt bestätigt. Neben den Personalfragen konnte sich die Junge Union NRW auch inhaltlich in den Parteitag einbringen. Unsere kommunalpolitischen Anträge wurden einstimmig angenommen und stärken damit die jungen Mandatsträger vor Ort sowie gleichzeitig das Standing der JU in der Mutterpartei. Und auch zum gelungenen Auftritt der CDU NRW in den sozialen Netzwerken während des Landesparteitags trug die JU NRW mit ihrer Digital Taskforce bei. ■

OLDENBURG

Lukas Reinken bleibt Vorsitzender

Der diesjährige Landestag der Jungen Union Oldenburg stand unter dem Motto „Chancen und Risiken von künstlicher Intelligenz für unsere Gesellschaft“. Im Vorfeld hatten die Delegierten Beiträge geschrieben, die Bedenken, aber auch das große Potenzial, dass in KI gesehen werden kann, zum Ausdruck bringen. Diese wurden auf dem Landestag im Plenum beraten.In einer Podiumsdiskussion mit Marc Schröder von element76, Wolfgang Borchers von Chaember und Lukas Reinken MdL wurde außerdem angeregt über die Thematik diskutiert und die Fachleute konnten mit einigen Bedenken und Fragen der JUler aufräumen. Darüber hinaus war der Europaparlamentskandidat Jochen Steinkamp zu Gast und hat mit seiner Rede noch einmal darauf aufmerksam gemacht, wie wichtig die kommenden Europawahlen werden und dass jeder Helfer aus der JU gebraucht werde! Der Landesverband der JU Oldenburg hat auf ihrem Landestag in Bad Zwischenahn außerdem einen neuen Vorstand gewählt. Neuer und alter Vorsitzender ist Lukas Reinken. Außerdem wurden viele neue Gesichter in den Landesvorstand gewählt. ■

SACHSEN-ANHALT

JU Sachsen-Anhalt steht an der Seite der Bundeswehr

Am ersten Septemberwochenende fand die 30. Brockenwanderung der Jungen Union Sachsen-Anhalt statt, die wir gemeinsam mit dem Landesverband Braunschweig veranstalteten. Mit zahlreichen JU-Mitgliedern sowie Gästen aus der Landespolitik konnten sich die JUler während der Besteigung des Gipfels einen deutlichen Eindruck von den massiven Waldschäden am Brocken und im gesamten Nationalpark Harz verschaffen. Die JU-Verbände haben die Wanderung daher dafür genutzt, ein Zeichen für nachhaltige Wiederaufforstung zu setzen. Neben der Forstpolitik gehört auch die Sicherheit unseres Landes zu den Kernthemen der JU Sachsen-Anhalt, weshalb wir im November zu Gast beim Bundeswehr-Landeskommando Sachsen-Anhalt waren. Im Gespräch mit Oberst Albers erhielten wir spannende Einblicke in die Arbeit der Bundeswehr und diskutierten gemeinsam über aktuelle sicherheitspolitische Fragen. Für die Junge Union in Sachsen-Anhalt ist klar: Wir stehen fest an der Seite der Bundeswehr und sind dankbar für ihren unermüdlichen Einsatz für Freiheit und Demokratie. ■

RHEINLAND-PFALZ

Hauß folgt auf Münster

Vom 18.-19. November 2023 fand in der Rhein-Mosel-Halle in Koblenz der 76. Landestag der Jungen Union Rheinland-Pfalz statt. Zentraler Tagesordnungspunkt waren die Neuwahlen des Landesvorstandes. Der langjährige Vorsitzende Jens Münster trat nicht mehr an, dankte allen Weggefährten und kündigte an, sich zukünftig voll auf die Arbeit in seinem Wahlkreis konzentrieren zu wollen. Münster rückte im November für den Landkreis Cochem-Zell in den rheinland-pfälzischen Landtag nach. Der Landesvorstand und die Bezirke verabschiedeten sich mit emotionalen Worten und dankten dem 32-jährigen Münster nachdrücklich, für die von ihm geleistete Arbeit. Im Anschluss stellte sich Christopher Hauß aus Schwegenheim als Vorsitzender zur Wahl und begeisterte die rund 200 Anwesenden mit seiner Bewerbungsrede. Der 27-jährige Pharmazeut wurde schließlich mit 97% erstmals ins Amt gewählt. Abgerundet wurde der Landestag durch die Debatte von 35 inhaltlichen Anträgen, die an ihn gestellt wurden. Die Anliegen der Anträge reichten von der Förderung der Schwimmkompetenz von Grundschülern, über Wohnungsbauförderung bis hin zur Entlastung der rheinland-pfälzischen Rettungsdienste. ■

BAYERN

Let's go #JUropean - JUnge Köpfe für Europa

Zur Europawahl am 9. Juni 2024 ist die Junge Union Bayern mit knapp der Hälfte der Kandidaten auf der Europaliste der CSU stark vertreten. Unser Landesvorsitzender und Europaabgeordneter Christian Doleschal ist mit Listenplatz 3 unser Spitzenkandidat. Unterstützt wird er von Konrad Körner und Nicola Gehringer, die in der Top 10 der Europaliste kandidieren. Nach der letzten Landtagswahl in Bayern blickt unser Landesverband zuversichtlich auf die kommende Wahl, denn bei den Erstwählern war die CSU und damit auch die JU klar stärkste Kraft. Diesen Schwung wollen wir mitnehmen und mit neuen Kampagnen im Social Media Bereich sowie starken Wahlkampfaktionen das bestmögliche Ergebnis erzielen. Die Zukunft in Europa, in Deutschland und in Bayern braucht JUnge Köpfe wie uns. Unter dem Motto "Let's go #JUropean" wollen wir gemeinsam junge Ideen voranbringen und unsere Kandidatinnen und Kandidaten auf dem Weg ins Europäische Parlament unterstützen. ■

SACHSEN & NIEDERSCHLESIEN

Neuer Landesvorstand

Die Junge Union Sachsen & Niederschlesien wählte auf ihrem vergangenen Landestag am 01. September 2023 in Meerane einen neuen Landesvorstand. Marcus Mündlein wurde als Vorsitzender bestätigt. Er wird in seiner Arbeit von den beiden Stellvertretern Julian Schiebe und Florian Kluge unterstützt. Johann Wagner wechselt in das Amt des Schatzmeisters. Lea Suárez ist neue Pressesprecherin und Bénédict Beemelmans übernimmt künftig das Amt des Mitgliederbeauftragten. Carsten Büttner, Lukas Dietze, Katharina Wissing, Robert Eisold, Felix Kurth, Björn Schwedes, Dr. Michael Schmischke, Alexandra Zins, Zinar Eibach und Ronny Steinicke komplimentieren als Beisitzer den neuen Vorstand. Mit diesem starken Team werden wir die Kommunal- und Europawahlen, aber insbesondere die Landtagswahl am 01. September bei uns in Sachsen angehen. ■

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Schleswig-Holstein-Tag im Zeichen der Solidarität zu Israel

Der diesjährige Schleswig-Holstein-Tag der Jungen Union beschäftigte sich inhaltlich eigentlich mit einem Leitantrag zu unserer Vison für das Bundesland im Jahr 2045. Aber nach den terroristischen Angriffen der Hamas am 07. Oktober war klar, dass dieser SHT nicht wie jeder andere werden konnte. So bekundeten wir mit einem Dringlichkeitsantrag unsere Solidariät mit Israel und bekamen vom KAS Auslandsbüro einen Bericht über die Lage vor Ort. Auch das ursprünglich vorgesehene Thema und zahlreiche Sachanträge wurden intensiv diskutiert. Neben dem Besuch unseres Bundesvorsitzenden Johannes Winkel konnten wir mit der Präsidentin der Deutschen Automobilindustrie Hildegard Müller außerdem eine ehemalige Vorsitzende bei uns begrüßen. Beim SHT durfte die Rede und Diskussion mit Ministerpräsident Daniel Günther sowie mit dem Fraktionsvorsitzenden Tobias Koch natürlich auch nicht fehlen. So war es trotz der außergewöhnlichen Umstände eine runde Veranstaltung. ■

Bildungsschock und Wissenschaftsarmut

Die kürzlich vorgestellten Befunde der aktuellen Erhebung von PISA und IGLU offenbaren sowohl bei den 15-jährigen als auch bei Grundschülern große Defizite. Neben diesen gefährdet die Ampel auch die Zukunftsfähigkeit des Landes mit Reformstau und Haushaltskürzungen im Forschungsbereich.

MEHR BASISKOMPETENZEN UND WENIGER IDEOLOGIE IN DEN LEHRPLÄNEN

Anfang der 2000er Jahre wurde die Bundesrepublik vom sogenannten PISA-Schock erschüttert. Die Resultate der erstmaligen Teilnahme Deutschlands an der internationalen Schulleistungsvergleichsstudie PISA offenbarten große Defizite im deutschen Bildungssystem. Dieser PISA-Schock markierte gleichzeitig die empirische Wende in der Bildungspolitik, die eine stärkere Fokussierung auf den Erwerb von Kompetenzen auslöste. Nach bereits erreichten Erfolgen beobachten wir seit einigen Jahren jedoch wieder einen negativen Trend. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Schulen kämpfen mit heterogenen Ausgangsbedingungen von Schülern, besonders bei der deutschen Sprache. Fälle wie die Gräfenau-Grundschule in Ludwigshafen, in der eine komplette erste Klasse sitzengeblieben ist, werden kein Einzelfall bleiben, wenn Kinder ohne Deutschkenntnisse eingeschult werden. Gleichzeitig überbeanspruchen wir die zur Verfügung stehende wertvolle Unterrichtszeit mit zu vielen gleichzeitigen Zielen. Neue Schulfächer oder Zusätze für die Lehrpläne, die oft gut gemeint sind und wichtige Themen adressieren wie Umgang mit Digitalisierung, Umwelt und mentale Gesundheit, verdrängen den Erwerb der Basiskompetenzen. Wenn dies dann noch auf hohen Unterrichtsausfall wegen eines Mangels an Lehrkräften trifft, sind die Ergebnisse der Schulleistungsstudien wenig verwunderlich.

VERSPROCHEN GEBROCHEN

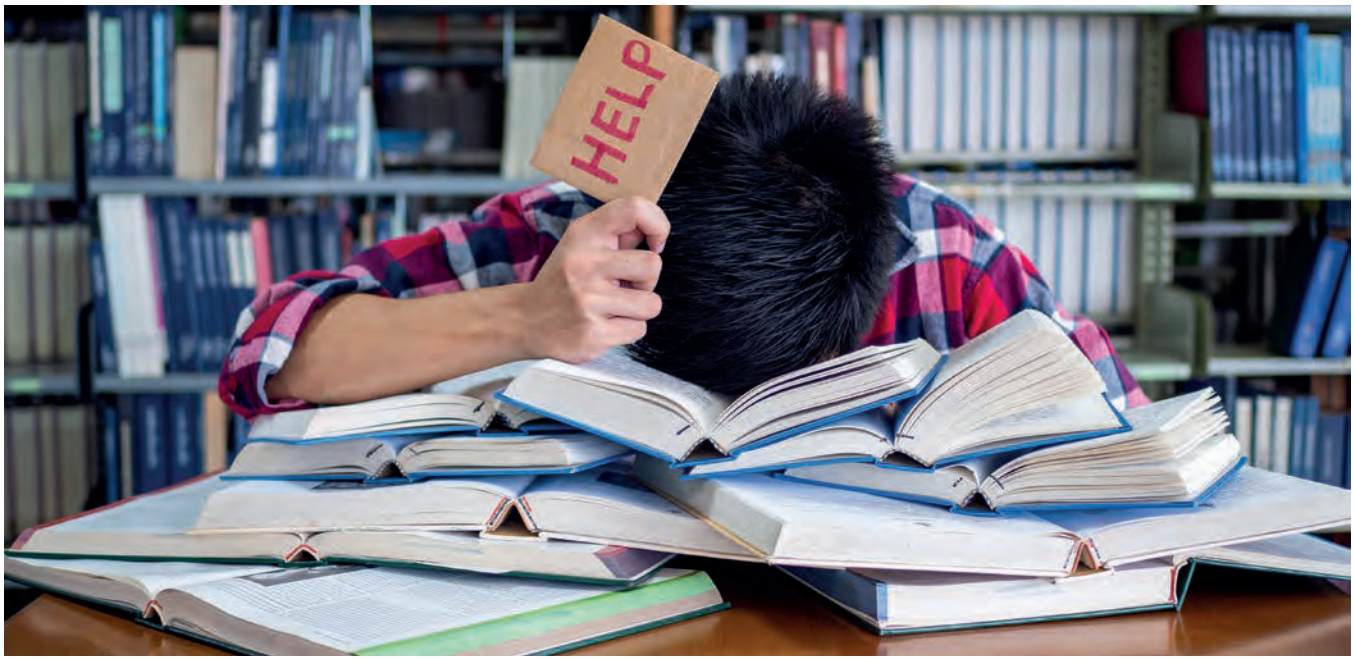
Die Ampelkoalition ist mit großen Versprechungen im Bildungs- und Forschungsbereich in die Legislatur gestartet. Eine BAföG-Reform sollte kommen, die die Bildungsfinanzierung elternunabhängiger macht. Von diesem Vorhaben ist bisher nichts zu sehen. In Zeiten von Rekordinflation konnte man sich lediglich auf eine Erhöhung der Bezüge um 5,75 Prozent einigen. Zum Vergleich: Die unionsgeführte Vorgängerregierung hatte ohne galoppierende Inflation 2019 die Bezüge um fünf Prozent erhöht und 2020 nochmal um zwei Prozent. Die Ambitionslosigkeit beim Thema BAföG zeigt sich auch im Haushaltsentwurf für 2024. Dort finden sich 500 Millionen Euro weniger für das BAföG – Begründung: der geringere Bedarf. Dass dies mit der derzeitigen Struktur des BAföG zusammenhängt, ist offensichtlich. Immer weniger Studenten können aufgrund des starren Regelwerks auf Bildungsfinanzierung hoffen. Gleichzeitig werden KfW-Studienkredite aufgrund variablen Zinsniveaus aktuell zur Schuldenfalle.

> Immer weniger Studenten können aufgrund des starren Regelwerks auf Bildungsfinanzierung hoffen. !

HAUSHALTSKÜRZUNGEN BEI BILDUNG UND FORSCHUNG

Investitionen in Bildung und Forschung stellen Investitionen in die Zukunft unseres Landes dar. Trotzdem legt die Ampel genau hier den Rotstift an, um dann nach Protesten wieder zurückzurudern. Dass die aktuelle Regierung wenig vom Wissenschaftssystem versteht, zeigt sich hier besonders deutlich. Entgegen der im Koalitionsvertrag vereinbarten Erhöhung will die Ampel beim Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) und bei der Alexander von Humboldt-Stiftung sparen. Dabei sind es genau diese beiden Programme, die sowohl den Anschluss deutscher Wissenschaftler an internationale Spitzenforschung als auch die Gewinnung internationaler Spitzenforscher für deutsche Wissenschaftseinrichtungen ermöglichen.

Gleichzeitig ist die Finanzierung wichtiger Vorhaben im Bildungsbereich völlig offen. Wichtige Programme wie die Fortführung des Digitalpakts oder aber das zuletzt viel diskutierte Startchancen-Programm für Schulen in sozial schwachen Gebieten sind Aufgaben, bei denen Bund und Länder gemeinsam gefordert sind. Hier zeigt sich, dass es Ministerin Stark-Watzinger nicht gelingt, innerhalb der Ampelkoalition Bildungsausgaben zu priorisieren, und sie die Länder alleine lässt. Das zeigt, dass die Ampel auch hier keine Fortschrittskoalition ist, sondern eher ein Bremsklotz im Zukunftspolitikfeld Bildung.



FÜNF FORDERUNGEN FÜR DIE BILDUNGSREPUBLIK DEUTSCHLAND

Die Bilanz der Ampel ist ernüchternd. Wir wollen jedoch nicht nur kritisieren, sondern auch konkrete Vorschläge machen. Aus unserer Sicht sollten daher folgende fünf Projekte umgehend angegangen werden:

1. LEHRPLÄNE ENTRÜMPELN UND BASISKOMPETENZEN STÄRKEN

Die alarmierenden Signale von nationalen und internationalen Schulleistungsvergleichsstudien fordern eine Kehrtwende in der Bildungspolitik. Anstatt immer neue Schulfächer einzuführen müssen die Lehrpläne entrümpelt werden, um Platz für die Vermittlung von Basiskompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen zu schaffen. Wir brauchen eine verpflichtende Sprachstandsdiagnostik und ein damit verbundenes Vorschuljahr bei nicht ausreichenden Deutschkenntnissen.

2. BAFÖG-REFORM FÜR ECHTE BILDUNGSFINANZIERUNG

Als Junge Union haben wir deshalb bereits 2021 einen umfassenden Reformvorschlag zur Bildungsfinanzierung der Zukunft vorgelegt. Der „nationale Bildungsfonds“ ermöglicht eine Bildungsfinanzierung für jeden. Im Gegensatz zum BAföG müssen hier die erhaltenen Bezüge nach Ausbildung oder Studium jedoch vollständig zurückgezahlt werden. Gleichzeitig schützt der nationale Bildungsfonds vor der Schuldenfalle, da Rückzahlungsraten prozentual an das Einkommen gebunden sind. Kurzfristig brauchen wir eine Anhebung der Einkommensgrenzen beim BAföG und eine Deckelung der Zinssätze bei KfW-Studienkrediten.

3. DEM WISSENSCHAFTLICHEN NACHWUCHS PERSPEKTIVE GEBEN

Klar ist, wir brauchen eine Reform des WissZeitVG, die klare Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs bietet, Dauerstellen für Daueraufgaben (wie z.B. grundständige Lehre) an Universitäten einfordert und gleichzeitig die Innovationskraft in der Forschungslandschaft stärkt. Wir brauchen eine Verpflichtung der Universitäten zu mehr Tenure-Track-Stellen, bei denen die wissenschaftliche Bewährung von Nachwuchswissenschaftlern auf Zeit erfolgt und gleichzeitig eine Perspektive für eine dauerhafte Anstellung besteht.

4. DIGITALPAKT UND STARTCHANCENPROGRAMM FÜR STARKE SCHULEN

Bildung ist und bleibt Ländersache. Gleichzeitig muss der Bund bei besonderen Aufgaben unterstützen. Der Digitalpakt muss fortgeführt werden. Hierbei muss dieser bei einer Neuauflage entbürokratisiert werden, sodass das Geld schneller bei den Schulen ankommt. Gleiches gilt für Programme wie das Startchancenprogramm. Hierbei unterstützen wir explizit die Einrichtung von Schulbudgets, mit denen die Schulen freie Mittel bekommen, die sie selbst einsetzen können, um Schüler bedarfsgerecht und bestmöglich zu fördern.

5. INVESTITIONEN IN BILDUNG UND FORSCHUNG

Bei der Neuauflage eines verfassungsgemäßen Haushalts darf es keine weiteren Kürzungen im Bereich Bildung und Forschung geben. Im Gegenteil müssen hier Korrekturen vorgenommen werden. Ein Land ohne große natürliche Bodenschätze kann seine Wertschöpfung nur durch gute Bildung erreichen. Wenn wir für internationale Unternehmen attraktiv bleiben wollen, brauchen wir mehr Gelder für die Internationalisierung der Forschung (DAAD und AvH-Stiftung), eine bessere Ausstattung der Universitäten über die durch Länder hinaus erfolgte Grundfinanzierung und mehr Gelder für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG). ■

DR. MARC PHILIPP JANSON

ist Vorsitzender der Kommission Bildung und Forschung .

KATHARINA BURGER

ist stellvertretende Vorsitzende der Kommission Bildung und Forschung .

Die Fachkommission als wichtiges Sprachrohr

Die Internationale Kommission übernimmt vor allem zwei wichtige Funktionen für die Junge Union Deutschlands. Zum einen sind wir Sprachrohr in Sachen Außen- und Europapolitik. Unsere JU ist als größter politischer Jugendverband Europas auch für Freunde im Ausland ein Ansprechpartner und Referenzpunkt, um die deutsche Sicht auf das internationale Geschehen besser einzuordnen. Zum anderen verstehen wir uns organisatorisch als die ausgestreckte Hand unseres Verbands. Wichtig ist nicht nur, unsere Position klarzumachen, sondern auch mit Jugendverbänden anderer christdemokratischer bis liberal-konservativer Kräfte in Europa und der Welt zusammenzukommen. Diese Verbindungen pflegen und bauen wir weiter aus; nicht nur um unsere Sicht der Dinge zu vermitteln, sondern auch, weil die demokratischen Allianzen der Welt sich vernetzen und zusammenstehen müssen – und das mehr denn je. Als Internationale Kommission arbeiten wir hart an einer Außenstrategie für eine friedliche und erfolgreiche Zukunft für uns als Deutsche und Europäer.

BEKENNTNIS ZU ISRAEL

Bereits auf dem Deutschlandtag haben wir der Welt gezeigt: die Junge Union steht an der Seite der einzigen Demokratie im Nahen Osten. Der wieder aufflammende Konflikt ist eine Katastrophe für die israelische und palästinensische Bevölkerung - vom Zaun gebrochen von der in weiten Teilen der arabischen und muslimischen Welt offen unterstützten Hamas, die unschuldige Menschen verschleppt und ermordet, die Unsägliches getan und ihre eigene Menschlichkeit aufgegeben hat. Wenn es eine moralische Bankrotterklärung der Hamas und all ihrer Unterstützer gebraucht hatte, dann kam sie am 7. Oktober 2023. Seither beobachten wir einen Riss in unserer Gesellschaft, angefacht von Fehlinformation und insbesondere eingewandertem Antisemitismus. Kulturelle Abneigung und Israelhass wurden in den letzten Wochen zutage gefördert und es liegt jetzt an uns allen, nicht nur den Dialog offen zu halten, sondern auch dort entschieden durchzugreifen, wo kein Dialog mehr möglich ist. Es ist unsere Pflicht, dies auch im Dialog mit Ländern wie Spanien oder Irland, wo die Sympathie für Palästina tradiert ist, klar zu kommunizieren. Das Selbstverteidigungsrecht Israels steht für uns an erster Stelle.
Die Proteste und Massenverhaftungen im Iran zeigen, dass dort, wo die Idee der Aufklärung und der Freiheit keimt, Hoffnung besteht. Es ist unsere Aufgabe, diese Bewegungen zu unterstützen, wie wir können. Die von der Bundesregierung formulierte feministische Außenpolitik wird zur hohlen Phrase, wenn genau an dieser Stelle, nämlich wo Frauen sich die Kopftücher abnehmen wollen und deshalb eingesperrt werden, keine Taten folgen.

KEIN ERFOLG OHNE EUROPA

Konrad Adenauer sagte: „Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für uns alle.“ Es geht nicht darum, unter den Teppich zu kehren, dass ein Gebilde wie Europa auch seine Schwächen hat. Die Erfolge der Europäischen Union sind allerdings nicht von der Hand zu weisen und wir als Deutsche haben nicht nur ein wirtschaftliches Interesse, sondern auch eine historische Pflicht, insbesondere gemeinsam mit Frankreich diesen Kontinent zusammenzuhalten. Die Großmächte Europas haben einst Europa gespalten. Jetzt vereinen sie es. Das ist eine unglaubliche Errungenschaft, die Generationen, die es anders nicht kennen, leicht vergessen können. Unser Bekenntnis zu Europa als gemeinsamer Raum der Völkerverbundenheit, Freiheit und Demokratie ist deshalb fundamentaler Teil unseres Selbstverständnisses.

UKRAINE

Adenauers Satz hat in den letzten Jahren leider wieder an Bedeutung gewonnen. Europäischen Ländern, die sich den Werten der Union verschreiben wollen, sollte immer ein Weg gezeigt werden, Teil der EU-Familie zu werden. Dies war der Grund für den abscheulichen Krieg, den Putins Russland vom Zaun gebrochen hat: Die Anziehungskraft unserer Lebensart, unserer Idee von Politik und Zusammenleben kann ganz ohne Gewalt, ohne Repression und ohne Propaganda Menschen und Gesellschaften überzeugen, sich uns anzuschließen. Putins Versuch, die freie Entscheidung der Ukrainer zu unterbinden, muss scheitern. Wir stehen felsenfest zu unseren ukrainischen Freunden, die während der Maidan-Proteste die gelb-blauen Ukraine- und Europaflaggen hissten. Diesen Weg müssen und werden wir unterstützen. Deshalb fordern wir nun, alles zu tun, was nötig und möglich ist. Die Junge Union Deutschlands fordert die Bundesregierung auf, sich im Rat der Europäischen Union für ein vollständiges Handels- und Wirtschaftsembargo gegen die Russische Föderation und Belarus auszusprechen. Der bisherige Ansatz der Sanktionspolitik, den Handel mit bestimmten Gütern - wie Rohstoffen oder Dual-Use-Gütern - zu sanktionieren, geht nicht weit genug. Handel sollte stattdessen nur noch ausnahmsweise mit humanitär notwendigen Gütern möglich sein. Gleichzeitig müssen wir der Ukraine einen Weg bieten, Mitglied der Europäischen Union und der NATO zu werden.

INTERNATIONALE FLUCHTBEWEGUNGEN

Wie stark wir in Europa voneinander abhängen, zeigt auch die Migrationskrise. Eine Entscheidung in Italien, Griechenland oder eben bei uns in Deutschland kann große Auswirkungen auf die Flucht- und Migrationsbewegungen haben. Bereits 2015 warnten viele Unionspolitiker, wie z.B. Günther Oettinger, es seien gerade Länder wie Deutschland, die die Migrationskrise durch das großzügige Asylsystem verschlimmern.

Der Asylkompromiss auf europäischer Ebene mit der Krisenverordnung, die stärkere und bessere Kontrolle an den Außengrenzen verspricht, ist ein wichtiger Schritt. Wir als Junge Union müssen mit unseren Schwesterverbänden über dieses Thema sprechen und unseren Regierungen pragmatische Vorschläge machen. Dazu gehört auch ein gesamteuropäisches Rücknahme-Abkommen mit Drittstaaten. Es muss ein neues System geschaffen werden, das Flüchtlinge schützt, Schlepper bestraft und Migration von Fachkräften fördert, während es illegale Migration aufhält. Nur so können wir Vertrauen zurückgewinnen und den gesellschaftlichen Frieden in Deutschland und Europa wahren.

CHINA

Die außenpolitisch mittel- und langfristig größte Herausforderung und damit auch die, die am dringendsten eine Antwort braucht, ist der Aufstieg Chinas. Wir wären gut beraten, China nicht als Gegner oder gar Feind, sondern als Konkurrenten zu betrachten. Feindseligkeiten, auch rhetorische, kommen nie originär vom Westen, und das soll auch so bleiben. Dass wir systemisch, wirtschaftlich und philosophisch konkurrierende Modelle haben, steht allerdings außer Frage. Sinnlos wäre es daher auch, diese Tatsache zu ignorieren, wie es zu lange der Fall war. Wir brauchen eine echte China-Strategie, die über Legislaturperioden hinweg Staatsräson ist. Dazu muss ein breiter parteiübergreifender Konsens geschaffen werden. Nur so werden wir ernst genommen und nur so können wir unsere Ziele erreichen und unsere Interessen schützen.

> Unsere Aufgabe wird es sein, die sich neu ordnende Welt zu einer freieren Welt zu machen. !

AUSSICHT

Die Internationale Kommission beobachtet die Lage auf der diplomatischen Bühne sehr genau. Wie wird die Welt in ein paar Jahren aussehen? Schauen wir nur nach Argentinien, wo nach der Wahl des Anti-System-Kandidaten Milei eine ganz neue politische Ausrichtung auf uns warten könnte, oder auf seinen Nachbarn, den brasilianischen linken Präsidenten Lula da Silva, der längst als Putinversteher gelten muss. Schauen wir dann auch auf die USA, die als Anführer der liberalen Weltordnung im Innern ins Straucheln geraten könnten und nach außen ihre Geschichte zu vergessen drohen. Wir brauchen über die Grenzen der Bundesrepublik und Europas hinaus Verbündete, Partner und Freunde. Unsere Aufgabe wird es sein, die sich neu ordnende Welt zu einer freieren Welt zu machen. Die letzte Ausgabe des Cicero zeigt ein Titelblatt mit einem Adler, einem Bären und einem Drachen, die sich um den Erdball streiten. Der Titel lautet „Jeder gegen jeden – Der Kampf um die neue Weltordnung.“ Wir wollen eine Welt der Kooperation. Das muss unser Anspruch sein – auch und gerade als junge Generation. ■

MAXIMILIAN MÖRSEBURG MDB

ist Vorsitzender der Internationalen Kommission

Zeit für Optimisten

Wir leben in einer Zeit, in der wir - die junge Generation - mit immer größer erscheinenden Krisen konfrontiert werden. Es geht um unsere Sicherheit, um unsere Gesellschaft, um unsere Umwelt. Umso wichtiger ist es, dass wir uns gemeinsam für eine gute Zukunft für uns und unsere Nachkommen einsetzen. Denn wir sind überzeugt: Mit einem entschlossenen Einsatz für unsere Demokratie und Freiheit können Wünsche Wirklichkeit werden. Wir blicken optimistisch in die Zukunft und gestalten sie mit. Gemeinsam nehmen wir die Dinge in die Hand und zeigen: Es ist

ZEIT FÜR OPTIMISTEN

Als größte politische Jugendorganisation haben wir die Möglichkeit, den Weg in die Zukunft zu beeinflussen. Gemeinsam prägen und gestalten wir die Politik vor Ort, die Debatten in unserer Gesellschaft und die Entscheidungen in Berlin. Wir lassen uns nicht von Zukunftsängsten aufhalten, sondern gestalten sie.

Wir wollen diese optimistische Gemeinschaft in der Jungen Union erhalten und anderen Optimisten die Möglichkeit geben, sich uns anzuschließen.

Als Bundesverband möchten wir Euch - die Verbände auf Landes-, Kreis- und Ortsebene - dabei unterstützen. Unsere Mitgliederbeauftragte Nicola und Nina unser Kampagnenkopf haben für Euch eine Kampagne entwickelt, mit der ihr zeigen könnt, wie und warum wir als Junge Union die Zukunft gestalten. Es stehen Euch einige Materialien zur Verfügung: Flyer, Pullover, Vorlagen für eure Social-Media-Kanäle und weitere Merchandise Artikel.

Gleichzeitig haben wir unsere Strukturen verbessert, um Euch einen besseren Austausch untereinander zu ermöglichen. Den Auftakt macht die digitale Kreisvorsitzendenkonferenz im Dezember, gefolgt von einer Konferenz im Februar, bei der ihr Euch treffen und austauschen könnt.

Das Jahr 2024 wird von Optimismus geprägt sein, wir alle gestalten unsere Zukunft mit. Die #ZeitfürOptimisten hat gerade erst begonnen! ■

Nina Weise und **Nicola Gehringer** stellen auf dem Deutschlandtag die Kampagne vor.

Bald erhältlich: Flyer, Bierdeckel, Beutel und vieles mehr...

Weitere Informationen findet Ihr hier:

CHAT INTERVIEW

Sie haben mit Polyteia eine Datenplattform für Behörden aufgebaut, die von mehr als 80 Gemeinden und Kommunen genutzt wird. Wie kam es dazu und wofür werden die Daten auf Ihrer Plattform in den Kommunen konkret genutzt?

Mit Polyteia wollen wir Behörden und Politik in die Lage versetzen, evidenzbasierte Entscheidungen zu treffen. Dafür braucht es Daten. Die liegen den Behörden zwar oftmals vor, aber verteilt auf viele Stellen. Wir bringen diese Daten auf einer Datenplattform miteinander in Verbindung und machen so Analysen und die Erstellung von Berichten schnell und effizient möglich.

ZUR PERSON FARUK TUNCER

Faruk Tuncer ist Gründer & CEO von Polyteia. Polyteia unterstützt Verwaltungen auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene mit einer sicheren und souveränen Datenplattform, bessere Entscheidungen zu treffen. Vor Polyteia hat Tuncer als Absolvent der Hertie School in Berlin als Referent in der Strategieabteilung der CDU Deutschlands das Themenfeld Kommunen verantwortet. Er ist Mitglied des Wissenschafts- und Innovationsbeirats des Bundesministeriums des Innern zur Registermodernisierung und des Digitalgipfels der Bundesregierung. Seit Mai 2023 ist Tuncer außerdem Landessprecher des Bitkom für Berlin und Brandenburg und veröffentlicht seit Dezember 2023 seinen eigenen Podcast "GovCast".

Inwieweit kommt bei Polyteia KI zum Einsatz?

In unserer Berichterstellung sind bereits viele Algorithmen im Einsatz, die man als KI verstehen kann. Über bestimmte Anwendungen ist es uns möglich, Daten zu transformieren, d.h. überhaupt erst nutzbar zu machen. Mit anderen KI-Werkzeugen können wir Code, die wir für unsere Plattform nutzen, einfach und schnell modifizieren. Aber natürlich arbeiten wir auch daran, dass unsere Kund:innen in unserer Plattform mehr auf KI zurückgreifen können. So arbeiten wir aktuell mit einem Prototypen bereits an der Anwendung eines Large-Language-Models (LLM), das es erlaubt, Text automatisiert zu generieren, beispielsweise Erläuterungen von Grafiken und Statistiken.

Inwiefern kann KI dazu beitragen, Verwaltungsabläufe effizienter zu gestalten? Welche Voraussetzungen müssen dafür geschaffen sein?

In vielen Anwendungsfällen ist die Analyse von riesigen Datenmengen komplex und nur kaum oder gar nicht von Menschenhand zu leisten. Beispielsweise kann KI für die Betrugserkennung eingesetzt werden, wenn komplexe Konstrukte und Zusammenhänge nicht mehr durch die Verwaltung mit ihren begrenzten personellen Ressourcen durchleuchtet werden können. KI kann das leisten, und zwar schneller als es jede:r Finanzbeamt:in könnte. In den meisten Fällen gilt aber: Eine KI ist nur so viel wert wie ihre Datengrundlage. Der Großteil der bekannten KI zeichnet ja aus, dass sie mit immensen Datenmengen gefüttert wird und auf dieser Basis selbst lernt. Und genau dieses Daten-Futter ist - Stand heute - noch zu fragmentiert. Weil Daten in Silos in verschiedenen Stellen in der Verwaltung gespeichert und verarbeitet werden, anstatt an einem Ort. Unsere Datenplattform ist so ein Ort und damit die Grundlage für fast alles, womit eine KI am Ende gefüttert werden kann, damit sie den gewünschten Zweck erfüllt.

Worin sehen Sie die größten Chancen von einem breiten Einsatz von KI in Behörden? Und worin bestehen aus Ihrer Sicht die größten Gefahren?

Seien wir ehrlich: Deutschland hat die letzten 20 Jahre wesentliche Entwicklungen in der Verwaltungsmodernisierung verschlafen. Ich sehe an manchen Stellen den naiven Glauben, wir kämen dank KI um unsere Hausaufgaben in der Digitalisierung herum. Dem ist nicht so. Denn damit eine KI funktioniert, braucht es einige Voraussetzungen. Wie schaffen wir ein besseres Datenmanagement? Wie bekommen wir die Verwaltung in die Cloud, ohne die eine KI gar nicht skalierbar ist? Wir müssen uns dieser Aufgaben annehmen und können sie nicht durch KI überspringen. Trotzdem: Ich freue mich über die Begeisterung, die in dem letzten Jahr um KI entstanden ist. Ein Teil dieser Begeisterung gründet sich vermutlich auch im verstärkten Fachkräftemangel, den wir lösen müssen. Und darin, dass ChatGPT und andere LLMs die menschliche Sprache sprechen und damit digitale Werkzeuge so gut verstanden werden können. Die Debatte zu KI und KI selbst birgt die Chance, eine Trendwende in der Verwaltungsdigitalisierung einzuläuten.

Was braucht es aus Ihrer Sicht für einen verantwortungsvollen Umgang mit KI?

Es muss sichergestellt werden, dass uns die KI nicht aus den Händen gleitet. Als Bürger:innen erwarten wir zurecht, dass wichtige Entscheidungen für unser Leben am Ende von Menschen getroffen und beaufsichtigt werden. Die KI darf Empfehlungen abgeben, aber entscheiden soll in letzter Instanz der Mensch. Dafür braucht es Transparenz und Nachvollziehbarkeit darüber, welche Daten und Kriterien in eine Empfehlung einer KI eingeflossen sind. Dann kann der Mensch entscheiden, ob diese Kriterien legitime Entscheidungsmerkmale sind. Biases, also Vorurteile und falsche Verknüpfungen, müssen ausgeschlossen werden können. Geschlecht, Herkunft, Alter oder andere diskriminierende Faktoren dürfen keine Berücksichtigung bei einer Entscheidung finden, es sei denn, sie spielen zurecht eine Rolle bei der Entscheidung. Das ist schwierig, denn Biases kommen auch zustande, weil Menschen - bewusst oder unbewusst - Vorurteile in Entscheidungen einließen lassen. Auf Grundlage solcher Trainingsdaten kann eine KI gar nicht anders, als diese Vorurteile zu reproduzieren. In der Arbeit mit KI ist daher Nachvollziehbarkeit gepaart mit der Möglichkeit, in Entscheidungen einzugreifen, elementar.

Das Interview führte ENTSCHEIDUNG-Herausgeber Nathanael Liminski.

Neuwahlen für Deutschland: Besser ein Ende mit Schrecken...

Wenn eine Koalition nur auf Grundlage eines Verfassungsbruchs zusammengezimmert wurde, und genau dieses Fundament aus Karlsruhe durch ein denkwürdiges Urteil zerschossen wird, muss man die Frage stellen: Was hält diese Koalition noch zusammen?

„Machterhalt“ ist wohl die einzig verbliebene Antwortmöglichkeit. Denn die inhaltlichen Gemeinsamkeiten sind nicht nur aufgebraucht, sondern bestanden nie. Diese Unstimmigkeiten wurden aber bislang durch ein undurchsichtiges Konstrukt von Schatten- und Sonderhaushalten so lange mit neuen Schulden zugeschüttet, dass alle Koalitionspartner ihren Parteitagen irgendetwas vorzeigen konnten.

Dass es der Ampel nun nachträglich gelingt, durch politische Prioritätensetzung ihre Vorhaben auf die Grundlage unseres Grundgesetzes zu stellen, halte ich für unwahrscheinlich: Die Sozialdemokraten erklären das bedingungslose Grundeinkommen alias „Bürgergeld“ in einem Linksrausch auf ihrem Parteitag für unantastbar. Die Grünen rücken nicht von ihrem Größenwahn ab, dass am deutschen Klimawesen die Welt genesen soll (wobei man sich nach wie vor die Frage stellen muss, warum die Grünen als neue „Kohle-Partei“ öffentlich noch als Klimaschützer gelten). Und die Liberalen wissen, dass sie mit einer Aufgabe der Schuldenbremse oder einer Steuererhöhung gleichzeitig ihre Parteiauflösung bekanntgeben könnten.

Zu groß erscheinen diese grundlegenden Differenzen, um sich noch einmal zusammenzuraufen. Es kann aber nicht noch zwei weitere Jahre so weitergehen. Denn für eine Demokratie wird es problematisch, wenn der „Machterhalt“ sich vom Gestaltungswillen und -Fähigkeit loslöst und sozusagen zum Selbstzweck wird. Dann kann sich niemand mehr ernsthaft verwundert zeigen, wenn immer mehr Menschen das Vertrauen in die Politik, ihre Institutionen, in die Demokratie selbst verlieren und Verfassungsfeinde von Links- und Rechtsaußen immer stärker werden.

Es wäre deshalb ein Dienst an der Demokratie, wenn die Ampel dieses Drama vorzeitig beenden und den Weg für Neuwahlen im ersten Halbjahr 2024 freimachen würde. Ganz nach dem Motto: Besser ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende.

Ob zu den Kommunal- Landtags- und Europawahlen nun auch noch ein Bundestagswahlkampf dazukommt? So oder so: Es kommt im nächsten Jahr auf die Junge Union an.

Wir sehen uns im neuen Jahr!

JOHANNES WINKEL
BUNDESVORSITZENDER DER
JUNGEN UNION DEUTSCHLANDS

IMPRESSUM

ENTSCHEIDUNG: Ausgabe Dezember 2023-Februar 2024 | ***Herausgeber:*** Johannes Winkel und Nathanael Liminski für den Bundesvorstand der Jungen Union Deutschlands | Redaktionsbüro: DIE ENTSCHEIDUNG, Leipziger Platz 11, 10117 Berlin, Tel. (030) 27 87 87 0, Fax (030) 27 87 87 20, redaktion@entscheidung.de, www.entscheidung.de | Redaktion: Fabio Crynen (Chefredakteur), Marcel Kühn (CvD) | Ständige Autoren und Mitarbeiter dieser Ausgabe: Kolja Baudoux, Fabio Crynen, Lukas Eichstaedt, Lisa Grefer, Florian Hemann, Julian Herrmann, Konrad Kollnig, Vanessa Kosgalwies, Marcel Kühn, Frederik Müller, Hans-Gert Pöttering, Danylo Poliluev-Schmidt, Vanessa Wahlig | ***Bildnachweis:*** Titelseite: Tobias Koch S. 6-13: Tobias Koch; S. 14: iStock/ Khanchit Khirisutchalual ; S. 16: iStock/ ipopba S. 16: Jeremie Salza; S. 22-23: Tobias Koch (Catarina Dos Santos-Witz, Ronja Kemmer); S. 24: BK Production; S. 28-31: creategy; S. 34: Hans-Gert Pöttering, Europäisches Parlament; S. 36: YEPP; S. 38: picture alliance / ZUMAPRESS.com | Ashley Chan; S. 40: Arye Sharuz Shalicar; S. 42: Peter Rigaud; S. 45: ZDF, Disney+; S. 46: iStock/ Paul Bradbury; S. 49: Demokratie-Wegweiser; S. 50-53: JU-Landesverbände, Kai Stürmer (Bayern), Jonas Makoschey (Schleswig-Holstein), Pia Werner (Oldenburg), Rheinland-Pfalz (Rolf Epple), Paul Schneider (Nordrhein-Westfalen); S. 56: iStock /Streetoncamara; S. 58-60: Tobias Koch; | ***Satz/Layout u. Bildredaktion:*** Tessa Heikamp | ***Druck:*** Weiss-Druck GmbH & Co. KG, Hans-Georg- Weiss-Straße 7, 52156 Monschau | ***Verlag:*** Weiss-Druck GmbH & Co. KG, Hans-Georg-Weiss-Straße 7, 52156 Monschau, Tel. (02472) 982 118, Fax. (02472) 982 77 118 | ***Verlagsleiter:*** Daniel Poerschke, dpoerschke@weiss-verlag.de | ***Aboservice:*** Weiss-Verlag, Frau Rebecca Brunk, Tel.: (02472) 982 118, rbrunk@weiss-verlag.de. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder. Wir behalten uns Kürzungen vor. Gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Die ENTSCHEIDUNG erscheint im Viermonatsrhythmus und zusätzlich mit verschiedenen Sondereditionen zu aktuellen Anlässen. | ***Bezugspreis Abo Inland:*** 15,34 Euro, ermäßigt 10,- Euro. Bei Fragen zum Abonnement bitte an den auf dieser Seite angegebenen Kontakt wenden. Druckauflage: 66.300 Ex. (IVW 2/23) | ***Mediadaten:*** www.entscheidung.de/mediadaten. © 2023 Junge Union Deutschlands

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

FSC
www.fsc.org
MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C011984

JUNG. FREI.
EUROPÄISCH.
#STANDWITHUKRAINE
JULI-NOVEMBER 2022
INTERESSE GEWECKT?
ENTSCHEIDUNG!
AS MITGLIEDER-& DEBATTENMAGAZIN DER JUNGEN UNION DEUTSCHLANDS
Der Wandel
Wie Demografie den Wohlstand unserer Generation gefährdet
MAGAZIN DER JUNGEN UNION DEUTSCHLA
Abonniere jetzt das Magazin:
www.entscheidung.de